

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
Stadt- u. Hauptbibliothek
175 Cottbus, Berliner Str. 13/14
175 Cottbus Fernruf 24303
Febr. 1980
APRIL 1980

15

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Leiters



DER MENSCH
WIRD IM KOSMOS
HEIMISCH

14159=15 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ

SOWJETUNION IM BILD

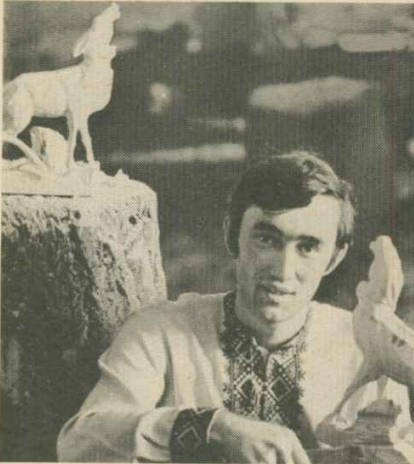
Die Karpatenausläufer im Westen der Ukraine, an der südlichen Grenze des Gebiets Lwow, sind ureigene slawische Lande mit einer ruhmreichen

Geschichte. Im 12.—13. Jahrhundert befand sich dort Galitsch, die Hauptstadt des Fürstentums Galizien-Wolynien. Häufige Kriege und Überfälle brachten Leid und Verheerungen über dieses Land. Trotzdem erhielten sich die hiesigen Einwohner, die Huzulen, ihre Kultur, Begabung und Arbeitsliebe. Die Vorkarpaten haben einen Liebreiz, der durch den Fleiß des Volkes noch gemehrt ist. Charakteristisch für

Leninprospekt in Lwow mit Ausblick auf das Opernhaus

Die Dorflehrerin Ewa Daschewska sorgt für die musische Erziehung der Abc-Schützen

Steuerpult der Station „Karpaten“ der Drushba-Erdölleitung



Galina Kwassowskaja, Gütekontrollleur der Vereinigung „Elektron“, Lwow

die Huzulen sind frohe Farben und bunte Nationaltrachten, die erstaunlich mit der altertümlichen Holzschnitzkunst harmonieren.

Lwow wurde im 13. Jahrhundert vom galizischen Fürsten Daniel gegründet. Heute erlebt diese bald 800jährige Stadt ebenso wie die anderen Städte des Gebiets ihre Wiedergeburt. Das Lwow von heute verändert seine Silhouette und sein Weichbild, es ist eine Stadt der Künste und der modernen Industrie. Die Erzeugnisse der größten Betriebe aus dieser Stadt haben ausgezeichneten Ruf. Die Künstler aus Lwow, das Lied- und Tanzensemble der Huzulen ist in der UdSSR und im Ausland bekannt.



Miroslaw Wassagan, Holzschnitzer aus Skole

Neue Oberschule im Dorf Kosewa

Ein Neubauviertel von Lwow



Fotos J. Injakin

Das Gewissen der Menschheit ist wach

In unserem nuklearen Zeitalter kann sich keine Nation allein erfolgreich für Frieden und Fortschritt einsetzen. Die bitteren Erfahrungen aus dem ersten und zweiten Weltkrieg und die Erkenntnis der furchtbaren Folgen, die ein Kernwaffeneinsatz hätte, veranlassen alle aufrechten Menschen zu energischen Einheitsaktionen, um eine neue, beispiellose Tragödie zu verhüten.

Der jetzige Augenblick ist für die Menschheit besonders verantwortungsvoll, denn Washington und seine Mitläufer beabsichtigen, die Welt wieder in einen kalten Krieg zu stürzen und all das Gute in den internationalen Beziehungen zu torpedieren, das in den letzten Jahren erreicht worden ist. Auf diese Umtriebe der Entspannungsgegner intensivieren alle, denen der Frieden am Herzen liegt, ihren Kampf für einen klaren Himmel über unserem Planeten.

Unsere Leser kennen bereits die Ergebnisse der drei internationalen Konferenzen der Weltöffentlichkeit, die unlängst in den Hauptstädten Belgiens, Indiens und Maltas getagt haben. Das waren äußerst maßgebliche Treffen von Friedenskämpfern. An der Brüsseler Tagung des Internationalen Komitees für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa haben Vertreter der Öffentlichkeit von 21 Ländern teilgenommen. Auf der Weltkonferenz für Frieden und Sicherheit in Asien, die in Delhi tagte, waren über 65 Länder vertreten. Rund 50 Parteien, nationale Freiheitsbewegungen sowie gesellschaftliche Organisationen aus 25 Ländern Europas, Asiens und Afrikas hatten Vertreter zur Internationalen Konferenz gegen die imperialistischen Militärstützpunkte, für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum nach Valletta entsandt. Es versteht sich von selbst, daß die Teilnehmer der drei Gremien zu den Diskussionsthemen mit Rücksicht auf die Verhältnisse ihrer Länder und Erdteile Stellung genommen haben. Aber eine ausschlaggebende Schlußfolgerung ist in allen Beschlüssen enthalten: daß es Pflicht der ganzen friedliebenden und fortschrittlichen Menschheit ist, die Entspannung zu behaupten und die Kräfte der Reaktion und des Krieges zurückzuweisen.

Auf allen Kontinenten schließen die Friedenskräfte ihre Reihen. In Westeuropa wächst die Massenbewegung gegen eine weitere Mili-

tarisierung der NATO-Länder und gegen den Plan, in ihnen neue tödliche Atomraketen zu stationieren. Gute Resultate verspricht das Ende April in Paris stattfindende Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas für Frieden und Abrüstung.

Immer mehr Leute in den USA lehnen den jetzigen Kurs Washingtons, die berüchtigte „harte Linie“ in der Weltpolitik, ab. Massencharakter haben die Studentenaktionen gegen die geplante Wiederaufnahme ihrer Aushebung angenommen. Die Jugend stellt sich hinter viele gesellschaftliche, religiöse sowie Frauenorganisationen der USA, die in der Politik Washingtons eine Gefahr für die Sicherheit des amerikanischen Volkes sehen. Starke Resonanz in der ganzen Welt hat die Erklärung einer großen Gruppe amerikanischer Wissenschaftler gefunden: „Die Gefahr: ein Kernkrieg.“

In verschiedenen Weltgegenden verurteilt die Öffentlichkeit die Aufrufe der US-Regierung und eines kleinen Kreises ihrer Anhänger, die Olympischen Spiele in Moskau zu boykottieren. Was sie auch immer vorschützen, es ist klar, daß sie damit die internationale Atmosphäre noch mehr vergiften wollen.

Immer tatkräftiger wird die Solidarität der fortschrittlichen Menschheit mit den Völkern, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit mit der Waffe in der Hand gegen Anschläge des Imperialismus und der Reaktion verteidigen müssen, ihr geheiligtes Recht, Herr im eigenen Haus zu sein.

Die UdSSR kann natürlich nicht umhin, aus der jetzigen Entwicklung in der Welt ihre Konsequenzen zu ziehen. Unlängst sagte Leonid Breschnew: „Die ganzen gesammelten Erfahrungen, die internationale Lage, wie sie sich jetzt gestaltet, und besonders Tatsachen aus letzter Zeit verpflichten uns, das Pulver trocken zu halten, beim Verteidigen des Friedens beharrlich und konsequent und stets unserer geschichtlichen Verantwortung für das Geschick der Heimat und der ganzen Menschheit eingedenk zu sein.“

Die sowjetische Öffentlichkeit stimmt dem Aufruf der Gremien in Brüssel, Delhi und Valletta an alle Menschen guten Willens bei, alles aufzubieten, um die Absichten der Friedensfeinde zu durchkreuzen und einen weiteren Fortschritt in der Entspannung herbeizuführen. Die aktive Beteiligung der Volksmassen, ihrer Parteien und anderen Organisationen an der Lösung der Probleme von Krieg und Frieden ist einer der wichtigsten Faktoren der Weltpolitik.

Leonid Breschnew nannte die friedliebende Öffentlichkeit bildhaft das wachsame, nie schlummernde Auge der Menschheit, ihr allsehendes Gewissen. Täglich kommen Nachrichten darüber, daß der Kampf der Volksmassen für eine helle Zukunft der Erde an Vehemenz zunimmt.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 15 APRIL 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Das Gewissen der Menschheit ist wach	1
S. Goljakow — Afghanistan. Verleumdungen und Fakten	5
J. Gudkow — USA. Das kleinere Übel	7
A. Shakow — Laos. Das Frühjahrsfest Pi May	10
W. Boikow — Wer bremst!	10
O. Gasenko, A. Burnasian, N. Gurowski — Hat die Arbeit im Kosmos Grenzen!	12
A. Stepanow — USA—Iran. Riskantes Spiel	14
Notizen ♦ Glossen	16
W. Nekrassow — Lenins Analyse des Imperialismus und die heutige Weltlage	18
L. Mletschin — Der „Pazifik-Ring“	20
A. Krassikow — Spanien. Trotz der Schwierigkeiten	22
W. Kosin — Man ballt die eiserne Faust	24
A. Ignatow — Einer aus dem südafrikanischen Untergrund	26
A. Pin — Tragödie und Farce	27
W. Drobkow — Diamantis: Hier gehöre ich her	28
A. Kapikrajan — Algerien. Leitmotiv Freundschaft	30
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Der 12. April ist der Welttag der Luft- und Raumfahrt. An diesem Tag vor 19 Jahren überwand der Sowjetbürger Juri Gagarin als erster Erdbewohner die Schwerkraft und vollbrachte einen Orbitalflug. Die Raketen- und Raumtechnik hat eine neue Ära in der Erforschung und Erschließung des Weltraums eingeleitet. Die globalen Dimensionen der Experimente, ihr komplexer Charakter verlangen die breiteste internationale Zusammenarbeit.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 4. April beging das ungarische Volk seinen Nationalfeiertag — den 35. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an den Ersten Sekretär des ZK der USAP, János Kádár, den Vorsitzenden des Präsidiums der UVR, Pál Losonczy, und an den Vorsitzenden des Ministerrats, György Lázár, eine Grußbotschaft. Dort heißt es, daß „die UVR, die gemeinsam mit den sozialistischen Bruderländern im Kampf für den Frieden, die Festigung der internationalen Sicherheit, für sozialen Fortschritt, die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker eintritt, ein hohes internationales Ansehen erworben hat“.

Am 2. April fand im Kongreßpalast des Kreml die feierliche Eröffnung der Tage der Kultur der UVR in der Sowjetunion anlässlich des 35. Jahrestages der Befreiung Ungarns vom Faschismus statt. Am 3. April empfing Michail Suslow das Mitglied des Politbüros, den Sekretär des ZK der USAP, Miklós Óvári, der während der Kulturtage in Moskau weilte.

Vom 4. bis 7. April fand in Stockholm der Parteitag der Arbeiterpartei-Kommunisten Schwedens statt. An ihm nahm eine Delegation der KPdSU unter dem Mitglied des ZK der KPdSU, Nikolai Pegow, teil. Das ZK der KPdSU richtete an den Parteitag eine Grußbotschaft, in der es der Partei Erfolge bei ihrer Tätigkeit, bei der Ausweitung ihrer Verbindungen zu den Massen, im Kampf für die Interessen des werktätigen Volkes von Schweden, für Frieden, Demokratie und Sozialismus wünschte. Als Vorsitzender des Parteivorstandes wurde Rolf Hagel wiedergewählt.

Vom 3. bis 6. April fand in Kopenhagen der ordentliche XXVI. Parteitag der KP Dänemarks statt. An ihm nahm eine Delegation der KPdSU unter dem Vorsitzenden der Zentralen Revisionskommission der KPdSU, Gennadi Sisow, teil. Das ZK der KPdSU richtete an den Parteitag eine Grußbotschaft, in der es konstatierte, daß „der Beitrag der KP Dänemarks zur Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern, zur Verbreitung der Wahrheit über den realen Sozialismus unter den breiten Massen, zur Erläuterung der Leninschen Politik der KPdSU zur Festigung von Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern in der Sowjetunion hochgeschätzt wird“. Der Parteitag wählte neue Leitungsorgane. Als Parteivorsitzender wurde Jørgen Jensen bestätigt.



Der Präsidentenrat der Gesellschaft Frankreich—UdSSR hat sich für die Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau ausgesprochen. Auf Initiative der Gesellschaft wurde ein Komitee zur Unterstützung der Olympischen Spiele 1980 gebildet. In Paris wurde die Ausstellung „Der Olympiade 1980 entgegen“ eröffnet. Sie berichtet von der Entwicklung des Sports in der UdSSR, von der Vorbereitung der sowjetischen Hauptstadt auf die Sommerspiele. T A S S-Foto s: Besucher in der Ausstellung; der Aufruf, dem Komitee zur Unterstützung der Olympischen Spiele beizutreten.

Leonid Breshnew gratulierte Henryk Jabłoński zu seiner Wahl als Vorsitzender des Staatsrates der VR Polen. Alexej Kossygin beglückwünschte Edward Babiuch zu seiner erneuten Ernennung als Vorsitzender des Ministerrats der VR Polen.

Am 6. April feierte das Volk Äthiopiens den Tag des Sieges über die italienischen Faschisten. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten einen Glückwunsch an den Vorsitzenden des Provisorischen Militärverwaltungsrates und des Ministerrates des Sozialistischen Äthiopien, Mengistu Haile Mariam, in dem sie ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, daß sich die Beziehungen der festen Freundschaft und der allseitigen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern auch in Zukunft entwickeln und festigen werden.

Am 7. April tauschten Leonid Breshnew und Alexej Kossygin Grußbotschaften mit dem Präsidenten der Republik Finnland, Urho Kekkonen, anlässlich des 32. Jahrestages des sowjetisch-finnischen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe aus. Alexej Kossygin tauschte Grußbotschaften mit dem Ministerpräsidenten der Republik Finnland, Mauno Koivisto, aus.

Am 2. April empfing Andrej Kirilenko das Mitglied der Führung der Italiener „NEUE ZEIT“

schen KP, Giovanni Cervetti. Es fand ein offener kameradschaftlicher Meinungsaustausch zu aktuellen internationalen Fragen von beiderseitigem Interesse statt, an dem auch Wadim Sagladin, Kandidat des ZK der KPdSU und erster stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, teilnahm.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und das Präsidium des Revolutionsrates der DR Afghanistan ratifizierten den sowjetisch-afghanischen Vertrag über die Bedingungen des zeitweiligen Aufenthalts des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents auf dem Territorium Afghanistans (siehe S. 5).

Am 3. April ging in der Wiener Hofburg die 20. Runde der Truppenabbaugespräche zu Ende (siehe S. 10).

Am 3. April wurde in Genf eine Tagung der ständigen sowjetisch-amerikanischen Konsultativkommission abgeschlossen. Sie war 1972 gebildet worden, um die Verwirklichung der Ziele und Bestimmungen des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme und des zeitweiligen Abkommens über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen vom 26. Mai 1972 sowie des sowjetisch-amerikanischen Abkommens über Maßnah-

men zur Verringerung der Gefahr eines Nuklearkrieges vom 30. September 1971 zu fördern.

Vom 1. bis 3. April fand in Moskau die 94. Tagung des RGW-Exekutivkomitees statt. Das Komitee befaßte sich mit Fragen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit.

Am 1. April trafen in Genf die Delegationen der UdSSR, der USA und Großbritannien bei den Verhandlungen für die Ausarbeitung eines Vertrages über ein umfassendes Verbot der Kernwaffentests zusammen. Die nächste Begegnung ist für den 16. Juni geplant.

Die FKP und die PVAP schlugen allen kommunistischen und Arbeiterparteien, Europas vor, ein Treffen für Frieden und Abrüstung am 28. und 29. April in Paris abzuhalten. Die FKP und die PVAP unterbreiteten den Parteien den Entwurf eines Appells an alle Völker der europäischen Staaten, an alle Friedenskräfte.

Am 1. April nahm der UNO-Sicherheitsrat die Debatte über die Palästinenserfrage auf. Der Rat war auf Bitte des UNO-Ausschusses zur Durchsetzung der unveräußerlichen Rechte des Volkes von Palästina einberufen worden.

Eine SRV-Regierungsdelegation unter dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPV und Ministerpräsidenten der SRV-Regierung, Pham Van Dong, traf am 7. April zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Indien ein.

Die Kanzlei von Ayatollah Khomeini teilte am 7. April mit, daß die amerikanischen Geiseln in der US-Botschaft sowie das Botschaftsgebäude in den Händen der „geehrten Vertreter des iranischen Volkes, der islamischen Studenten, Anhänger des Kurses des Imam“ bleiben sollen. Am 7. April brachen die USA die diplomatischen Beziehungen zum Iran ab (siehe S. 14).

Am 2. April ging in Lusaka eine Gipfelkonferenz von neun afrikanischen Staaten zu Ende, auf der die Deklaration „Der Süden Afrikas: zur wirtschaftlichen Befreiung“ angenommen wurde.

Am 1. April fand der dreimonatige Streik der fast 110 000 Arbeiter des

staatlichen Hüttenkonzerns British Steel sein Ende. Die Hüttenarbeiter setzten eine wesentliche Erhöhung der Löhne, der Renten und der Überbrückungsgelder durch. Doch die Betriebsleitung erklärte sich nicht bereit, von den geplanten Massenentlassungen (ca. 52 000 Werk tätige) Abstand zu nehmen.

In New York hält der Streik von ca. 38 000 Zugführern der Metro, der elektrischen Nahverkehrszüge, der Busfahrer und der anderen Mitarbeiter der öffentlichen Verkehrsmittel an.

Fast 200 000 Hüttenarbeiter Portugals riefen am 1. April einen kurzen Generalstreik für neue Arbeitsverträge aus.

Die Regierungsjunta von El Salvador verstärkt den Terror gegen die Patrioten. Am 30. März eröffneten Armee- und Polizeieinheiten das Feuer auf die



Unser Bild: Eines der vielen Opfer des Terrors der Regierungsjunta von El Salvador

Foto: AP—TASS

zahllosen Trauergäste in der Hauptstadt, die sich zur Beisetzung des von Reaktionären brutal ermordeten Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero eingefunden hatten. An die 100 Personen fanden den Tod. Das löste große Empörung bei der Bevölkerung aus und führte zu einer weiteren Eskalation. Die USA verstärken die Hilfe für die Junta, um diese an der Macht zu halten. Die Patrioten schließen ihre Reihen. Eine Demokratische Front wurde gebildet, der einige Gewerkschaftsverbände, die Sozialdemokratische Partei sowie das Koordinationszentrum der revolutionären Massenorganisationen (das alle Linkskräfte, darunter die Kommunisten, vereint) angehören.

Am 4. April wurde die neue Regierung Italiens gebildet. Der Christdemokrat Cossiga überreichte Präsident Pertini die Kabinettsliste. Der Regierung gehören 15 Vertreter der Democrazia Cristiana, 7 Sozialisten, 3 Republikaner sowie zwei Parteilose an. Außenminister wurde Colombo (DC).

Die Kampfhandlungen zwischen den rivalisierenden militärisch-politischen Gruppierungen im Tschad wurden am 6. April beendet.

Die britische Regierung veröffentlichte ein „Weißbuch“ zur „Verteidigung“, in dem sie ihren Beschluß bekanntgab, die nukleare U-Boot-Flotte zu „modernisieren“. Kostenpunkt: 1 Md. Pfund Sterling.

Am 3. April trat in Belgien die Regierung von Premierminister Martens zurück. König Baudouin beauftragte Martens, in den nächsten Tagen nach einer Lösung der politischen Krise zu suchen.

Ägyptens Präsident Sadat flog am 7. April zu Gesprächen mit dem US-Präsidenten nach Washington.

Am 3. April beendete BRD-Verteidigungsminister Apel eine offizielle Reise nach Japan, Neuseeland und Australien.

Am 7. April ist die 7jährige Amtszeit des türkischen Präsidenten Korutürk abgelaufen. In 18 parlamentarischen Wahlgängen konnte keiner der Präsidentschaftskandidaten die Mehrheit erringen. Deshalb wird der Vorsitzende des Senats, Ihsan Sabri Çaglayan, vorübergehend die Amtsgeschäfte führen. Weitere Wahlgänge werden folgen.



In Namibia, das von Truppen der rassistischen RSA besetzt ist, verstärken die Patrioten den bewaffneten Freiheitskampf. 1979 haben Kämpfer der Volksbefreiungsarmee von Namibia mehr als 150 Großoperationen durchgeführt. Die Okkupanten mußten schwere Verluste hinnehmen. Unser Bild: Artilleristen der Volksbefreiungsarmee von Namibia.

Foto: CAF—TASS

Ich finde, ganz gleich, wie sich die Regierungen Spaniens und der NATO-Staaten zu den Vorgängen in Afghanistan verhalten, die dortigen Völker sind sich ganz darüber klar. Der amerikanische und der britische Geheimdienst haben mit Hilfe Chinas, Pakistans und Ägyptens zu einer blutigen Niederwerfung der afghanischen Revolution gerüstet. Sie bauten auf die konterrevolutionären Elemente und auf die Unwissenheit und den religiösen Fanatismus der rückständigen Schichten. Die Hilfe der UdSSR hat also nicht nur das afghanische Volk gerettet, sie war auch eine Lehre für die Urheber der Eingreiftruppe. Sie wird sie zwingen, es sich gut zu überlegen, ehe sie sich zu einem Abenteuer entschließen. Auch die Pekinger Chauvinisten sind gewarnt. Man kann die Nervosität Washingtons und Londons verstehen. Die Epoche der angelsächsischen Hegemonie, die Churchill, Truman und Dulles vor-schwebte, ist zu Ende.

Augusto RIOS
Madrid, Spanien

Es ist doch zum Staunen! Im Westen, wo man so ein Geheul wegen einer angeblichen sowjetischen Bedrohung anstimmt, sagt man keinen Ton zu der wirklichen Kriegsgefahr, die von den USA ausgeht. Im Indik rüsten sie auf, weil sie dort ja „Lebensinteressen“ hätten. Wenn aber ein sowjetisches Kriegsschiff ein Land im Indik zu einem Freundschaftsbesuch anläuft, zetert man, daß dort „die sowjetische Streitmacht aufgestockt“ werde.

Igor TSCHERKASCHIN
Rowno,
Ukrainische SSR

Präsident Carter versucht, Frankreich und andere Länder Europas in den Feldzug gegen die sozialistischen Länder einzubeziehen, und benutzt als Vorwand dazu die Geschehnisse in Afghanistan. Glücklicherweise wollen sich nicht alle von Carter gängeln lassen. Wenn Völker die Ketten des Kapitalismus sprengen, dann versetzt ihn das in Wut. Wir französischen Kommunisten halten es deshalb für notwendig, noch energischer für Entspannung, Frieden und Verständigung zu kämpfen.

Roger VERITE
Parigné-l'Évêque

VERLEUMDUNGEN UND FAKTEN

Von unserem Sonderberichterstatter Sergej GOLJAKOW

Mit welchen führenden afghanischen Politikern ich zu Beginn meines Aufenthalts in Kabul auch zusammenkam, keiner nannte die Situation im Lande einfach. Doch besteht kein Grund, sie zu dramatisieren. Auf jeden Fall sieht es in Afghanistan heute ganz anders aus als die Erdichtungen der NATO-, der Peking oder der reaktionären arabischen Propaganda es darzustellen suchen.

Als Babrak Karmal, Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei, Vorsitzender des Revolutionsrates und Ministerpräsident der Demokratischen Republik Afghanistan, am 2. April eine Gruppe in Kabul akkreditierter Auslandsjournalisten empfing, ging er besonders auf die breite Kampagne von Falschmeldungen und Verleumdungen ein, die die bürgerlichen Massenmedien um Afghanistan und seine treuen Freunde aufziehen. Sie verfolgt das Ziel, die Weltöffentlichkeit irrezuleiten, die Ideale der Aprilrevolution zu kompromittieren und neue Vorwände für eine imperialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des afghanischen Volkes zu schaffen.

Dieses Gezeter hallt bis nach Kabul. Wenn man die Sendungen aus Washington, London oder Peking zum Thema Afghanistan hört, sind es lauter Unkereien. So zitierte die „Stimme Amerikas“ am 29. März mehrmals den stellvertretenden USA-Außenminister Warren Christopher. Unter Berufung auf Angaben seines Ministeriums, die üblicherweise aus „durchaus glaubwürdigen Quellen“ stammen, stellte er die afghanische Wirklichkeit als einen Alpdruck hin: Die sowjetischen Truppen seien dabei, Napalm und Kampfstoffe gegen die afghanische Zivilbevölkerung einzusetzen, in Kabul und anderswo komme es täglich zu Massenerschießungen.

Ein westlicher Zuhörer oder Leser „NEUE ZEIT“ 15.80

glaubt solche böswilligen Verleumdungen vielleicht um so eher, als er „Informationen“ dieser Art täglich serviert bekommt.

Dabei reicht schon eine flüchtige Bekanntschaft mit der Hauptstadt, um zu sehen: Kabul ähnelt nicht im entferntesten einer belagerten Stadt. In den Straßen, auf den Plätzen und Basaren geht es sehr lebhaft zu. Frühmorgens laufen Kinder zur Schule, Mütter führen die ganz Kleinen in Kindergärten, unzählige Teehäuser, Läden und Grossistenlager machen auf. Schuster, Kürschner, Klempner und Schneider öffnen weit die Türen ihrer Werkstätten und gehen an ihr Tagewerk. Gläubige füllen die Moscheen, Angestellte und Besucher strömen staatlichen Ämtern zu.

Die Sperrstunde bleibt in Kabul noch in Kraft, wurde jedoch schon zweimal verkürzt, und so wirkt sich diese erzwungene Maßnahme praktisch nicht mehr auf das normale Leben aus. Sie garantiert den Bürgern vielmehr Ruhe und friedliche Nächte: Der Arbeitstag beginnt im Orient beinahe mit dem Sonnenaufgang.

Kräfte, vor denen man die Ruhe schützen muß, sind sehr wohl da. Das Fernsehen zeigt von Zeit zu Zeit Söldner der imperialistischen Spionage- und Sonderdienste, die in das Land eingeschleust wurden. Unter ihnen waren einige pakistanische Agenten und ein ägyptischer Bürger, der seinen Auftrag gemeinsam mit zwei Engländern und zwei Chinesen auszuführen hatte.

Dieser Tage, gleich nach einer abermaligen Erklärung Christophers über Afghanistan, brachte die hiesige Presse Mitteilungen auch über die Kampfstoffe. Eine afghanische Streife beschlagnahmte eine große Partie Munition von nervenlähmender Wirkung, als eine bunte Gruppe bewaffneter Banditen diese teuflische Fracht in Lastautos auf einer Serpentine in die Nähe der

afghanisch-pakistanischen Grenze befördert hatte. Die säuberlich in Schachteln verpackten Minen zeigen den deutlichen Stempel „Made in USA“. Man weiß gut, an wen diese Last abgesandt war: an die Feinde der Revolution, all die Einbrecher, Räuber und Berufskiller, die in die einzelnen Provinzen des Landes eingedrungen sind und nach Weisungen aus dem Ausland handeln.

Die Gifstoffe und die Lügenmärchen über das demokratische Afghanistan gehören zusammen. Das eine und das andere stammt von jenen Kräften, die ihre Gründe haben, die afghanische Revolution zu hassen und einen bewaffneten und psychologischen Krieg gegen sie zu führen.

Babrak Karmal sagte: „Wenn die Feinde der Unabhängigkeit und Freiheit Afghanistans Krokodilstränen über die sogenannte Intervention der UdSSR vergießen, so nur, um die eigene heuchlerische, aggressive, militante Politik zu verschleiern. Die wirkliche Gefahr für unsere Region geht vom USA-Imperialismus, von China, von den reaktionären Kreisen Pakistans, Ägyptens und Israels aus, die eine verantwortungslose Provokationspolitik betreiben.“

Bei dem jüngsten Treffen mit ausländischen Journalisten berichtete Karmal, daß allein in Pakistan heute über 50 Stützpunkte und rund 30 Lager zur Ausbildung und Bewaffnung konterrevolutionärer Banden bestehen. Diese tauchen dann in Afghanistan auf, legen Brände, verüben Terrorakte und Diebstähle. Ein ähnlicher Stützpunkt besteht auch in China in der Nähe der afghanischen Provinz Badakhshan. Agenten, die sich dort eingeschlichen haben, stören die Bauern bei den Feldarbeiten, vernichten Landmaschinen, schonen weder Frauen noch Kinder.

Deshalb ist es die Aufgabe Nr. 1 der Demokratischen Volkspartei, der Re-

gierung der Republik, der Armee und aller Patrioten, der Aggression der Banditen eine Abfuhr zu erteilen. Das ist schon an sich schwierig, aber infolge der verbrecherischen Aktivitäten von Amin und seinen Handlangern kommen noch innenpolitische Probleme hinzu.

Jedes Gespräch in Kabul berührt heute unbedingt die tragischen Folgen der Amin-Diktatur. Abdul Madgid Sarboland, Minister für Information und Kultur, erzählte mir, welchen enormen Schaden das Amin-Regime der Intelligenz zugefügt hatte. Viele Wissenschaftler, Dozenten, Ärzte und Journalisten kamen schuldlos in Gefängnissen um oder mußten das Land verlassen. Daher rührt der außerordentlich große Mangel an Fachkräften in allen Bereichen des geistigen Lebens.

Oberleutnant Muhammad Soultan erzählte mir folgende Geschichte. Als noch ganz junger Mensch verbrachte er über ein Jahr im Gefängnis Pul-i-Charkhi bei Kabul, in dem noch sehr viele unschuldige Menschen saßen. Auch ihm hatte man nicht gesagt, worin seine Schuld bestand, doch wurde er fast täglich geprügelt und gefoltert, bis er das Bewußtsein verlor.



Der Geschwaderkommandeur der afghanischen Luftstreitkräfte Major T. Amari unterweist Flieger vor einem Einsatz.

Amin ging es darum, die Revolution bei der Bevölkerung in Mißkredit zu bringen. Diese hält treu zum Islam, zu den traditionellen Lebensformen der Stämme. Um die Konterrevolution vorzubereiten, veranlaßte Amin Massenverfolgungen von prominenten Geistlichen und Stammeshäuptlingen, überhaupt von Moslems und Nomaden. Darüber erzählten mir Parteifunktionäre am Institut für Gesellschaftswissenschaften in Kabul. Amin hatte auch alle wichtigsten Posten an seine Verwandten und Bekannten vergeben.

Seine Politik und Praxis zuerst als Ministerpräsident und dann als Vorsitzender des Revolutionsrates bewirkte eine Einengung der sozialen Basis der Revolution und wirtschaftliche Wirren. Die einfachen Menschen verloren den Glauben an das revolutionäre Regime. Die Konterrevolution

machte sich das weitgehend zunutze. Die Agrarreform wurde absichtlich falsch durchgeführt, das Saatgut und die Düngemittel wurden nicht rechtzeitig unter den Bauern verteilt; infolgedessen mußten zahlreiche Familien ihre Heimstätte verlassen. Viele Tausende Hektar blieben unbestellt. Im vorigen Jahr erwartete Afghanistan ein Getreideaufkommen von 6,5 Mio t, real waren es jedoch nicht einmal 6 Mio t. Anstatt der geplanten 160 000 t Baumwolle wurden nur 105 000 eingebracht. Das Aufkommen an Zuckerrüben war um 25% niedriger, als der Plan vorsah. In der Industrie sind die Arbeiter knapp, denn viele von ihnen gaben ihren Beruf aus Furcht vor Repressalien auf. Besonders schlimm erging es den Fachleuten, die an sowjetischen Hochschulen studiert hatten.

Öffentlich schwor Amin Freundschaft mit der UdSSR, in Wirklichkeit tat er alles, um die Völker unserer beiden Länder miteinander zu verfeinden. Man erzählte mir z. B. folgendes. Amin, der mit den USA anzubündeln suchte, verfügte, jede Beobachtung und Kontrolle der Tätigkeit der Mitarbeiter der Botschaft und der anderen Einrichtungen der USA in Kabul aufzuheben. Zugleich ließ er die Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft und aller anderen sowjetischen Einrichtungen genauestens überwachen.

Amin war so ehrgeizig, daß er sogar einen Film über die eigene entscheidende Rolle in der Aprilrevolution zu drehen beabsichtigte. Doch sollte dieser Film keine Premiere erleben.

Der Aufstand in der Nacht zum 28. Dezember legte das verhaßte Amin-Regime hinweg. Die neue Leitung von Partei und Land sah sich einer unwahrscheinlich schwierigen Lage gegenüber: die Republik gegen die äußeren und inneren Feinde zu verteidigen und die tiefen Wunden, die das Amin-Regime der Revolution geschlagen hatte, zu heilen.

Nur etwas über drei Monate sind seitdem vergangen. Eine äußerst kurze Zeit, und doch ist nicht wenig geleistet worden. Als Karmal auf die Errungenschaften der neuen afghanischen Führung verwies, nannte er vor allem das größere Vertrauen der Bevölkerung zur Revolution. Es ist der Partei gelungen, zu beweisen, daß es eine Rückkehr zur Vergangenheit nicht mehr geben wird. Fast 15 000 Häftlinge, darunter viele Vertreter der Geistlichkeit, der Intelligenz und der Studentenschaft, wurden aus den Gefängnissen entlassen. Alle Grundrechte der Bürger werden eingehalten. Die Demokratische



Eine neue Moschee entsteht.

Fotos: TASS

Volkspartei Afghanistans stellt energisch ihre Einheit wieder her. Dem neuen ZK der Partei und seinem Politbüro gehören Revolutionäre an, die die Anhänger beider ehemaligen Gruppierungen innerhalb der Partei vertreten. Doch wurde beschlossen, selbst die Namen der Gruppierungen (Parcham bzw. Halk) nicht mehr zu gebrauchen.

Der neuen Regierung gehören drei parteilose Minister an. Es wird daran gearbeitet, auf revolutionär-demokratischer Grundlage eine nationale Volksfront unter Teilnahme verschiedener politischer, religiöser und Massenorganisationen zu errichten.

Die Wirtschaftslage der Werktätigen verbessert sich. Die Getreide-, Tee- und Ölpreise sind die niedrigsten der letzten fünf Jahre. Die Arbeiter der größten Wagenreparaturfabrik von Kabul „Djungalak“ sagten mir, daß sie gegenwärtig Bons zum Ankauf von Gebrauchsgütern zu staatlichen Preisen (50—60% unter den Marktpreisen) erhalten.

Günstige Veränderungen vollziehen sich auch im Leben der Bauern. Der Staat hat beschlossen, die Aufkaufpreise für Rohbaumwolle um 20% und für Zuckerrüben um 30% zu erhöhen. Den Bauern, die diese Kulturen anbauen, wird das Getreide zu vergünstigten Preisen verkauft werden.

Sehr viel befassen sich die Behörden mit der rationellen Nutzung der Wasservorräte, Weidenflächen und Wälder. Es entstehen Stationen landwirtschaftlicher Technik, neue Genossenschaften werden gegründet, die Zustände in den bestehenden geregelt.

Die Beziehungen zur moslemischen Geistlichkeit werden verbessert. Viele prominente Vertreter dieser Schicht haben sich schon hinter die neue Staatsführung gestellt. Allmählich verbessern sich auch die Kontakte zu den Nomaden.

Schließlich wird eine große Arbeit geleistet, um die Armee und die Volksmilizen zu stärken.

Die Ergebnisse der umfangreichen organisatorischen Arbeit, die die Partei mit Hilfe der breiten werktätigen Massen in Stadt und Land, gestützt auf

die Vertreter der Geistlichkeit, der Intelligenz und der nationalen Bourgeoisie, leistet, sind überall zu sehen. Tausende Menschen, die unter Amin ausgewandert waren, sind heimgekehrt und haben ihr Arbeitsleben wieder aufgenommen. Industriebetriebe kurbeln die Arbeit an.

Am 1. April wurde im größten Stadion von Kabul der Tag des Bauern, ein traditionelles afghanisches Fest, begangen. Landwirte mit geschulterten Spaten gingen mit Musik und Liedern an den gedrängt vollen Tribünen vorbei. Viehzüchter führten ihre Zuchttiere vor. Dann folgten Landmaschinen, an denen die Republik übrigens noch nicht sehr reich ist. Dieses bunte, friedliche Bauernfest dauerte bis spät in die Nacht hinein; es zeigte, daß die afghanischen Bauern aufrichtig bemüht sind, dem Aufruf der Revolution zu folgen und die Heimat mit Lebensmitteln zu versorgen.

Die Normalisierung in der Republik könnte viel erfolgreicher sein, doch wird sie von den nichtabreißenden aggressiven Aktivitäten der internationalen Reaktion gestört, die die afghanischen Konterrevolutionäre im Exil unter ihre Fittiche nimmt. Deshalb trägt schon die Tatsache, daß sowjetische Truppen in Afghanistan stehen, zur Stabilisierung der Lage bei. Sie erfüllen ihre Hauptfunktion (Schutz der territorialen Integrität, der Unabhängigkeit und Souveränität Afghanistans vor einer Aggression von außen); aber nicht selten helfen die sowjetischen Soldaten und Offiziere den Einwohnern mit Lebensmitteln und Medikamenten, stellen ihnen Transportmittel zur Verfügung, ja gehen ihnen einfach bei der Arbeit an die Hand.

Die Freundschaft unserer beiden Völker ist tief verwurzelt. Am 27. März 1919 erkannte die junge Sowjetrepublik als erster Staat der Welt die Unabhängigkeit des afghanischen Staates an und erwies ihm Hilfe. Am 29. März d. J. schrieb die Zeitung „Kabul New Times“ zum 61. Jahrestag dieses historischen Ereignisses, daß das afghanische Volk weder früher noch heute Grund hat, an der Aufrichtigkeit der freundschaftlichen Gefühle der Sowjetbürger zu zweifeln. An der UdSSR habe Afghanistan eine Stütze bei seiner Bewegung zum Fortschritt hin, einen zuverlässigen Bündnispartner in schwerer Stunde gefunden.

Während ich diesen Artikel für die Redaktion durchgebe, findet in einer Straße von Kabul ein freiwilliger Arbeitseinsatz zum 110. Geburtstag Lenins statt. Neben den Hauptstädtern arbeiten auch sowjetische Soldaten. In sauber ausgehobene, feuchte Gruben pflanzen sie junge Bäumchen ein. Jahre werden vergehen, und im Schatten dieser Kiefern werden die nach der Revolution geborenen Kinder spielen.

Kabul, im April

„NEUE ZEIT“

15.80

DAS KLEINERE ÜBEL

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Auf dem Bildschirm ein kleines Mädchen mit einem Gänseblümchen in der Hand... Die Kleine zupft Blütenblätter und zählt angespannt: „Eins, zwei, drei...“ Nachdem sie bis zehn gekommen ist, schaltet sich eine ruhige Männerstimme ein und beginnt den Countdown: „Zehn, neun, acht...“ „Null“, dann dröhnt eine Explosion, und langsam steigt eine pilzförmige Wolke empor...

Dieser 30-Sekunden-Spot lief im Wahlkampf des Jahres 1964 im TV. Er sollte die möglichen Folgen der Außenpolitik von Barry Goldwater, des Erzmilitaristen und damaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten deutlich machen.

Diese geschickt gemachte Wahlpropaganda rief Goldwater auf den Plan. Unverzüglich rief er seinen Rivalen Lyndon Johnson an.

„Barry, ich habe meinen Leuten gesagt, daß sie diesen Film unter keinen Umständen mehr zeigen sollen“, versicherte Johnson und ließ den Spot erneut am Abend des gleichen Tages demonstrieren: Goldwaters heftige Reaktion zeigte ein weiteres Mal, daß der Streifen ins Schwarze getroffen hatte.

Der Film hat nicht nur die Gefährlichkeit eines abenteuerlichen internationalen Kurses gezeigt. Zugleich war er ein Kontrast zu Johnsons Propagandakampagne, der sich den Wählern als „Friedenskandidat“ präsentierte. Die Wähler trafen eine klare Entscheidung: Goldwater erlitt eine vernichtende Niederlage, und die Republikanische Partei wurde gespalten. Am Tag nach dem Wahlsieg entdeckte Bill Moyers, Assistent des Präsidenten, auf Johnsons Schreibtisch eine Liste von Zielen für Bombenangriffe in Vietnam...

Johnson hat für die Vietnam-Aggression teuer bezahlen müssen. Bei den folgenden Wahlen mußte er seine Kandidatur zurückziehen und das Scheitern seiner langen und, wie viele meinten, „glänzenden“ politischen Karriere eingestehen. Noch teurer ist dieses Abenteuer den USA selbst zu stehen gekommen. Auch der große Wahlbetrug blieb nicht ohne Folgen. Die letzten zwanzig Jahre sind von einer zunehmenden „Krise des Vertrauens in die Regierung“ gekennzeichnet, erklärte James Sundquist in einem Bericht,

der kürzlich bei einem Symposium des Brookings-Instituts verlesen wurde. Die Menschen wollen, daß die Regierung die Ereignisse unter Kontrolle hat, sagte Sundquist, und sie erwarten, daß die Wahlen einen Unterschied in der Haltung gegenüber diesen Ereignissen bringen müssen.

Und da die Wahlen diese Erwartungen nicht erfüllen, konstatierte er, nimmt die Enttäuschung zu. Das zeigen Meinungsumfragen, wie sie im Wahljahr am laufenden Band durchgeführt werden. „Stabilität ist das Schlüsselwort im politischen Wörterbuch des Jahres 1980“, sagte Robert Teeter, der Meinungsumfragen für den republikanischen Kandidaten George Bush durchführt. „Ich habe entdeckt, daß die Menschen entmutigt und empört sind, daß sie Angst um ihre Zukunft haben. Sie sagen, sie suchten Führung... Das wichtigste ist hier das Vertrauen. Einstweilen haben sie kein Vertrauen zu einer der Parteien oder zu einem Politiker. Die Menschen meinen eben nicht, daß sie von einer repräsentativen Regierung vertreten werden.“

Bei den Wahlen von 1976 machte sich James Carter die Vertrauenskrise zunutze. Sein „größtes Plus“ war es, ein „Neuling“ zu sein. Die Protesthaltung der Wähler gegen die Bürokratie der Administration hat dem Demokraten Carter den Sieg über den Republikaner Ford gebracht. Auch Wahlversprechen taten das Ihre. Was diese angeht, so hat Carter in der amerikanischen Geschichte neue Rekorde aufgestellt. Er hat versprochen, abzurufen, die „Verteidigungsausgaben“ zu kürzen, den Export amerikanischer Waffen zu drosseln, Lebensmittel nicht als „Druckmittel“ einzusetzen, die Arbeitslosigkeit zu überwinden etc.

Diese Versprechen entsprachen den Stimmungen der Amerikaner, doch sie alle wurden gebrochen oder einfach vergessen. Das gleiche Washington, vor dem die Wähler Rettung bei einem hauptstadtfernen Erdnußfarmer suchten, gedieh wie nie zuvor. Die Anhänger und Strohputzen der größten Konzerne — vor allem der Rüstungs- und der Ölmonopole — prosperierten einmalig. Doch zugleich ist eine Zunahme der internationalen Span-

nungen sowie die Zuspitzung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu konstatieren.

Die Inflation, deren Tempo sich in den vergangenen drei Jahren verdreifacht hat, wird heute von zunehmender Arbeitslosigkeit und von Rezession begleitet. Zu Beginn des Wahlkampfes im Sommer 1979 war die Popularität des Präsidenten in seiner eigenen Partei auf 24% gesunken — auf den niedrigsten Stand unter seinen fünf Vorgängern. Teilweise hierdurch erklärt sich auch, daß Senator Edward Kennedy in den Kampf um den Platz im Weißen Haus eingegriffen hat. Der gleiche Grund ließ den Wahlkampf der Republikaner so fieberhafte Formen annehmen: In der „Partei des Elefanten“ bewarben sich anfangs 7 Kandidaten. Der Verlauf des Wahlkampfes schien bereits festzustehen. Doch die Ereignisse brachten die Wahlkampfkalkulationen durcheinander. Der jetzige Wahlkampf bereitet Überraschungen dort, wo man sie am wenigsten erwartet.

Bislang erklärte man das durch die Folgen der Wahlsystemreform von 1974 — und das mit gewisser Berechtigung. Der Prozeß der amerikanischen Präsidentschaftswahlen ist überaus kompliziert und unterscheidet sich nicht nur in den beiden großen Parteien, sondern auch von einem Bundesstaat zum anderen. Die Wahlen erfolgen nach wie vor in zwei Stufen: die Vorwahlen, die Primaries (in den Bundesstaaten und in anderen Wahlbezirken), und die Bundeswahlen.

Anfangs sollten die Primaries vor allem die Popularität eines Kandidaten testen. Entsprechend wurde auch ihre Zahl beschränkt. Bei den Demokraten auf 16 und bei den Republikanern auf 15 (im Jahre 1968). Bei den Primaries wurden etwa 40% der Delegierten des Parteitag gewählt, der den Präsidentschaftskandidaten für die Bundeswahlen bestimmte. Die übrigen Delegierten — die entscheidende Zahl — wurden von den Parteibossen ernannt und stimmten deshalb auf deren Weisung. Ebendeshalb hieß es zu allen Zeiten, die Präsidentschaftskandidaten würden im Grunde nicht vom Parteitag, sondern in irgendwelchen „verqualmten Zimmern“ gewählt. Die Urheber der Reform versprochen, dieser Praxis ein Ende zu bereiten. Jetzt finden die Primaries in insgesamt 37 Bundesstaaten statt, wo mehr als drei Viertel der Delegierten gewählt werden. Diese Wahlen unterscheiden sich wiederum von Bundesstaat zu Bundesstaat. Doch im großen und ganzen verpflichten sich die Delegierten, im ersten Wahlgang den Kandidaten zu unterstützen, der die

meisten Stimmen bei den Primaries erhalten hat.

Neu ist ferner ein 1974 verabschiedetes Gesetz, das die Geldspenden für einen Kandidaten beschränkt. Die Spenden dürfen 1000 Dollar von Privatpersonen und 5000 Dollar von Organisationen nicht überschreiten. Die Gesamtausgaben jedes Kandidaten wurden bei den Primaries auf 10 Mio Dollar limitiert. Einschließlich des Inflationsausgleichs beläuft sich diese Summe heute auf 14,7 Mio Dollar. Auch die Ausgaben in jedem Bundesstaat wurden beschränkt — von 264 600 Dollar in dem kleinen New Hampshire bis zu 3,4 Mio Dollar im dichtbesiedelten Kalifornien. Wer sich an diese Bestimmungen hält, darf damit rechnen, daß die Regierung ihm einen Teil der Ausgaben rückerstattet. Auf jene aber, die einen solchen finanziellen Ausgleich nicht beanspruchen, findet das Gesetz keine Anwendung. Ein solcher Kandidat kann so viel ausgeben wie er will. So verfuhr John Connally aus Texas, der 11 Millionen zusammengebracht hatte und auf die offizielle Kompensation verzichtete.

Dieses Gesetz sollte einen weiteren Makel der amerikanischen „Demokratie“ entfernen — den unverhältnismäßig großen Einfluß des Big Business. Die Großen aus Industrie, Handel und Finanzen, die sich dem einen oder anderen Kandidaten so spendabel zeigten, kauften diesen wie einen Platz an der Aktienbörse. Dabei zahlten sie für künftige Privilegien, für Einfluß und „Gefälligkeiten“. Die Beschränkung der Spenden auf 1000 Dollar für Privatleute sollte mit diesem Übel aufräumen, da die Konzerne nach einem anderen Gesetz keine politischen Spenden geben dürfen. Daraufhin bildeten sich „politische Aktionskomitees“, die 5000 Dollar spenden dürfen. Von den 2000 heute tätigen Komitees gehören die weit aus meisten diversen Konzernen, Versicherungsgesellschaften, Banken und Handelsfirmen. „1980 spenden große wie kleine US-Geschäftsleute über die Organisationen mehr Geld für die Kandidaten als je zuvor“, schrieb die „New York Times“. Verschiedene Zahlen werden genannt. Es geht um viele Millionen.

Solchen Berechnungen zufolge werden die Wahlen des Präsidenten und der Kongreßabgeordneten (zur Wiederwahl stehen zur gleichen Zeit 35 Senatoren, 435 Mitglieder des

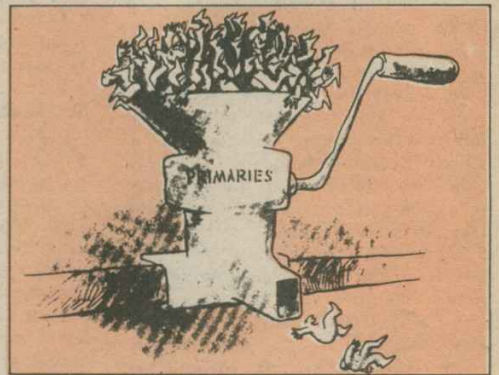
Repräsentantenhauses und 13 Gouverneure der Bundesstaaten an) mehr als 200 Mio Dollar kosten. Auf die „Komitees“ entfällt etwa ein Drittel dieser Summe.

Es gibt also noch genug Mäzene, geändert haben sich nur die Spielregeln. Doch die Geldgeber verlieren nie. So arbeitet Steve Ross von der Warner Co. für Carter, während Jay Emmet, der zweite Präsident der Firma, sich für Kennedy engagiert.

„Das kann nur unsere Unabhängigkeit beweisen“, erklärte ein Firmensprecher.

Sam Lefrak, Besitzer eines großen Vermögens, legt den gleichen Gedanken einfacher dar:

„Ich setze gewöhnlich auf alle Pferde. Dann brauche ich mich nicht



Im Fleischwolf

Aus „Philadelphia Inquirer“ (USA)

so ins Zeug zu legen, wenn sie sich dem Ziel nähern.“

Je hektischer das Präsidentschaftsrennen wird, desto größer wird die Rolle des Geldes. Wie David Broder, ein in den USA bekannter Wahlkampfexperte, schreibt, „bleibt selbst bei Bundeshilfe die finanzielle Seite entscheidend dafür, wer am Präsidentschaftskampf teilnehmen wird und wie lange er sich da halten kann“.

Wenn die Reform auch weder mit dem dominierenden Einfluß der Parteibosse noch mit der Tätigkeit der Mäzene hinter den Kulissen aufgeräumt hat, so hat sie sich doch spürbar auf den Charakter des Wahlkampfes selbst ausgewirkt.

1960 nahm John F. Kennedy an vier Primaries teil. 1980 muß sein Bruder Edward 37 Vorwahlen durchstehen. In den 6 Wochen bis zum 25. März (bis zu den Primaries in New York und in Connecticut) fanden Vorwahlen in 12 Bundesstaaten und in dem angeschlossenen „assozierten Freistaat“ Puerto Rico statt. Und so sah ein Tag von Senator Kennedy zu Beginn des Wahl-

kampfes, am 18. Januar, aus: Nach dem Abflug aus Washington in aller Herrgottsfrühe machte er fünf Unterbrechungen, um mit Wählern des Bundesstaates Iowa zusammenzutreffen, flog nach Indianapolis zu einem Essen mit Spendern und anschließend an die Ostküste in den Staat Maine, wo er nach 3 Stunden Schlaf den Marathon fortsetzte.

Außer der rein physischen Strapaze läßt ein solcher von den vielen Primaries diktiert Fahrplan keine Zeit, um wirklich wichtige Fragen der Innen- und Außenpolitik zu erörtern. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Weigerung aller Kandidaten, an einer Konferenz teilzunehmen, die die Führer der afro-amerikanischen Organisation Anfang März nach Richmond einberufen hatten. Statt dessen läßt man es dabei bewenden, die üblichen Reden zu schwingen, Hände zu schütteln und Kinder zu küssen.

Vor allem soll den Wählern der Kandidat à la Waschmittelwerbung verkauft werden. Deshalb erlangen die Massenmedien, vor allem das TV, besondere Bedeutung. Doch die Sendezeit ist stark begrenzt. Höchstens 3 Minuten, die in den TV-Nachrichtensendungen dem einen oder anderen Kandidaten gewidmet sind, reichen natürlich nicht aus, um Wahlprogramme darzulegen.

Kurz vor den Primaries in New York informierten Meinungsforscher Kennedy darüber, daß nur einer von drei New Yorkern den Vorschlag des Senators kennt, Löhne und Preise einzufrieren, um so der Inflation Einhalt zu gebieten. Unterdes hat Kennedy in den letzten beiden Monaten diese Forderung ungezählte Male erhoben. Kurz vor den Primaries veranstaltete Kennedy eine Pressekonferenz, die er wie folgt eröffnete: „Ich bin froh, daß mir die Möglichkeit geboten wird, hier über die schwersten wirtschaftlichen Probleme zu sprechen...“ Dazu kam er aber nicht, weil ihm die Reporter 57 Fragen stellten und von ihm wissen wollten, wie er selbst seine Chancen in New York einschätzt.

Der Politologe Kirkpatrick schrieb: „Die Fähigkeiten, die für einen Erfolg im Präsidentschaftswahlkampf notwendig sind, stehen im Grunde in keiner Beziehung zu den Fähigkeiten, die man für die Leitung des Landes braucht. Wir haben einen Prozeß geschaffen, der im Grunde dazu führt, daß fähige Leute“ (vor den Wahlen) „ausgeschaltet werden.“

Im jetzigen Wahlkampf gab das Weiße Haus ein „Beispiel“ dafür, wie man wirklich wichtigen Diskussionen ausweicht. Die Vorgänge im

Iran, die durch die US-Politik in dieser Region ausgelöst wurden, haben das ermöglicht — ebenso wie die Kette künstlicher von Washington geschaffener Krisen. Der Präsident erklärte, die internationale Lage und das Schicksal der Mitarbeiter der US-Botschaft in Teheran erlaubten ihm nicht eine Teilnahme am Wahlkampf. Die chauvinistische Welle in der Presse verlange „Geschlossenheit um den Präsidenten“. Doch Carter blieb auch im Weißen Haus dem Wahlkampf nicht fern.

Immer häufiger suchen große Gruppen von Geschäftsleuten, Politikern und Gewerkschaftsführern, Bürgermeistern und anderen Lokalgrößen das Weiße Haus auf, um mit dem Präsidenten und dessen Assistenten zusammenzutreffen. Mehrere Monate lang ersuchte Kennedy den Präsidenten um eine Diskussion. Einmal veranstaltete er sogar eine Diskussion mit einem ... Tonbandgerät, auf dem eine vor zwei Jahren gehaltene Rede des Präsidenten aufgezeichnet war. Ein anderes Mal sprachen sowohl Carter als auch Kennedy vor der amerikanischen Verbrauchervereinigung — im Abstand von 20 Minuten.

„Wer ist das, der sich so schnell fortgemacht hat?“ begann Kennedy seine Rede unter Anspielung auf die „Nichtgreifbarkeit“ des Präsidenten. „Er hat es eilig, ein wichtiges Dokument zu studieren, das mit der nationalen Sicherheit zusammenhängt — das Telefonbuch von Portland, Staat Maine.“

Mit dieser Bemerkung hatte Kennedy ins Schwarze getroffen. Der Präsident hat angeblich keine Zeit, um mit Wählern und politischen Gegnern zusammenzutreffen, doch führt er stundenlange Telefongespräche mit Lokalpolitikern und Wählern, wenn wieder einmal Primaries anstehen. Kürzlich wurden Journalisten und Kameraleute des Fernsehens für 7 Uhr morgens ins Weiße Haus bestellt, wo der Präsident ihnen seine Absicht eröffnete, neue Schritte gegen den Iran zu unternehmen. Warum zu einer so unchristlichen Zeit? Die Primaries in den Bundesstaaten Wisconsin und Kansas hatten begonnen. Wie ein demokratischer Parteigänger aus Pennsylvania erklärte, der seinen Namen nicht genannt sehen möchte, „weiß der Präsident vielleicht nicht viel von der Leitung der Wirtschaft, doch dafür versteht er es hervorragend, den Wahlkampf zu führen“.

Diese Taktik blieb nicht ohne Erfolge, bis hin zu den Wahlen in New York und Connecticut. Nach der großen Niederlage im Staat Illinois war Kennedy von der Presse schon abgeschrieben, doch sein Sieg

in New York ließ sie einen anderen Ton anschlagen. Korrespondenten der „New York Times“ hatten es auf einmal eilig, vom „Mann auf der Straße“ eine Erklärung für das Geschehene zu bekommen. Und das bekamen sie zu hören:

Nora Morrissey: „Ich habe Carter über. Für mich hat er nichts getan. Soll doch jemand anders eine Chance bekommen.“

Gladys Ramos: „Die Preise haben schwindelerregende Höhen erreicht, und schwer ist es geworden, mit seinem Geld auszukommen. Wir führen hier einen richtigen Kampf, Carter aber gedenkt absolut nichts für uns zu tun.“

Alberta Ehrlich: „Ich fühle mich schuldig, weil ich nicht wähle. Doch habe ich es satt, für das kleinere von zwei Übeln zu stimmen, da man letztlich doch ein Übel wählt.“

Jetzt ist es im Wahlkampf vorübergehend ruhiger geworden. Alle warten auf die Ergebnisse der Primaries im Bundesstaat Pennsylvania, der über eine große Zahl von Wahlmännern verfügt. Kennedy will dort einen harten Kampf liefern. Doch am 2. April besaß Carter 848 von den 1666 Stimmen, die für einen Sieg im ersten Wahlgang auf dem Parteitag der Demokraten nötig sind. Ferner hat er feste Positionen in einigen weiteren Bundesstaaten, wo die Primaries noch nicht gelaufen sind. Kennedy hat 445 Wahlmänner auf sich verpflichtet.

Die großen Siege von Ronald Reagan haben ihm den ersten Platz bei den Republikanern eingebracht. Jetzt werden Befürchtungen, das Fiasko von 1964 könne sich wiederholen, zur Seite geschoben. In der heutigen „Krisensituation“ (die Leier der Administration) haben Reagans Ansichten unerwartet einen gewissen Gleichklang zum derzeitigen Regierungskurs erlangt. Zudem ist er ein Anhänger „einfacher“ Lösungen komplizierter Fragen. Das stößt auf Skepsis bei den Fachleuten, findet aber ein Echo bei den Wählern — wie der Vorschlag, die Steuern als antiinflationäre Maßnahme um 30% zu senken oder eine Reihe von Sozialprogrammen an die Bundesstaaten zu übertragen. Reagan ist gegen den SALT-II-Vertrag, doch sei er zu einer „wahren Begrenzung der strategischen Atomwaffen“ bereit. Er ist gegen die von Carter vorgeschlagene Registrierung der Amerikaner im Einberufungsalter schon zu Friedenszeiten.

Doch zweifelsohne stimmt die Wähler unzufrieden, daß sie sich zwischen dem größeren und dem kleineren Übel entscheiden sollen. Vor vier Jahren schien Carter das kleinere Übel zu sein. Heute fühlen sich die Wähler betrogen.

New York, 7. April

DAS FRÜHJAHRSFEST PI MAY

Pi May, das Neujahrsfest, das man in Laos nach dem Mondkalender begeht, wird drei Tage im April gefeiert und fällt in diesem Jahr auf die Monatsmitte. Die Vorbereitungen beginnen lange zuvor: Man schmückt die Straßen mit bunten Wimpeln und Laternen, der Anousavari-Bogen auf dem zentralen Prospekt Lan Sang wird abends rot angeleuchtet, überall ist ein schwungvoller Handel im Gange. In den Familien bereitet man sich auf Besuch vor: Traditionsgemäß verläßt man den wichtigsten, zweiten Tag des Festes unter den Seinen oder mit guten Freunden.

Ich hatte schon gehört, daß man beim Fest etwas Einfaches und Leichtes anhaben soll, was schnell trocknet: Nach alter Sitte bespritzen die Laoten sich an diesem Tag mit Wasser. Eine solche „Reinigung“ soll die für gute Reisenten so wichtige Regenzeit näher bringen. Besonders viel Spaß macht diese alte Sitte den Kindern. Einmal goß ein etwa 6jähriger Knirps durch das offene Wagenfenster einen ganzen Becher Wasser über mich. In der hiesigen Hitze war das sogar angenehm.

In den Pagoden und am Flußufer werden hohe Sandpyramiden aufgeschüttet und mit dünnen Stangen voll bunter Schleifen geschmückt. Der Sage nach wird das neue Jahr ebenso viele glückliche Tage zählen wie diese Pyramide Sandkörner.

Traditionsgemäß wird Luang Prabang im Norden des Landes zum Mittelpunkt des Festes. In der ehemaligen Residenzstadt werden Maskenbälle, Fackelumzüge und Feuerwerke veranstaltet. Früher war das alles nur für den Hof und seine Gäste bestimmt, jetzt ist das Fest für das Volk da.

Viele Veränderungen haben sich in Luang Prabang vollzogen. Man berichtete mir darüber im Verwaltungskomitee. Allein in den vier Jahren der Republik entstanden in der Provinz über 50 Genossenschaften mit insgesamt 2500 Bauernfamilien. Die Kollektivierung der Landwirtschaft ist hier besonders wichtig, denn die Gegend ist gebirgig, und nur ein kleiner Teil eignet sich zum Anbau von Reis und anderem Getreide. Deshalb gilt es, die Agrarproduktion zu intensivieren. Dies aber wäre bei der Erhaltung der patriarchalischen Einzelbauernwirtschaft undenkbar gewesen.

Souvandi Phonmali, Vorsitzender des Verwaltungskomitees dieser

Provinz, sagte mir: „Und doch sind wir bemüht, nichts zu überstürzen. Der Zusammenschluß der Einzelwirtschaften erfolgt nur freiwillig. Es geht uns ja nicht um einen Fortschritt auf dem Papier.“

Jetzt sind schon ca. 3000 ha Saatfläche zusammengelegt. Der Staat überläßt den Genossenschaften Maschinen und Düngemittel zu günstigen Bedingungen, stellt ihnen, wenn nötig, auch Saatgut zur Verfügung. Die Erfolge einer solchen Politik sind offensichtlich. In den Genossenschaften haben die Bauern höhere Ernteerträge und auch bessere Lebensbedingungen.

Die örtliche Industrie hat noch viele Probleme. Gegenwärtig bestehen in der Provinz Luang Prabang einige Dutzend Werkstätten, alle so gut wie ohne Werkzeugmaschinen; sie stellen Pflüge, Spaten, Pflughaken und einfachen Hausrat her. Einige Betriebe spezialisieren sich jetzt darauf, kompliziertere Landmaschinen zu reparieren: Auf den Feldern sind die ersten Traktoren eingesetzt, die aus der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern gekommen sind. Ihre Zahl reicht noch nicht aus, deshalb behandelt man sie besonders liebevoll.

Es wird das traditionelle Kunstgewerbe entwickelt, z. B. das Holzschnitzen. Dafür ist Luang Prabang in ganz Laos bekannt. Die Provinz hat reiche Vorräte an Edelhölzern, und schon in naher Zukunft werden sie einen wichtigen Exportartikel der jungen Republik bilden. Der Transport wird sich auf

WER BREMST?

„Ich appelliere deshalb an die Sowjetunion... sich endlich bereit zu erklären, mit dem Westen realistisch über Abrüstungs- und Rüstungskontrolle zu verhandeln... und deshalb mein dringlicher Appell... auf unsere ernstgemeinten, von tiefer Sorge um den Frieden in der Welt getragenen Abrüstungsvorschläge einzugehen.“ Wenn man BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher, von dem diese Worte stammen, glauben darf, forciert der Westen die militärische Entspannung, während die UdSSR sie torpediert. Doch was zählt, sind nicht Worte, sondern die Tatsachen.

Sieben Jahre haben die USA den Abschluß des SALT-II-Vertrages verschleppt. Als man ihn dann doch schließlich unterzeichnet hatte, warf das Weiße Haus ihn anfangs den Falken zum Fraß vor und legte ihn dann zu den Akten. Vor gut einem Monat erklärte James Carter: Wenn sich bei den Konsultationen mit dem Kongreß herausstellen sollte, daß SALT II nicht im nationalen Interesse der USA liegt, werde man die UdSSR davon in Kenntnis setzen, daß die Bestimmungen des Vertrages nicht mehr respektiert würden. Nicht Moskau, sondern Washington hat die Verhandlungen über eine Entmilitarisierung des Indischen Ozeans gestoppt und demonstriert dort jetzt Kanonenbootpolitik. Bereits über ein Jahr zögern die Amerikaner die Wiederaufnahme des sowjetisch-amerikanischen Dialoges über eine Begrenzung des Waffenexports hinaus. Nicht viel besser steht es auch um die Lösung einiger anderer Probleme der militärischen Entspannung.

Kürzlich ging die 20. Runde der Wiener Truppenabbaugespräche zu

Ende. Diese Verhandlungen laufen schon über sechs Jahre — doch bislang ergebnislos. Besorgt fragt die Weltöffentlichkeit: Wer bremst?

Der 8. Juni 1978 hätte eine grundlegende Wende bei den Wiener Verhandlungen einleiten können. An diesem Tag unterbreiteten die UdSSR und ihre Verbündeten ein Vorschlagspaket, das einige wichtige Elemente der westlichen Haltung berücksichtigte. Die sozialistischen Länder erklärten ihre Bereitschaft, den Wünschen der anderen Seite entgegenzukommen und gemeinsam gleiche Obergrenzen für die Kontingente der Länder der NATO und des Warschauer Vertrages (je 900 000 Mann, darunter je 700 000 Mann für die Landstreitkräfte) festzusetzen. Ferner erklärten sie sich bereit, ihre Landstreitkräfte zu reduzieren und dem Personalbestand der Luftstreitkräfte Begrenzungen aufzuerlegen. All das entsprach nicht nur dem NATO-Gedanken von „kollektiven Obergrenzen“, sondern schuf auch die Voraussetzungen, um die anhaltende Diskussion über die Größe der Truppenkontingente beider Seiten im Reduzierungsraum zu beenden. Wurden ja die Streitkräfte limitiert. Die sozialistischen Länder akzeptierten auch den Vorschlag, daß allein die UdSSR und die USA in der ersten Phase ihre Truppen abbauen. Erst dann sollten die anderen Länder, die direkt an den Verhandlungen teilnehmen, folgen. Und schließlich erklärten die Staaten des Warschauer Vertrages ihre Bereitschaft, aus dem Reduzierungsraum eine große Zahl von Militärtechnik abzugeben, auch 1000 Panzer, unter der Bedingung, daß der Westen sein Arsenal taktischer Atomwaffen und Trägersysteme entsprechend verringert. So wurde auch

dem Mekong abwickeln, der Laos in nordsüdlicher Richtung durchfließt.

... Ich überwinde eine lange, steile Treppe, die zum Gipfel des heiligen Phou Si-Hügels führt, wo sich der Sage nach ein Aufdruck des Buddha-Fußes erhalten hat. Die Aussicht ist großartig. Hinter dem Weichbild der Stadt blinken matt die Spiegel der Reisfelder in der Sonne. Ab und zu bimmeln leise Tausende Schellen im Wind, die an den Dächern der budhistischen Tempel hängen.

Bauern, Handwerker und Angestellte gehen über schattige Straßen heim. Jungens spielen ihr Lieblingsspiel, ein Mittelding zwischen Fuß- und Handball. Direkt am Fuße des Hügels prangt der Königspalast, die Residenz der ehemaligen Landesherren, in Rot und Gold.

Nach der Revolution wurde im Palais ein Museum eingerichtet. Khamlek Sayasit, sein Kustos,

stammt aus Luang Prabang und liebt diese Gegend über alles. Er ist 65 Jahre alt, die Hälfte seines Lebens widmete er dem revolutionären Kampf. „Sehr vieles verbindet unser Volk mit der UdSSR“, sagt er mir. „Wir werden stets an die Unterstützung denken, die die UdSSR uns in den Jahren des Befreiungskampfes erwies. Heute hilft Ihr Volk uns beim Aufbau des Sozialismus. Ich persönlich bin jetzt besonders eng mit Ihrem Land verbunden: Mein Sohn Pasit studiert in Kiew. Bald wird er als Diplomwirtschaftler heimkehren.“

Vor vier Jahren konnten die meisten Laoten weder lesen noch schreiben. Bis Anfang d. J. wurde das Analphabetentum in 8 der 9 Kreise von Luang Prabang überwunden. Bald soll jeder Einwohner der Provinz Grundschulbildung bekommen können, und allmählich

werden die nationalen Fachkräfte herangebildet werden.

Die junge Republik hat nicht nur mit wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu kämpfen. Im Stab des Militärkreises Nord am Rande von Luang Prabang erzählte man mir von der ununterbrochenen Wühlätigkeit der inneren und äußeren Reaktion. Die Banditen werden von China aus unterstützt. Dort werden sie von Berufsoffizieren militärisch ausgebildet und mit chinesischen Waffen ausgerüstet. Besonders aktiv sind die Pekinger Agenten unter den nationalen Minderheiten. Aber diese Provokationen werden den reaktionären Kräften keinen Erfolg bringen. Die Laoten glauben an ihre Revolution und sind bereit, deren Errungenschaften zu schützen.

A. SHAKOW

Luang Prabang—Vientiane



schlug für einen Abzug der Atomsprenköpfe und ihrer Trägermittel im Austausch gegen den Abzug einer bestimmten Zahl sowjetischer Panzer zurück. Zugleich meinen die UdSSR und ihre Verbündeten, daß ein Abkommen über die Verringerung der militärischen Konfrontation in Europa nur dann wirksam sein kann, wenn es eine Reduzierung der Rüstungen, einschließlich der atomaren, vorsieht.

Jetzt führt der Westen im Grunde alles auf einen Abbau allein der sowjetischen und amerikanischen Landstreitkräfte um 30 000 bzw. 13 000 Mann zurück. Doch ist dieser Vorschlag ernst gemeint? Wird ja von einer Seite mehr verlangt, als die andere bereit ist zu geben. Während der Verhandlungen haben die UdSSR und ihre Verbündeten ihre Truppen in Mitteleuropa nicht verstärkt. Im Gegenteil hat die Sowjetunion Ende 1979 mit dem Abzug von 20 000 ihrer Soldaten, von 1000 Panzern und einer gewissen Zahl anderer Militärtechnik aus der DDR begonnen. Die NATO hingegen verstärkt unablässig ihr Militärkontingent. Der Abzug von 13 000 Amerikanern deckt nicht einmal die Verstärkung der US-Streitkräfte in Mitteleuropa. Allein in den vergangenen vier Jahren sind die US-Truppen nur in der BRD um fast 30 000 Mann verstärkt worden.

Im Dezember 1978 erklärte sich der Nordatlantikpakt zu der Garantie bereit, daß auf einen Abbau sowjetischer und amerikanischer Truppenkontingente die BRD, Großbritannien und andere westliche Länder folgen würden. Heute ist deren Haltung eine andere: Die NATO weigert sich nicht nur, den jetzigen Stand der Streitkräfte dieser Staaten zu reduzieren, sondern ihn sogar einzufrieren. Und das betrifft drei Viertel der NATO-Truppen in Mitteleuropa.

In den letzten Vorschlägen der westlichen Seite werden Fragen einer Kontrolle der künftigen Vereinbarungen be-

sonders betont. Die UdSSR und ihre Verbündeten sind gleichfalls für eine strenge Kontrolle. Doch sie muß dem Umfang der Reduzierungen des Militärpotentials der Seiten entsprechen. Die NATO aber, die nur einer unbedeutenden Verringerung der Landstreitkräfte in Mitteleuropa zustimmt, verlangt, nicht nur das eigentliche Mitteleuropa, sondern auch das Territorium Bulgariens, Ungarns, Rumäniens und die Westgebiete der UdSSR in den Kontrollraum einzubeziehen. Dieser NATO-Vorschlag erinnert eher an einen Plan zur Sammlung von Informationen über die Streitkräfte des Warschauer Vertrages als an eine Kontrolle der Bedingungen des Abkommens.

Die NATO besteht — ohne irgendwelche Beweise hierfür anzuführen — weiterhin darauf, daß die sozialistischen Länder in Mitteleuropa stärkere Truppenkontingente haben. Ebendeshalb unterbreiteten die UdSSR und ihre Verbündeten bei der 20. Runde den Vorschlag, Angaben über die Truppenstärke der Staaten, die direkt an den Verhandlungen teilnehmen, mit dem Stand vom 1. Januar 1980 auszutauschen. Doch bislang blieb diese Initiative unbeantwortet.

Eine Analyse der westlichen Initiative zeigt, daß sie keineswegs die „Erfolgchancen“ in Wien vergrößert, wie James Carter in seiner Botschaft an den Kongreß vom Januar behauptete. Sie ist vielmehr ein weiterer Versuch, die andere Seite zu überrumpeln. Doch daraus wird nichts. Man kann eine Vereinbarung nur auf der Grundlage der Gleichheit und bei Respektierung des Prinzips der gleichen Sicherheit erzielen. In den NATO-Vorschlägen findet man schwerlich die „tiefe Sorge um den Frieden in der Welt“, über die sich Genscher ausließ. Das, was der Westen offeriert, ist nicht Abrüstung, sondern eine Fiktion, um die Fortsetzung des Wettlaufes zu tarnen.

W. BOIKOW

das NATO-Schema „östliche Panzer gegen westliche taktische Atomwaffen“ angenommen.

Diese Vorschläge berücksichtigten, wie selbst viele Politiker und Experten in NATO-Ländern eingestanden, den westlichen Standpunkt stärker als erwartet. So bezeichnete BRD-Bundeskanzler Helmut Schmidt die Initiative der UdSSR und ihrer Partner als bedeutend, um das Ziel der Wiener Verhandlungen zu erreichen.

Und die Antwort des Westens? Anderthalb Jahre schwieg er sich aus. Schließlich gab die NATO Ende 1979 zusammen mit dem Beschluß für die Stationierung von ca. 600 Mittelstreckenraketen in Europa ihre „neue Friedensinitiative“ bekannt.

Diese Initiative wurde bei der 20. Runde der Wiener Gespräche erörtert. Anschließend erklärte der sowjetische Delegationsleiter Nikolai Tarassow: Die westlichen Vorschläge tragen nicht zu einer Annäherung der Auffassungen der Teilnehmer bei. Überdies hat die NATO von bereits abgestimmten Vereinbarungen Abstand genommen, wodurch sie die Ergebnisse sechsjähriger Arbeit zunichte machte.

Der Nordatlantikpakt weigert sich jetzt, irgendwelche Reduzierungen von Rüstungen und Militärtechnik zu erörtern. Er zog sogar den eigenen Vor-

HAT DIE ARBEIT IM KOSMOS GRENZEN?

Wir gewöhnen uns schnell an Wunder. Jede neue Phase der Weltraumerschließung scheint uns weniger sensationell als seinerzeit der erste Raumflug und der erste Austritt in den offenen Kosmos. Dabei ist ja die Entwicklung eines Apparates wie des Salut 6, der zugleich Heimstatt und Laboratorium auf dem Orbit ist, an sich schon eine Sensation, ganz zu schweigen von den langwährenden Expeditionen an Bord und den Besuchen dieser Orbitalstation durch bemannte Raumschiffe und Transporter. Der 140tägige Flug Wladimir Kowaljonoks und Alexander Iwantschenkows sowie der 175tägige Wladimir Ljachows und Valeri Rjamins haben stichhaltig bewiesen, daß man auf dem Orbit ein vollwertiges und tätiges Leben führen kann, und haben den Auftakt zu noch längeren Expeditionen gegeben.

Wie waren die großartigen Resultate möglich? Was ergaben diese und die vorherigen längeren Flüge nicht nur für unser Wissen vom Kosmos, sondern auch für die Wissenschaft vom Menschen und von den Besonderheiten des Verhaltens eines lebenden Organismus unter extremen Verhältnissen? Wie lange kann sich ein Mensch ohne Schaden für seine Gesundheit und Leistungsfähigkeit überhaupt im Kosmos aufhalten? Diese Fragen hat unsere Kommentatorin Jelena Knorre an die führenden Weltraumbiologen und -mediziner Prof. Oleg GASENKO, Mitglied der Akademie, Leiter des Instituts für medizinisch-biologische Probleme, Awetik BURNASIAN, stellvertretenden Gesundheitsminister der UdSSR, und Nikolai GUROWSKI, Leiter der Verwaltung kosmische Biologie und Medizin beim Gesundheitsministerium der UdSSR, gerichtet. Hier ihre Antworten.



Prof. O. GASENKO:

Der Begriff Lebenssicherung umfaßt einen ganzen Fragenkomplex, dessen allgemeine Zielsetzung es ist, auf kosmischen Objekten günstige Lebensbedingungen zu schaffen und den Kosmonauten bei langwährenden Raumflügen ihre Gesundheit und hohe Leistungsfähigkeit zu erhalten. Sie ist ein äußerst komplizierter und umfassender Begriff, man kann sie sogar ein kolossales soziales Problem nennen, dessen Lösung vom Grad der Organisiertheit der Gesellschaft, vom wissenschaftlichen und technischen Fortschritt sowie vom pflegerischen Verhalten zur Umwelt und zu den Naturressourcen abhängt. Es umfaßt auch Teilaufgaben wie langwährende Seefahrten, Unterwasserexpeditionen und die Erschließung der Arktis und Antarktis.

Im Hinblick auf die Raumfahrt handelt es sich erstens darum, die Wahrscheinlichkeit einer Wirkung ungünstiger äußerer Faktoren wie Vakuum, Meteoriten, gefährliche Strahlungen, Schwerelosigkeit und Überlastung auf den Menschen zu verringern. Ein Raumschiff muß natürlich mit Energie und die Besatzung mit Stoffen versorgt werden, ohne die ein normales menschliches Leben nicht möglich ist: mit Nahrungsmitteln, Wasser, Sauerstoff und Licht. Außerdem müssen die Ausscheidungen

des Menschen und die gesundheits-schädlichen Stoffe entfernt werden, die beim Funktionieren des Raumschiffs ausgeschieden werden. Die ständige ärztliche Kontrolle und die Verwendung spezieller Apparate und Medikamente ermöglichen es, den Gesundheitszustand der Kosmonauten nicht nur zu beobachten, sondern auch zu beeinflussen.

Mit der Lebenssicherung im Kosmos befassen sich jetzt viele bedeutende Wissenschaftler und große Forschergruppen. Man kann wohl schon von einer neuen wissenschaftlichen Richtung sprechen, die zwischen kosmischer Biologie und Medizin, Kybernetik, chemischer Technologie, Elektronik und verwandten Wissenschaften liegt.

Aber weder die erfreulichen Resultate der Weltraumexpeditionen noch der Umfang der Forschungen berechtigen zu der Ansicht, daß wir schon die Schwerelosigkeit besiegt und alle Probleme der Lebenssicherung gelöst hätten. Die größte Leistung ist es bisher, daß auf wirklichen Flügen die wichtigsten Elemente vieler Vorbeugungsmaßnahmen durchgespielt worden sind, von denen jedes allein nichts besonderes zu sein scheint, die aber zusammen die Kosmonauten befähigt haben, sich tagtäglich gegen die feindliche Umgebung zu behaupten.

Noch bestehen aber viele Schwierigkeiten und Unklarheiten. Nehmen wir z. B. die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Wasser und Sauerstoff. Hier entstehen Schwierigkeiten wegen der Besonderheiten der Lebenssicherungssysteme. Die erste Besonderheit ist die, daß sie ununterbrochen und gewöhnlich länger als auf Erden funktionieren müs-

sen. Deshalb muß die Besatzung sie vorbeugend und bei Defekten warten. Die zweite Besonderheit sind die vielen komplizierten, ja einzigartigen Elemente dieser Systeme. Die dritte besteht darin, daß wir in einem Raumschiff auf Gewichts- und Energiebeschränkungen Rücksicht nehmen müssen. Das macht z. B. eine möglichst vollständige Regeneration des Wassers und des Sauerstoffs erforderlich.

Jetzt nehmen wir so gut wie alles, was der Mensch zum normalen Leben im Kosmos braucht, von der Erde. Das ist ein recht großer Vorrat. Auch ist eine lange Aufbewahrung von Lebensmitteln usw. ziemlich schwierig. Der einzige Ausweg wäre ein Lebenssicherungssystem, das auf einem physikalisch-chemischen und später auf einem biologisch-technischen Umlauf der Stoffe beruhen müßte. Dazu sind bereits die ersten Schritte getan. Salut 6 hat ein System zur Regenerieren von Wasser aus dem Feuchtigkeitsniederschlag der Luft an Bord. Bald werden neue Systeme entstehen, die Produkte des menschlichen Stoffwechsels in den Umlauf einbeziehen werden. Natürlich wird es noch einer jahrelangen angespannten Arbeit bedürfen, bis ein geschlossener ökologischer Zyklus, ein einziges selbstständiges Modell des natürlichen Stoffumschlages auf Erden, erzielt sein wird.

Es gibt viele Methoden, Wasser und Sauerstoff zu regenerieren, sowohl chemische mit Hilfe verschiedener Absorbenzien oder spezieller Membranen als auch biologische, z. B. mit Hilfe von Wasser- und anderen Pflanzen, die Kohlensäure und einige schädliche Beimischungen der Luft absorbieren. Man kann an Bord auch eine physikalisch-chemische und biologische Regeneration von Nahrungsmitteln bewerkstelligen. So sollen die Kohlehydrate, ein Hauptbestandteil des Proviantes, entweder durch künstliche Synthese unter Benutzung der ausgeatmeten Kohlensäure und anderer Produkte des Stoffwechsels regeneriert werden oder mit der Anpflanzung höherer Pflanzen, mit denen schon experimentiert wird.

Im Zuge der Vorbereitungen zu mehrmonatigen Flügen von Besatzungen wurden biologische Serienforschungen sowohl im Kosmos, an Bord von Raumschiffen und Satelliten, als auch in Laboratorien in Klimastaten und Zentrifugen angestellt, u. zw. planmäßig nach einem Programm zur Feststellung, welche Rolle die Schwerkraft bei den fundamentalen biologischen Aktivitäten,

bei der Lebensfunktion verschiedener irdischer Lebewesen spielt. Noch sind zwar nicht alle biologischen Prozesse erforscht, man kann aber bereits annehmen, daß sich eine Schwerelosigkeit von beliebiger Dauer nicht ungünstig auf einfache Lebensformen und auf die Lebensfunktion komplizierter Organismen auswirken dürfte. Deshalb kann man, was eine längere Dauer menschlicher Raumflüge ohne gesundheitliche Schäden betrifft, optimistisch sein. Die Lösung technischer und biologisch-medizinischer Aufgaben wird Menschen nicht nur befähigen, langwährende Raumflüge zu machen und auf Nachbarplaneten heimisch zu werden, sie wird auch den Weg in die Tiefe des Weltmeers ebnen.

Die Sache hat aber noch eine nicht minder wichtige Seite: die mit dem „Faktor Mensch“ verbundene psychologische. Die Erfahrungen mit der medizinisch-psychologischen Sicherung von Expeditionen in den Kosmos haben, beginnend mit Salut 4, gezeigt, daß ein langer Aufenthalt in einem Raumschiff vorläufig mit unvermeidlichen Schwierigkeiten verbunden ist. Die Schwerelosigkeit, die großen und in ihrer psychologischen Struktur vielgestaltigen Belastungen, der strikte Zeitplan und die Möglichkeit von allerlei Zwischenfällen sind vorläufig unvermeidbar. Um den Kosmonauten ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten und ihre Erschöpfung zu verhüten, muß man eine unbedingt optimale Einteilung in Arbeits- und Ruhezeiten finden. Wie die Praxis lehrt, kann man das nur bei der klaren Erkenntnis, daß sich der menschliche Organismus den Stressfaktoren im Kosmos in Wellen anpaßt. Stadien einer bald mehr, bald weniger ausgeprägten Anpassung wechseln ab. Das äußert sich u. a. in regelmäßigen Schwanken der Leistungsfähigkeit und in den wellenförmigen Veränderungen der physiologischen Daten und psychischen Funktionen. Von diesem allgemeinbiologischen Gesetz ausgehend, kann man die Flugbelastung der Kosmonauten im Rhythmus ihres Befindens und ihrer Leistungsfähigkeit verteilen. Man kann sie, je nach dem Befinden jedes einzelnen Besatzungsmitglieds steigern oder verringern.

Psychologisch muß man den wichtigen Umstand berücksichtigen, daß die Kosmonauten auf dem Flug ihre gewohnten irdischen Kontakte entbehren müssen. Sie leben im beschränkten Raum des Schiffes, mit ein und denselben Gegenständen und Menschen und treten zu genau festgesetzter Zeit mit genau bestimmten Partnern auf Erden in Kontakt. Dadurch entstehen funktionale Bedürfnisse nach zusätzlichen Verbindungen, und daß sie nicht befriedigt werden können, wirkt sich auf die Stimmung, auf Effektivität und Resultate ihrer Arbeit aus und macht sie für Stresse anfälliger. Um ungünstige Folgen zu verhüten, veranstalten wir oft

Funk- und Fernsehtreffen mit Verwandten und Freunden, mit Fachkräften, beliebten Schauspielern und bildenden Künstlern. Dadurch wird die Wirkung der sozialen Isolierung und Monotonie abgeschwächt. Das ist zweifellos gut. Diskutiert wird aber noch, ob man mehr oder weniger Verbindungen mit der Erde als Grundlage der Lebensfähigkeit an Bord anzusehen hat.

Die jetzigen Raumflüge müssen unbedingt von Kosmonautengruppen ausgeführt werden. Im Schiff kann man sich nicht voneinander ausruhen. Gute Beziehungen hängen nicht nur von der psychologischen Verträglichkeit und von der Fähigkeit zu einer gemeinschaftlichen Tätigkeit ab, sondern auch von den persönlichen Eigenschaften der Einzelnen.

Ausgezeichnete Resultate ergeben z. B. Eigenschaften wie Geduld und Selbstbeherrschung. Keiner hat ja eine Garantie dafür, daß keine unvorhergesehene Situation eintritt oder daß der Partner nicht etwas falsch macht. Der Kosmonaut muß sich immer beherrschen können, darf nie eine Gereiztheit zeigen, die auf den Kollegen übergreifen und die Sache nur noch schlimmer machen könnte. Jede gespannte Situation verringert die Leistungsfähigkeit und verschlechtert das Befinden. Ausgeglichenheit, die Fähigkeit, lange eine seelische und körperliche Belastung zu ertragen, Kameradschaftlichkeit — das sind unerläßliche Qualitäten bei einem langwährenden Raumflug. Ein Mensch eignet sie sich sein Leben lang an, sie zeugen von Kultur, von guter Erziehung.

Wir sprechen oft von Mut und Standhaftigkeit. Es läßt sich manchmal aber schwer sagen, wozu man mehr Mut braucht, zu einer blitzartigen kühnen Tat oder dazu, schlechte Angewohnheiten in sich niederzuringen. Weder Tabletten noch Hypnose oder Spritzen können die Verbindung eines festen Willens mit dem Bewußtsein der Pflicht ersetzen, tagtäglich das zu tun, was z. B. das medizinische Programm vorschreibt. Man muß tagtäglich, regelmäßig, unabhängig von der Stimmung, der jeweiligen Situation, von beliebigen äußeren Umständen zahlreiche nicht immer erfreuliche, ja manchmal ausgesprochen unangenehme Prozeduren vornehmen, die stundenlang dauern können, und dazu gehört wirklicher Mut, wirkliche Tapferkeit.

Wir, die wir die Erde nie verlassen haben, können uns schwer vorstellen, wie anstrengend eine intensive Arbeit in einer schwerelosen Umgebung ist. Die Kosmonauten machen täglich mindestens zwei Stunden Leibesübungen. Wir klagen oft, daß wir zuviel zu tun haben, um wenigstens einmal in der Woche Ski zu laufen oder schwimmen zu gehen. Die Kosmonauten aber haben ein gedrängtes Tagesprogramm, sie haben nur begrenzte Möglichkeiten zu

Programmänderungen und zur Wahl einer Beschäftigung. Dieses strikte Einhalten des Arbeitsprogramms sehe ich als einen Heroismus an, der von innerer Sammlung und von einer genauen Kenntnis der gesteckten Ziele herrührt.



A. BURNASIAN
Stellvertretender
Gesundheitsminister
der UdSSR:

Die Gesundheit der Gesunden ist nichts so Einfaches, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Von 1971 bis 1977 waren auf den Orbitalkomplexen Salut—Sojus insgesamt 24 Personen (drei von ihnen arbeiteten zweimal in der Station), und sie flogen zusammen 1402mal 24 Stunden. Die längsten Flüge — zwischen 96 und 175 Tagen — fielen in die Jahre 1977—1979, und alle Besatzungen fühlten sich wohl und waren sehr leistungsfähig.

Heutzutage ist es allgemein anerkannt, daß das Gelingen der langwährenden Raumflüge weitgehend mit den Leistungen der kosmischen Medizin zusammenhängt. Sie hat Erfahrungen gesammelt, hat die wichtigsten Prinzipien der medizinischen und hygienisch-prophylaktischen Sicherung formuliert und Methoden und Mittel dafür erarbeitet, eine ungünstige Auswirkung der Schwerelosigkeit auf den menschlichen Organismus zu verhüten. Viel ist für die Sicherheit vor Bestrahlungen getan. Ein ganzes System wiederherstellender Maßnahmen ist genehmigt worden, das nach der Rückkehr eines Menschen von einem langwährenden Flug angewandt wird. Eine sehr große Rolle hat es natürlich auch gespielt, daß sich die Kosmonauten strikt an den Zeitplan für Arbeit und Ausspannen halten und die von der Medizin empfohlenen Vorbeugungsmaßnahmen in vollem Umfang anwenden. Deshalb war die Anpassung an die Erde bei den Teilnehmern des längsten Fluges sogar leichter als bei den vorherigen Besatzungen, die kürzere Flüge, z. B. einen 96stündigen, ausgeführt hatten.

Da wir schon wissen, daß sich die anhaltende Wirkung der Schwerelosigkeit vor allem in Veränderungen der Herz- und Kreislauffunktionen, des Stütz- und Muskelapparats, des Stoffwechsels und des Blutsystems äußert, haben wir dem Training auf einem Veloergometer, einem Laufband sowie Kraftübungen mit Amortisatoren und Gummibandagen (drei Tage Training, der vierte ist einer aktiven Erholung eingeräumt) in der medizinischen Sicherung viel Raum gegeben. Das Training

im „Tschibis“-Anzug, der einen negativen Druck auf die untere Körperhälfte ausübt, trägt dazu bei, die Spannkraft der Gefäße aufrechtzuerhalten, was dafür wichtig ist, nach einem Flug Störungen der Standfestigkeit des Körpers zu verhüten. Der „Pinguin“-Anzug gibt eine Belastung verschiedener Muskelgruppen. Wir haben einige Erfahrung mit Medikamenten gegen Veränderungen des Stoffwechsels im Herzmuskel. Auf langen Expeditionen haben wir mit Erfolg eine dynamische Elektrokardiographie angewandt, d. h. im Laufe von 24 Stunden ununterbrochen die bioelektrische Aktivität des Herzens sowohl im relativen Ruhezustand als auch bei Belastungstesten beobachtet.

Es ist festgestellt worden, daß sich bei den Kosmonauten mit zunehmender Gewöhnung an die Schwerelosigkeit eine neue Bewegungskoordination herausbildet. Bei einer Analyse von Fernsehbildern erkennt man, wie genau und schnell die Bewegungen gemacht werden.

Jeder Organismus reagiert gewöhnlich auf seine Weise. Doch lassen sich auch gewisse typische Gesetzmäßigkeiten ableiten. Hier z. B., was aus einer Kontrolle der roten Blutkörperchen geschlossen werden konnte, die den Geweben Sauerstoff zuzuführen haben. Unter normalen Verhältnissen leben sie beim Menschen etwa 120 Tage. Die Untersuchungsergebnisse von früheren Flügen ließen darauf schließen, daß ihre Zahl in der Schwerelosigkeit merklich abnimmt. Aber Blutproben, die sich die Kosmonauten auf langen Flügen selbst nahmen und die von Besucherbesatzungen auf die Erde mitgebracht wurden, ergaben eine viel geringere Abnahme der Erythrozyten und des Hämoglobins als auf den früheren, kürzeren Flügen. Das zeugt davon, daß der von den Medizinern erarbeitete Komplex vorbeugender Maßnahmen in seiner Gesamtheit mit Erfolg angewandt worden ist.

Keinen geringen Anteil am allgemeinen Erfolg hat auch die Assanierungs- und Hygienesicherung des langen Aufenthalts eines Menschen im Kosmos. Wir haben die Ergebnisse umfangreicher Forschungen in der Praxis ausgewertet und dadurch in den Kabinen von Raumschiffen und -stationen für wesentliche Bequemlichkeiten sorgen können. Selbstverständlich müssen aber immer mehr geschaffen werden, je länger sich Menschen in kosmischen Objekten aufhalten und je komplizierter das Programm für ihre Tätigkeit wird.

Der kosmische Gesundheitsdienst hat nicht allein für ein entsprechendes Klima in der Kabine, für Lichtverhältnisse, für den aeroionischen und den Aerosolgehalt der Luft in der hermetisch verschlossenen Kabine zu sorgen, sondern auch zu bestimmen, wieviel schädliche chemische Stoffe in ihr enthalten sein dürfen, und wirksame Luftreinigungsmittel zu finden. Dabei muß

berücksichtigt werden, daß die chemischen Beimischungen beim Fehlen der Schwerkraft und beim Vorhandensein kosmischer Strahlungen ionisiert und dadurch giftiger werden können. Deshalb werden besondere und immer höhere Anforderungen an die Materialien gestellt, aus denen die kosmischen Apparate gebaut und mit denen sie verkleidet sind, ebenso an die Filter und die anderen Säuberungsmittel.

Der Komfort auf Raumflügen ist aber nicht nur ein technisches und wirtschaftliches Problem. Er gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß die bei einem Flug gestellte Aufgabe erfüllt werden kann.



Dr. med. habil.
N. GUROWSKI:

Die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit mit anderen Ländern — auf sie ist unser Staat seit Anbruch der kosmischen Ära unentwegt orientiert. Die Erfolge bei der Erschließung des Weltraums sehen wir als Errungenschaften der ganzen Menschheit an und stellen sie bereitwillig in den Dienst aller Völker, damit alle Menschen auf Erden des Fortschritts, eines glücklichen Daseins und Wohlergehens teilhaft werden.

Ein Schwerpunkt des Zusammenwirkens mit anderen Ländern ist die kosmische Biologie und Medizin. Das diesbezügliche Arbeitsprogramm stellten die sozialistischen Länder ab 1967 auf. Schon Mitte der 70er Jahre begannen sich Experten aus den sozialistischen Bruderländern an Forschungen zu beteiligen, die in biologischen Satelliten und bemannten Raumschiffen angestellt werden, und Ende der 70er Jahre flogen internationale Besatzungen. In den sozialistischen Ländern werden auch Forschungsapparate entwickelt. In den sowjetischen Orbitalstationen werden sie nicht nur bei Flügen von Kosmonauten des betreffenden Landes, sondern auch von den Teilnehmern der nachfolgenden Flüge benutzt.

So wurde mit einem in der CSSR hergestellten dynamischen Katathermometer die Abkühlungsgröße der Luft und der Körpertemperatur von Kosmonauten festgestellt. Das polnische Elektrogustometer ermöglichte die Messung der Geschmacksempfindlichkeit, und mit Apparaten aus der DDR konnten Besonderheiten des Gehörs der Kosmonauten und der Geräuschkulisse in der Kabine untersucht werden.

Jetzt untersuchen Experten die Reaktionen der Kosmonauten in der ersten Zeit der Schwerelosigkeit, die am

schwersten überstanden wird. Bei uns, ebenso wie in den USA, wird an vorbeugenden Mitteln gegen diese ungünstigen Erscheinungen gearbeitet. Entscheidend ist da natürlich der Umfang der Forschungen, eine möglichst große Zahl der daran beteiligten Kosmonauten und Wissenschaftler.

In den sozialistischen Ländern sind Perspektivpläne für Raumforschungen in den nächsten fünf Jahren aufgestellt und angenommen worden. Sie umfassen über 20 Themen. Medizinische und biologische Experimente werden auch gemeinsam mit Wissenschaftlern aus kapitalistischen Ländern angestellt. Seit Anfang der 70er Jahre arbeiten wir in Laboratorien auf der Erde und bei Raumflügen rege mit Frankreich zusammen, z. B. an der Strahlungssicherung der Flüge: an der Wirkung schwerer Kerne

Washington droht dem Iran weiterhin mit diversen Strafen für die jetzt schon über fünf Monate als Geiseln festgehaltenen Mitarbeiter der US-Botschaft in Teheran, die der Spionage bezichtigt werden. Davon war Pressemeldungen zufolge auch die Rede in den beiden „in scharfer Form abgefaßten“ Briefen, die Präsident Carter Ende März an die iranische Führung über Schweizer Funktionsträger richtete.

Doch in einem Interview für die amerikanische TV-Gesellschaft NBC erwähnte der iranische Außenminister Gholbzadeh eine weitere, mündliche Botschaft Carters. Die „New York Times“ meldete unter Hinweis auf iranische Quellen, Carter habe eine inoffizielle Botschaft über einen in Paris lebenden Amerikaner, der Teheran regelmäßig besucht, gesandt. Der Ton dieser Botschaft sei ein ganz anderer gewesen — versöhnlich und vertraulich. In ihr wurden indirekt frühere Fehler der US-Administration dem Iran gegenüber eingestanden und vorgeschlagen, eine „gemeinsame Kommission“ für die beiderseitig annehmbare Lösung der Streitfragen zu schaffen, nachdem die Geiseln aus der Kontrolle der studentischen Anhänger des Imams Khomeini der Kontrolle der Regierung unterstellt sein werden.

Der Inhalt der Botschaft wurde von Radio Teheran verbreitet. In Washington tritt man natürlich allein schon das Bestehen einer solchen Botschaft ab. Es folgten Dementis, Erklärungen, Bestätigungen und wiederum Dementis. Allmählich wurde in diesem Wirrwarr das diplomatische Spiel Washingtons deutlicher, das hoffte, eine Schwachstelle

der galaktischen Strahlung auf biologische Objekte (das „Bioblock“-Experiment); an der kosmischen Physiologie und Mikrobiologie (das „Cytos“-Experiment); untersucht wird der funktionelle Zustand der Blutzirkulation während eines Flugs, namentlich die im Gehirn, und die geistige Leistungsfähigkeit (das „Minerva“-Experiment). Die restlose Ausführung dieses Projekts ist für 1982 bis 1985 vorgemerkt. Die Franzosen haben Leonid Breshnews Angebot angenommen, daß ein französischer Kosmonaut in einem sowjetischen Weltraumkomplex mitfliegen soll. Die Wahl einer französischen Mannschaft geht schon ihrem Ende entgegen, und demnächst reisen unsere Experten zu diesbezüglichen Beratungen nach Frankreich.

Seit bereits zehn Jahren wird ein ziemlich umfangreiches Programm ge-

meinsamer Arbeiten mit Wissenschaftlern der USA ausgeführt. Die Koordination besorgt eine sowjetisch-amerikanische Arbeitsgruppe für kosmische Biologie und Medizin. Tauschten wir anfangs nur die Informationen und Resultate der Experimente, die jedes Land für sich auf Flügen und auf der Erde anstellte, miteinander aus, so haben amerikanische Fachkräfte im weiteren an den Experimenten mit den biologischen Satelliten der UdSSR Kosmos 782, 936 und 1129 teilgenommen. Viele Versuche auf der Erde werden nach gleichlautenden Programmen vorgenommen.

Der erfolgreiche Sojus-Apollo-Flug ist unvergessen. Im Jahre 1975 erschien ein sowjetisch-amerikanisches Fundamentalkwerk über kosmische Biologie und Medizin. Offizielle Vertreter der

amerikanischen NASA haben wiederholt vermerkt, daß die gemeinsamen Arbeiten nach dem Interkosmos-Programm erfolgreich und ersprießlich sind und daß sie Interesse dafür haben. Im Januar ist ein Protokoll mit den Diskussthemata für 1980 bestätigt worden.

Das Zusammenwirken verschiedener Länder bei der Raumforschung ist heutzutage ein wichtiger Faktor der internationalen Beziehungen. Im Kosmos spürt der Mensch stärker denn je seine Verbundenheit mit der Erde, und wir nennen die Kosmonauten nicht zufällig Söhne der Erde. Je weiter und länger die Kosmonauten fliegen werden, desto mehr werden die Menschen fühlen und erkennen, daß sie eigentlich alle zusammen die Besatzung eines Raumschiffs im All sind.

USA—IRAN

RISKANTES SPIEL

in der Haltung der iranischen Führung zu finden, diese zu spalten und einige Politiker zu einem Kompromiß zu bewegen. Bekanntlich besagt die von Ayatollah Khomeini formulierte Position, daß die Geiseln befreit werden, wenn die USA den Ex-Schah der iranischen Justiz ausliefern, die von ihm zusammengekauften Reichtümer zurückgeben und ihre Schuld durch die vorbehaltlose Unterstützung des volksfeindlichen Regimes eingestehen.

Auf einer Kundgebung anläßlich des ersten Jahrestages der Islamischen Republik Iran erklärte Präsident Banisadr, daß der Islamische Revolutionsrat die Verantwortung für die amerikanischen Geiseln noch vor einer diesbezüglichen Entscheidung des Parlaments übernehmen wird, falls die USA eine offizielle Erklärung abgeben. Darin sollten sie versprechen, bis zur Einberufung des Parlaments keine antiiranische Propaganda zu machen und keine provokatorischen Handlungen zu unternehmen. Banisadr rief die Iraner dazu auf, entschieden gegen die Vorherrschaft des US-Imperialismus im Lande zu kämpfen.

Trotz der anti-amerikanischen Akzente der Rede sah Washington in ihr „positive Ansatzpunkte“. Präsident Carter versprach der „Washington Post“ zufolge, sich öffentlicher Erklärungen zu enthalten, die die Bemühungen der iranischen Behörden erschweren könnten. In seinem Wunschdenken sprach ein anderes Blatt, der „Christian Science Moni-

tor“, aus, worüber sich Funktions-träger ausschwiegen: „Präsident Carter und der iranische Präsident Banisadr suchen verzweifelt nach einem Kompromiß.“

Gewisse Hoffnungen werden im Weißen Haus offenbar dadurch geweckt, daß nach Meinung der demokratischen Kräfte des Iran bei einigen Vertretern der Exekutive die Tendenz deutlicher wird, allmählich von den Prinzipien der Konsolidierung und Entwicklung der iranischen Revolution abzugehen. Zur Lösung der Bodenfrage, beim Aufbau und bei der Wiederbelebung der Wirtschaft, bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, im Kampf gegen Inflation und Teuerung, im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei der Lösung der nationalen Frage, meinen die Fortschrittskräfte, sind bislang keine spürbaren Erfolge zu verzeichnen.

Offenbar kalkuliert man jenseits des Atlantiks ebenfalls ein, daß die Konterrevolution im Iran ihre Umtriebe verstärkt, um gemeinsame Aktionen der antiimperialistischen, demokratischen Kräfte zu verhindern und solche Formationen der Revolution zu treffen wie die Studenten, die Anhänger des Kurses des Imams, und die Volksmoudjahidin.

In Washington hatte man offenbar auch den kürzlichen antisowjetischen Ausfällen des iranischen Präsidenten einen Platz in dem Spiel zugewiesen. Unterdes ist die Meinung im Iran weit verbreitet, daß die Versuche, mit dem Imperialismus

einen Kompromiß um jeden Preis zu schließen, die größte Gefahr sind, die jetzt die Errungenschaften der iranischen Revolution bedroht. Diesen Gedanken äußerte auch der Führer der Studenten, Hodjadeslam Khomeini: „Wir werden es den USA niemals erlauben, uns in eine Konfrontation gegen die Sowjetunion zu zerren und uns einzureden, daß diese unser Feind ist.“ Massoud Rajavi, Führer der Volksmoudjahidin, geht davon aus, daß „der Kampf an zwei Fronten“ (d. h. gegen die USA und die UdSSR), den jetzt gewisse Leute im Iran wollen, nolens volens zu einem Kompromiß mit dem Imperialismus führen wird.

Der Islamische Revolutionsrat überwies die Geiselfrage an Ayatollah Khomeini, dessen Kanzlei erklärte, daß sich die amerikanischen Geiseln bis zur Einberufung des Parlaments in den Händen der „geehrten Vertreter des iranischen Volkes — der islamischen Studenten und Anhänger des Kurses des Imams —“ befinden müßten. „Die anti-amerikanischen Kräfte haben erneut die Oberhand gewonnen...“, konstatierte düster die „New York Times“. Die Methoden der Geheimdiplomatie sind also gescheitert.

Am 7. April gab Präsident Carter den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die volle Einstellung des Handels mit dem Iran bekannt. Das Weiße Haus will Pressemeldungen zufolge eine Seeblockade gegen den Iran verhängen. Man setzt jetzt also auf massiven Druck und auf militärische Gewalt. Ein riskantes Spiel!

A. STEPANOW

ZWERGDEMOKRATEN

Stellen Sie sich einen soliden US-Diplomaten (D) vor, der sich in aller Ruhe mit einem Journalisten (J) in den Wandelhallen des UNO-Hauptquartiers in New York unterhält. Das Gespräch ist streng vertraulich — doch nicht soweit, daß es nicht in den „Christian Science Monitor“ durchsickern würde.

D.: „Der Staat N hat keinen Anspruch auf UNO-Mitgliedschaft.“

J.: „Warum? Soweit mir bekannt ist, hat er die Unabhängigkeit erlangt, verfolgt eine friedliebende Politik und ist bereit, seine Verpflichtungen gegenüber der UNO-Charta zu erfüllen.“

D.: „Ja, doch heutzutage reicht das nicht. Besagtes Land ist ein Zwergstaat. Welchen Nutzen hat denn die UNO von so einem neuen Mitglied? Abgesehen von dem winzigen Beitrag, den N zum UNO-Haushalt leisten kann. Unterdes wird dieser Staat sogleich technische Hilfe verlangen, proportional viel mehr als große Länder. Ist denn das diesen gegenüber gerecht?“

J.: „Ihre Position ist undemokratisch! Auch viele UNO-Mitglieder könnte man als Zwergstaaten bezeichnen — so Kuwait...“

D.: „Warum? Wenn wir Kuwait wirklich einen Zwergstaat nennen würden, bekämen wir das augenblicklich an unseren Tankstellen zu spüren.“

J.: „Und Island?“

D.: „Sein Recht auf UNO-Mitgliedschaft ist von niemandem jemals angezweifelt worden. Obgleich Island nur knapp über 200 000 Einwohner hat, so sind es doch Weiße. Zudem ist die Lage dieses Landes für die NATO von strategischer Bedeutung.“

J.: „Und die Bahamas?“

D.: „Sie haben ja nicht viele Einwohner, doch stimmen sie zusammen mit dem Westen...“

Wenden wir uns von diesem Gespräch ab und erinnern wir uns daran, daß die USA bereits zweimal — 1965 und 1967 — vor dem Sicherheitsrat die Frage aufgeworfen haben, ob das gleiche Stimmrecht in der Vollversammlung auch für die „Zwergstaaten“ rechtmäßig ist. Jetzt ist wieder derartiges zu vernehmen. Das State Department bekundet dem „Christian Science Monitor“ zufolge offen seine Unzufriedenheit über die „unverhältnismäßig starke Zunahme der Zahl der UNO-Mitglieder“.

Die Höhe des Beitrages der „Zwergstaaten“ zur UNO-Kasse ist natürlich nicht der einzige Grund. Die neuen UNO-Mitglieder vertreten meist progressive Positionen, treten gegen die imperialistische Expansion auf. Und das paßt nicht in die „Zwergdemokratie“ der Diplomaten von Washington.

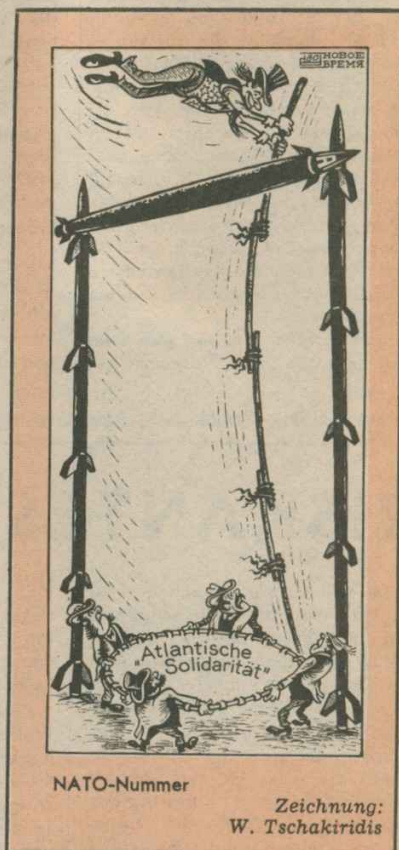
G. SIDOROWA

GEFÄHRLICHE SPIONOMANIE

Im Kurort Bad Neuenahr (BRD) hat sich DPA zufolge eine neue Spionageorganisation — das Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr — einquartiert. In der Bundesrepublik gibt es mindestens ein halbes Dutzend Spionage- und Spionageabwehrdienste. Wofür nun ein weiterer Dienst? In Bonn verheimlicht man nicht, daß das Amt die Aufgabe hat, nachrichtendienstliche Angaben über die Warschauer Vertragsstaaten zu analysieren. Informationen erhält das neue Amt vom Bundesnachrichtendienst und von elektronischen Horchposten der Bundeswehr an den Grenzen zur DDR und zur CSSR. Ferner kommen Spezialflugzeuge, Schiffe und U-Boote zum Einsatz.

Das Netz der Bonner Spionage wird in letzter Zeit immer enger. Von Jahr zu Jahr bekommt sie mehr Geld. Während 1970 die Organe der Militärsplionage und Spionageabwehr noch 1,1 Md. DM erhielten, war es 1978 doppelt soviel. Kein Wunder — wenn es die Militäristen noch frecher treiben, wird auch ihr Spionageapparat immer größer.

V. TSCHERNOW



MIT DEM POLIZEIKNÜPPEL

Die Kairoer Presse meldete feierlich, daß Präsident Sadat am 30. März einer Gruppe amerikanischer und ägyptischer Ärzte den Schah-Orden überreichte — für die Schah-Operation.

Zugleich hielt es die hiesige Presse nicht für nötig, ihre Leser über die Massendemonstrationen der Bevölkerung gegen die Asylgewährung für den Schah zu informieren. Gegen die Demonstranten wurden Polizei-Einheiten eingesetzt. Besonders erbittert waren die Zusammenstöße in Kairo und in Asyut. Viele Demonstranten wurden verletzt und verhaftet.

Einen Tag später erklärte Innenminister Ismail in der Volksversammlung, man werde rigoros gegen alle vorgehen, die in den Massen „Zweifel säen“ und die „Einheit der inneren Front“ untergraben. Die Brutalität, mit der die Polizei über demokratische Kräfte herfällt, die gegen die Sadat-Politik auftreten, ist wohlbekannt. Warum nur haben die „Ordnungshüter“ bislang keine Orden erhalten?

A. SEMJONOW

„NEUE ZEIT“

15-80

Linguisten aus Langley

tionen, die lateiname- benutzten geschilder wissen- und religiö- nen. So das „Lin- amerinsti- Zweig- Venezuela, kolumbien, und Chile. rausschuß lanischen t ermit- Institut am lierte „Nuevas CIA In- er Natur- sammelt, gezeich- nologische US-Auf- haben. ber star- ander, mo- nikations- ar über lughäfen, aschinen landeten. verlangte

ein unverzügliches Ver- bot der Tätigkeit der SLI in Venezuela und die Ausweisung seiner Mitarbeiter.

In Kolumbien spio- nierten SLI-„Wissen- schaftler“ für Texas Pe- troleum und Colombian CO. und halfen ihnen, sich insgesamt 700 000 ha ölreichen Geländes unge- setzlich anzueignen.

In Mexiko mußte das SLI seine Arbeit 1979 ein- stellen. Das Bildungs- ministerium, das dieses Verbot aussprach, kon- statierte die enge Ver- bindung des Instituts zur CIA. Der Zeitschrift „Proceso“ zufolge befan- den sich Stationen der „Linguisten“ in den acht wirtschaftlich wichtig- sten Bundesstaaten; das Institut diente als „Ge- heiminstrument für die politische und ideologi- sche Infiltration der USA, die hier ihre Kon- trolle für Spionageope- rationen und Repressa- lien errichten wollten“.

Als was werden sich die „Wissenschaftler“ aus Langley in Latein- amerika wohl jetzt aus- geben?

W. DOLGOW

WAFFEN STATT FILME

Die Neonreklame des Piccadilly, des „kulturellen Mittelpunkts“ Londons, will die Passanten in die Kinos locken. Fast überall werden Streifen aus den USA ge- zeigt. Und wenn jemand einen englischen Film sehen will? Nur die Produktion der 50er und 60er Jahre mit viel Schmalz über „Merry old England“ ist im Ver- trieb.

„Wir haben jetzt im Grunde keine eigene Filmindustrie mehr“, gestand Mr. Has- san, geschäftsführender Direktor der Nationalen Filmfinanzierungsgesellschaft, ein. 75% des Spielplanrepertoires stammen aus den USA. Und von Jahr zu Jahr ver- schlechtert sich die Lage. Das US-Kapital, das schon vor langem eine wirtschaft- liche Offensive gegen das Vereinigte Königreich startete, hat sich einen weiteren britischen Industriezweig unter den Nagel gerissen. In den nächsten Jahren könn- e in Großbritannien nur ein Film jährlich produziert werden. Zwar stellt die Re- gierung bisweilen gewisse Subventionen bereit, um den britischen Film zu retten, doch sind sie nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Aber London geizt nicht, wenn es um die Rüstung geht — nach der Devise besser Panzer und Flugzeuge als eigene Filme.

J. SOLONIZYN

Filzstiefelnostalgie

In letzter Zeit versuchen sich Mitar- beiter des Mailänder „Corriere della sera“ verstärkt in einem neuen Gen- re — in Militärstrategie. Sie fahren mit dem Finger über die Karte und flüstern, wie Schüler vor einer Prüfung: Thürin- gen, Bering-Straße, Kuba, Angola, Äthiopien, Jemen, Afghanistan... Über- all sehen sie eine Bedrohung für die „freie Welt“ — natürlich seitens der So- wjetunion.

„Wo ist noch eine verwundbare Stel- le?“ zerbrechen sich die Redaktionsstra- tegien den Kopf.

Der Blick fällt auf die Nordspitze Eu- ropas. Norwegen? Nein, dort kommen die Russen nicht durch. Bei dem kürz-

lichen gemeinsamen NATO-Manöver „Anorak-Express“ wurde ein angenom- mener Angriff aus dem Osten zurück- geschlagen. Entscheidend sei dabei die kühne Gegenattacke der italienischen Alpenjäger gewesen, jubelt der „Corrie- re della sera“.

Allerdings fand man auch hier eine Achillesferse — die Fersen der Gebirgs- jäger, die bei -20° wie eingefroren waren. Ja, wenn die Gebirgsjäger „Val- lenki“ hätten, seufzt das Blatt und er- klärt: Das sind Stiefel aus Filz, die die Russen im zweiten Weltkrieg trugen.

Ja, Filzstiefel hat es gegeben und den Krieg auch. Nur verteidigten sich die Russen, die Gebirgsjäger aber fielen ein...

L. MAKAREWITSCH

PANZER

ldete neofaschi- ortgruppe Hoff- itglieder zählte,

den entschlos- seit 10 Jahren n Schrift. Alle nisationen sind 9 des Grundge- ten. Warum ha- n eigentlich so Weil bei einem ot die Gruppe er und noch ak- wäre. Und so vor der Öffent- it.

enminister und nminister kamen Jahren zu dem Treiben der Hoffmann ge-



gen das Grundgesetz verstößt. In Bonn drohte man um der „Objek- tivität“ willen auch „Linksextremi- sten“ mit einem Verbot, wenn ihre Handlungen als „gefährlich“ eingestuft werden sollten. Und der bayrische Innenminister Tandler erklärte offen, die Kom- munisten seien ja viel gefährli- cher als die Rechtsradikalen.

Die Blitzaktion, an der 500 Pol- izisten teilnahmen, verlief wie am Schnürchen, ohne irgendwel-

Auf den Fotos aus der „Welt“: Der 12-I-Tank, den die Polizei konfisziert hat. Mitglieder der Gruppe in der Uniform der Hitlerwehrmacht grüßen den „Führer“.

che „Exzesse“. Niemand wurde verhaftet, doch dafür beschlag- nahmte die Polizei Propaganda- material, Schußwaffen, Granaten, einen Jeep, ein Flakgeschütz und einen 12-I-Panzer.

„Führer“ Hoffmann klagte ge- gen das Verbot. Er kam mit sei- ner Klage durch, doch das reich- te ihm noch nicht. Die „verbo- tene“ Gruppe überfiel Polizisten in Nürnberg und brachte einigen von ihnen „schwere Körperver- letzungen“ bei. Verurteilt wurden die Neonazis nur wegen Rowdytums.

L. SMIRNOWA



LENINS ANALYSE DES IMPERIALISMUS UND DIE HEUTIGE WELTLAGE

Wadim NEKRASSOW

Liest man heute wieder einmal das Werk Lenins „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, so empfindet man erneut, wie aktuell jeder Gedanke geblieben ist. Die Leitsätze dieses Buches sind durchaus anwendbar, um auch die Weltlage von heute zu analysieren. Dabei entstand es vor mehr als 80 Jahren. Inzwischen wurde die Große Sozialistische Oktoberrevolution vollbracht, viele Völker schritten an den Aufbau der klassenlosen Gesellschaft, ganze Kolonialreiche brachen zusammen.

Wie Lenin selbst später schrieb, sah er die Hauptaufgabe seines Buches darin, „anhand von zusammenfassenden Daten ... zu zeigen, wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkriegs, das **Gesamtbild** der kapitalistischen Weltwirtschaft in ihren internationalen Wechselbeziehungen war“. Die Monopole, die Oligarchie, das Streben nach der Herrschaft, die Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch die wenigen reichsten oder stärksten: Das waren die Merkmale des Imperialismus Anfang des 20. Jahrhunderts, die Lenin dazu berechtigten, diese Gesellschaft als „parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus“ zu kennzeichnen.

Doch war Lenins Analyse des Imperialismus alles andere denn eindimensional. Er schrieb warnend: „Es wäre ein Fehler, zu glauben, daß diese Fäulnistendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließt; durchaus nicht, einzelne Industriezweige, einzelne Schichten der Bourgeoisie und einzelne Länder offenbaren in der Epoche des Imperialismus mehr oder minder stark bald die eine, bald die andere dieser Tendenzen.“ Insgesamt wächst der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium unermesslich schneller als früher, aber dieses Wachstum wird ungleichmäßiger. Ebenso aktuell bleibt Lenins These, daß sich die Formen, die Aufeinanderfolge und das Bild der einzelnen Krisen des Kapitalismus zwar gewandelt haben, „doch die Krisen blieben ein unvermeidlicher Bestandteil der kapitalistischen Ordnung“. Das offenbarte sich besonders

während der Wirtschaftskrise der 70er Jahre, als hinter den vielzitierten Theorien von der „Gesellschaft gleicher Chancen“, der „Wohlfahrts-gesellschaft“, der „postindustriellen Gesellschaft“ immer noch die morsche Gesellschaftsordnung steckt, die von der Geschichte endgültig zum Niedergang verurteilt ist.

Was an der Leninschen Analyse erlaubt uns, seine Werke über die Zeit des „jungen“ Imperialismus heranzuziehen, um die heutige imperialistische Politik zu erkennen?

Das Spiel ist gemacht

In bezug auf den ersten Weltkrieg schrieb Lenin, daß man Beweise für seinen Klassencharakter in der Analyse der objektiven Lage der herrschenden Klassen in allen kriegführenden Staaten zu suchen habe. Und weiter: „Um diese objektive Lage darstellen zu können, darf man nicht Beispiele und einzelne Daten herausgreifen (bei der ungeheuren Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens kann man immer eine beliebige Zahl von Beispielen oder Einzeldaten ausfindig machen, um jede beliebige These zu erhärten), sondern man muß unbedingt die **Gesamtheit** der Daten über die **Grundlagen** des Wirtschaftslebens aller kriegführenden Mächte und der **ganzen** Welt nehmen.“

Was ist Krieg, wenn nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln? Folglich ist Lenins methodologischer Hinweis auf jeden Zustand der kapitalistischen Außenpolitik, auf die internationalen Beziehungen anwendbar.

Heute steht das Wirtschaftsleben der kapitalistischen Welt überall im Zeichen der Rezession. In den 70er Jahren büßte die kapitalistische Wirtschaft ihre Wachstumsdynamik ein. Zugleich nehmen die Inflation und die Arbeitslosigkeit zu, das auf dem Dollar basierte internationale Währungssystem kracht in allen Fugen, und die Staatsschulden wachsen.

Von der Wirtschaft greift die Krise auf alle Bereiche des Lebens der Gesellschaft über und wird im Westen bereits als der Anfang einer „Dämmerung“ in der Geschichte der Privateigentum-Gesellschaft empfunden, als eine Zeit der nicht in Erfüllung gegangenen Erwartungen und

tiefer Sorge jedes einzelnen um seine Zukunft. Aber es ist nun einmal so: Gleiche Ursachen ziehen immer wieder gleiche Folgen nach sich.

Unter den Verhältnissen, da sich die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft, wird die Außenpolitik der imperialistischen Staaten immer eindeutiger durch ihr Klassenziel — den gemeinsamen Kampf gegen den Weltsozialismus, die nationalen Befreiungsrevolutionen und die Arbeiterbewegung — bedingt. Die gesellschaftliche Entwicklung der Welt wird nicht mehr vom Imperialismus, sondern vom Sozialismus, von den antiimperialistischen Kräften bestimmt. Was aber den Kapitalismus selbst angeht, so sind hier als Folge der Einengung seiner Einflusssphäre zwei Momente hervorzuheben: einerseits eine immer aggressivere Reaktion auf die eintretenden Veränderungen, andererseits das Streben nach der Koordinierung der außenpolitischen Schritte der imperialistischen Staaten.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatten die kapitalistischen Länder alle Territorien der Erde an sich gerissen. Man kann sich vorstellen, daß sie damals bei entsprechenden wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten auch die nächsten Himmelskörper aufgeteilt hätten. Lenin schrieb: „Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen.“ Als nach der Oktoberrevolution 1917 die vom Kapitalismus „unbesetzte“ Sowjetrepublik (16% des Territoriums der Erde) entstand, konnte der Kapitalismus das nicht so einfach hinnehmen. Zudem hatte die Bourgeoisie Angst, daß die Revolution auch andere Länder erfassen würde.

Der Sieg des Sowjetvolkes im zweiten Weltkrieg und die Rettung der Menschheit von der braunen Pest führten zur Entstehung des sozialistischen Weltsystems. Um die Völker, die für ihre nationale Befreiung ringen, zu bekämpfen, brauchen die Imperialisten heute andere Methoden und eine andere Konzentration der Kräfte.

Aber auch hier konnten die Imperialisten nicht etwas Neues finden, was Lenin an ihrem Wesen nicht

schon bemerkt hätte. Wir lesen bei ihm: „Die Epoche des jüngsten Kapitalismus zeigt uns, daß sich unter den Kapitalistenverbänden bestimmte Beziehungen herausbilden auf dem Boden der ökonomischen Aufteilung der Welt, daß sich aber daneben und im Zusammenhang damit zwischen den politischen Verbänden, den Staaten bestimmte Beziehungen herausbilden auf dem Boden der territorialen Aufteilung der Welt, des Kampfes um die Kolonien, „des Kampfes um das Wirtschaftsgebiet.“ In dieser allgemeinen Form drückte Lenin die Gesetzmäßigkeit aus, die zusammen mit der Tendenz zur Militarisierung das Wesen der Politik von Militärblocken bestimmt.

Verflechtung von Staat und Monopolen

Für den Imperialismus als höchste Stufe des Kapitalismus ist typisch, daß einige von dessen Hauptmerkmalen in ihr Gegenteil umschlagen. Am wichtigsten war die Evolution der Wirtschaftskonkurrenz zum Monopol. Lenin sagte: „Ist das Monopol einmal zustande gekommen und schaltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen „Details.“ Die Finanzoligarchie schafft ein dichtes Netz von Abhängigkeiten zwischen ausnahmslos allen wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft.

An erster Stelle steht dabei der Staat selbst. Schon 1916 stellte Lenin die enge Verflechtung privater und staatlicher Monopole fest. Später erblickte er in der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Vereinigung „der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus“. Heutzutage ist eine solche Vereinigung das Hauptinstrument der Bourgeoisie zur Erhaltung ihrer Herrschaft. All das ist bei der Analyse der tieferen Prozesse in der imperialistischen Außenpolitik in Betracht zu ziehen. Schon zu Beginn des Jahrhunderts sah Lenin am Beispiel des ersten Weltkrieges, was die opportunistischen Führer der Sozialdemokratie nicht verstehen wollten: Die internationalen Kapitalistenverbände waren eifrig dabei, der anderen Seite jede Möglichkeit der Konkurrenz zu nehmen. Einige wenige Staaten mit großer Finanzmacht taten sich hervor, die kleinen Staaten gerieten in finanzielle und diplomatische Abhängigkeit von den großen.

Wie Lenin sagte, ist für den Imperialismus der Wettstreit mehrerer Großmächte in ihren Hegemoniebestrebungen, d. h. in dem Streben

nach der Eroberung von Territorien, wesentlich. Heute, da die nationale Befreiung Hunderte Millionen Menschen vereint und der Imperialismus es nicht mehr wagt, die Eroberung fremder Territorien offen als sein Ziel zu verkünden, nimmt der Hegemonismus die Gestalt politischer Kontrolle über die Völker anderer Länder an, ohne daß ihre Territorien annektiert werden. Der Hegemonismus bringt Konfliktsituationen und Krisen hervor und schafft Spannungsherde.

Militanter Hegemonismus drang auch die Botschaft „Zur Lage der Nation“, die Präsident Carter im Januar d. J. dem USA-Kongreß vorlegte. Sie zeigte die Ansprüche auf die „führende Rolle der USA in der Welt“, d. h. die Anmaßung Washingtons, allen anderen Völkern zu diktieren. Im Grunde schrieb die Botschaft den westeuropäischen Bündnispartnern der USA und Japan vor, was sie zu tun und zu lassen haben. Der Ton der Botschaft hätte eher für eine Weisung an die Behörden eines USA-Bundesstaates als für einen Appell an souveräne Staaten gelaute.

Der „Maulwurf der Geschichte“ wühlt weiter

Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit sind zwei Charakterzüge des Wirtschaftslebens in der kapitalistischen Welt. Im monopolistischen Stadium des Kapitalismus nehmen die Wachstumsunterschiede zwischen den einzelnen Bestandteilen der kapitalistischen Weltwirtschaft zu. Mehr noch, das Wirken des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit führt dazu, daß in der kapitalistischen Welt Kräftezentren entstehen; Rivalität und Kampf zwischen ihnen bestimmen ihre gegenseitigen Beziehungen.

Gegen Ende des zweiten Weltkrieges nahmen die USA die führende Stellung unter den kapitalistischen Ländern ein. Ihre wirtschaftliche Übermacht war dermaßen offensichtlich, daß niemand die politischen Entscheidungen Washingtons zu bestreiten versuchte. Seine Militärmacht, die, wie es damals schien, durch das Atomwaffenmonopol auf das Mehrfache gestiegen war, versprach die Wiederherstellung der imperialistischen Weltpositionen. Vor kurzem schrieb die „FAZ“, damals habe „die junge Großmacht ihren Höhepunkt erklommen“.

Das Wachstum der Wirtschaftsmacht erweckte bei den USA-Hegemonisten globale Ansprüche und die relative Schwäche der meisten ihrer Opfer Interventionsgelüste. Es entstand eine Situation, von der Lenin prophetisch schon viele Jahre früher geschrieben hatte: „... der Druck der wenigen Monopolinhaber auf die

22. April –
110. Geburtstag
W. I. Lenins

übrige Bevölkerung wird hundertfach schwerer, fühlbarer, unerträglicher“; man müsse „von einem Zwang zur Unterwerfung unter die Monopolverbände sprechen“.

Aber der „Maulwurf der Geschichte“ wühlte weiter: Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung nahm Korrekturen an den Plänen der überseeischen Weltherrschaftsanwärter vor. Überraschend aktuell wirkt die seinerzeit beiläufig gemachte Bemerkung Lenins, in den USA gehe die ökonomische Entwicklung rascher vor sich als in den anderen imperialistischen Ländern, und „dank diesem Umstand kamen die parasitären Züge des jüngsten amerikanischen Kapitalismus besonders kraß zum Vorschein“.

An der Wende zu den 70er Jahren verwies Leonid Breshnew im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU auf die Entstehung dreier international miteinander verflochtener Zentren des gegenwärtigen Imperialismus (USA—Westeuropa, vor allem in Gestalt der EG—Japan), von denen jedes sich die festesten Positionen in der kapitalistischen Weltwirtschaft sichern will. Der USA-Imperialismus büßte seine Vormachtstellung im nichtsozialistischen Teil der Welt ein.

Die Verflechtung der drei Zentren liefert den Schlüssel zur besseren Erkenntnis einiger Besonderheiten seiner gegenwärtigen Außenpolitik. Bereits 1918 schrieb Lenin, daß in der Situation, die die Oktoberrevolution herbeigeführt hatte, „der Imperialismus von nun an eine enge und feste Verflechtung aller Staaten der Welt zu einem System ... bedeutet“. Die Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus muß in letzter Instanz den Zusammenhalt der Imperialisten verstärken. Eine merkliche Zuspitzung der Beziehungen zwischen den führenden kapitalistischen Ländern birgt, wie auch ihre führenden Kreise verstehen, eine große Gefahr für das ganze kapitalistische System in sich. Die Strategie der Klassensolidarität zwischen der amerikanischen und der westeuropäischen Bourgeoisie fand nach dem zweiten Weltkrieg ihre Verkörperung vor allem in der Konzeption des „Atlantismus“, d. h. des Systems politi-

scher, militärischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den führenden kapitalistischen Ländern. BRD-Außenminister Genscher erklärte: Die Nordatlantikkunion sei da „zur Bewahrung gemeinsamer Wertvorstellung. Da gibt es keine unterschiedlichen Interessen... Hier gibt es nur die Solidarität der Europäer und Amerikaner.“

Wie lebensfähig ist die heutige Koalition der führenden imperialistischen Kreise? Der Kapitalismus kennt keine andere Methode, als die Welt „nach dem Kapital“, „nach der Macht“ aufzuteilen. Die Macht verändert sich aber je nach der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des einen oder anderen Landes. Lenin schrieb: „... um zu begreifen, was vor sich geht, muß man wissen, welche Fragen durch Machtverschiebungen entschieden werden; ob diese Verschiebungen nun 'rein' ökonomischer Natur oder außerökonomischer (z. B. militärischer) Art sind, ist eine nebensächliche Frage, die an den grundlegenden Anschauungen über die jüngste Epoche des Kapitalismus nichts zu ändern vermag.“

Die wichtigste Veränderung in der Welt von heute bestehe darin, schreibt die „Frankfurter Allgemeine“, daß „Amerika die weltpolitische Vormacht verloren hat“. Die „Business Week“ (USA) gibt zu, daß die westliche Wirtschaft heute dezentralisiert sei, da sich der größte Teil der Wirtschaftsmacht aus den USA nach Europa und Japan verlagert habe. Am anschaulichsten hat sich die neue Zersplitterung der imperialistischen Wirtschaftskräfte in der Entwicklung gezeigt, die mit dem Zerfall des auf dem Dollar basierten einheitlichen Währungssystems des Kapitalismus zusammenhängt. Nach Ansicht prominenter Politiker des Westens sei dieses System zu einer „Irrenanstalt“ geworden, da auf dem Dollar gigantische Schulden lasten, sein Kurs durch nichts mehr garantiert wird und die USA-Regierung ihn nicht stützt.

Obwohl vorläufig undeutlich, herrschen die Spannungen und Reibungen allmählich die Wirtschaftsbeziehungen der USA zu Westeuropa und Japan. In den Hauptstädten der führenden kapitalistischen Staaten nimmt die Unzufriedenheit damit zu, daß ihnen die Rolle von Schachfiguren im weltpolitischen Spiel des USA-Imperialismus zugeacht ist. Im Februar d. J. schrieb die „New York Times“: „Die Alliierten werden hin und hergerissen zwischen ihren Verpflichtungen und ihrem Beitrag zur Entspannung einerseits und ihrem Wunsch, die USA nicht im Stich zu lassen, andererseits.“

DER „PAZIFIK-RING“

Leonid MLETSCIN

Vom 26. Februar bis zum 16. März spielte sich im Pazifik, unweit von den Hawaii-Inseln ein „Kleinkrieg“ ab. Die krachend aufsteigenden Raketen und die Luftkämpfe, die Kreuzer und Zerstörer führten vor, wie Politiker und zuständige Generäle dem imaginären Feind eine imaginäre Abfuhr erteilten. Die Kriegsmannöver, an denen sich 43 Kriegsschiffe, 200 Kampfflugzeuge und 20 000 Soldaten und Offiziere aus den USA, Australien, Kanada, Neuseeland und Japan beteiligten, liefen unter dem Codenamen „Pazifik-Ring“ (Rimpac '80) und wurden unter Pentagon-Leitung im Aktionsradius der 3. US-Flotte durchgeführt. Die japanischen „Selbstverteidigungskräfte“ nahmen erstmalig an solchen multilateralen Manövern teil.

Kommentatoren meinten, daß dieser Schritt Tokios mit der Konzeption einer Pazifikgemeinschaft im Zusammenhang steht, die seit Ende v. J. von der japanischen Presse und in den Hauptstädten dieser Region intensiv erörtert wird. So schreibt die Hongkonger „Far Eastern Economic Review“: „Die Idee, im Pazifikraum eine Gemeinschaft zu bilden, gewinnt immer mehr Anhänger. Die meisten Länder dieser Region sind bemüht, auch ihre Politik dementsprechend zu gestalten... Der japanische Ministerpräsident Masayoshi Ohira erreichte bei seinem letzten China-Besuch das stillschweigende Einverständnis Pekings zu diesem Vorschlag; Canberra und Wellington waren von der Idee äußerst angetan.“

Man sagt, es gehe um die Schaffung einer neuen Struktur von Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Pazifikländern, was den Austausch von wissenschaftlichen und technischen Informationen und Know-how erleichtern und die Verwirklichung breiter gemeinsamer Programme ermöglichen würde, z. B. solcher wie Energieversorgung oder Nutzung der Weltmeer-Ressourcen.

Der neuen Gemeinschaft sollen Japan, Australien, Neuseeland, die USA und Kanada (die auch am „Pazifik-Ring“ teilnahmen) angehören, und vermutlich auch die zur Assoziation von Staaten Südasiens

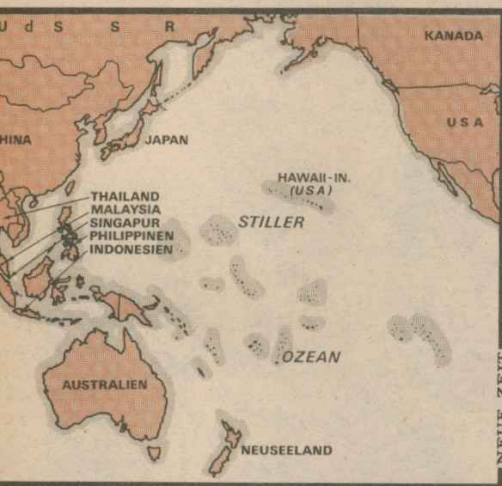
(ASEAN) zählenden Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand. Diese Länder sind nicht nur ihrer geographischen Lage nach, sondern auch entwicklungsmäßig sehr verschieden. Die Befürworter der künftigen Gemeinschaft behaupten aber, das Projekt habe eine reale wirtschaftliche Grundlage, da sich die Pazifikländer mit ihren Industriepotenzien und Bodenschätzen gegenseitig ergänzen und wirtschaftlich voneinander abhängen.

Zwischen diesen Ländern bestehen auch wirklich mannigfaltige Wirtschafts- und Handelsverbindungen. So führt Japan aus Australien die Hälfte der benötigten Erze sowie Bauxite und Kohlen ein, wogegen Australien in großem Umfang die moderne japanische Technologie anwendet. Die USA exportieren in diese Region viele Industrieerzeugnisse und beziehen von dort viele Rohstoffe. Kanada und Neuseeland, die am Gesamtumfang der Industrie- und Handelskontakte im Pazifikraum einen relativ geringen Anteil haben, sind wirtschaftlich eng an die USA bzw. an Australien gebunden.

Einige westliche Wirtschaftsexperten behaupten, daß diese Region künftig in ihrer gesamten Wirtschaftsentwicklung sogar Westeuropa überlegen sein wird. Sie nennen das XXI. Jahrhundert im voraus das „pazifische Zeitalter“, was natürlich die potentiellen Mitglieder der künftigen Gemeinschaft ermuntern soll. Es heißt, der Pazifikraum bestreite bereits heute 45% des Bruttoprodukts aller Länder der Welt. Dabei bezieht sich aber diese Kennziffer fast restlos auf die zwei größten kapitalistischen Länder USA und Japan. Die wirtschaftliche Entwicklung Südasiens als Ganzes kann mit der der USA oder Japans überhaupt nicht verglichen werden. Wollen nun die Länder dieser Region USA- oder Japan-Partner werden, so können sie das nur als Importeure von deren Industriewaren oder als Rohstofflieferanten; deshalb fragen sie nun besorgt, ob sich Tokio und Washington im Rahmen der geplanten Gemeinschaft nicht lediglich optimale Möglichkeiten dafür sichern wollen, fremde Ressourcen zu plündern. Die ASEAN-Länder sehen jetzt die

Gefahr viel deutlicher, daß sich die Wirtschafts- und Handelsexpansion der Multis im Pazifikraum noch verstärken wird.

Auch trägt nicht wenig zu ihrer Besorgnis die auffallende Aktivität Japans bei, mit der es für die Pazifikgemeinschaft eintritt. Ein Industrieland wie Japan, das keine eigenen Bodenschätze hat, ist auf auswärtige Rohstoffquellen und Absatzmärkte sehr angewiesen. Tokio sah in Südostasien schon immer ein Anhängsel der japanischen Wirtschaft — weil es in der Nähe gelegen ist, reiche Rohstoffquellen und billige Arbeitskräfte besitzt. Doch stoßen dort die japanischen Gesellschaften



oft auf Mißtrauen, weil man sich noch gut erinnert, wie die Mikado-Armee die „Große ostasiatische Sphäre der gemeinsamen Prosperität“ schaffen wollte, indem sie in den besetzten Ländern Terror ausübte und die nationalen Ressourcen plünderte.

Ministerpräsident Ohira, der für die pazifische Gemeinschaft aktiv eintritt, besprach diese Pläne im Januar bei seinem offiziellen Australien-Besuch. Japan ist mit seiner entwickelten Wirtschaft das zweitstärkste Land der kapitalistischen Welt, und dort werden öfter Stimmen laut, daß es folglich auch in der Weltpolitik eine größere Rolle spielen sollte. Lange Zeit hatte sich Japan als Juniorpartner im „Sicherheitsvertrag“ einfach im Fahrwasser der Vereinigten Staaten dahingeschleppt. Es ist kennzeichnend, daß die USA jetzt an Japan appellieren, daß es selbständiger werden und zur Unterhaltung von „Frieden und Ruhe“ in Asien mehr beitragen soll. Anschließend werden Forderungen nach einer Vergrößerung des Militärbud-

gets und Stärkung der japanischen „Selbstverteidigungskräfte“ laut. Ebendas wurde Außenminister Okita direkt nahegelegt, als er sich im März in den USA aufhielt.

Man ist sehr bemüht, das Projekt „Pazifische Gemeinschaft“ als eine rein ökonomische Konzeption hinzustellen. Es gelingt jedoch offenbar nicht, bei den Gesprächen über das „pazifische Zeitalter“ den deutlichen militaristischen Unterton zu dämpfen. Australiens Ministerpräsident Fraser stellte im Februar Betrachtungen „über neue strategische Ausichten“ der Gemeinschaft an, die ihrerseits zusätzliche Bewilligungen für militärische Zwecke und eine Vergrößerung der Kriegsmarine und der Luftstreitkräfte verlangten. Er sprach über die Notwendigkeit, die „militärische Zusammenarbeit mit befreundeten Ländern zu erweitern“. Offenbar bedeuteten die „Pazifik-Ring“-Manöver den ersten Schritt in dieser Richtung.

Mitte März bekundete Fraser ganz offen — zum erstenmal nach dem Krieg — Australiens Bereitschaft, den USA an der Westküste den Marinestützpunkt Cockburn Sound zu überlassen. Die australische Wochenschrift „National Times“ meint, das werde Australien für lange Jahre an die US-Politik ketten.

Die besonnenen Politiker Südostasiens sind immer stärker darüber beunruhigt, daß der Einfall mit der künftigen Gemeinschaft einen immer deutlicheren militärischen Aspekt gewinnt. Die ASEAN-Mitglieder, die mehrmals erklärt hatten, daß sie nicht gewillt sind, ihrer Assoziation militärischen Charakter zu geben, fragen sich nun, ob es nicht um die Bildung eines neuen Militärblocks geht. Bekannt ist aber auch, daß der Westen dessenungeachtet beharrlich darauf hinwirkt, die ASEAN in seine strategischen Pläne zu verwickeln. So werden z. B. Manöver mit Teilnahme der Nachbarstaaten vorgeschlagen oder wird die Möglichkeit geprüft, daß die ASEAN-Länder Stützpunkte für fremde Seestreitkräfte bereitstellen.

Spezialisten von der amerikanischen „Rand Corporation“, die Forschungen im Pentagon-Auftrag durchführt, haben schon 1979 ein

Referat aufgestellt, dem zufolge „zur Sicherung der Seewege im Stillen Ozean ein festes Militärbündnis der ASEAN-Länder, Australiens, Neuseelands, der USA und Japans notwendig ist“. Die Entstehung der Konzeption „Pazifische Gemeinschaft“ fällt möglicherweise gerade in diese Zeit, und ihre Inspiratoren sind aller Wahrscheinlichkeit nach am Potomac zu suchen.

Der Vorsitzende des Unterausschusses des US-Repräsentantenhauses für Asien und den Pazifik, L. Wolff, befürwortete in Tokio in diesem Januar die Gemeinschaftsidee und schlug vor, einen „Verteidigungsfonds“ anzulegen, aus dem die gemeinsamen militärischen Anstrengungen finanziert werden sollen. Bald darauf wurde in Washington ein Symposium für amerikanische und japanische Parlamentarier „über das System der Sicherheitsgarantien in Nordostasien und im westlichen Teil des Pazifik“ veranstaltet. Japanischerseits beteiligten sich daran zwei ehemalige Chefs der nationalen Sicherheitsbehörde, S. Kanemaru und A. Mihara. So bilden die militärischen Aspekte den Schwerpunkt der künftigen Gemeinschaft.

Im Februar fanden sich die amerikanischen Botschafter der Region in Singapur zusammen. Anwesend waren der Oberkommandierende der US-Streitkräfte im Stillen Ozean, Admiral Long, und der Assistent des Staatssekretärs Holbrooke, der nach der Beratung ganz energisch äußerte: „Wir haben unsere Interessen in diesem Weltteil und werden sie verteidigen.“ Was man unter „Interessenverteidigung“ versteht, machen die amerikanischen Kriegsvorbereitungen im Nahen und Mittleren Osten und im Persischen Golf sowie die lauten Drohungen ganz deutlich, mit Waffengewalt vorzugehen.

Der Codename der abgelaufenen Manöver — „Pazifik-Ring“ — wirkt symbolisch: Der Pazifik im Ring soll also zu einem Binnenmeer des geplanten Blocks werden. Das ist der Sinn der künftigen Gemeinschaft, und die Manöver bezweckten, zum erstenmal gemeinsame militärische Operationen aufeinander abzustimmen und der Welt eine gepanzerte Faust zu zeigen.

Offensichtlich bedeutet der Militärblock für die künftigen Mitglieder der von den USA angeführten Gemeinschaft wie für die Staaten, die von dieser Gemeinschaft umzingelt werden sollen, eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

TROTZ DER SCHWIERIGKEITEN

Anatoli KRASSIKOW

„Das stimmt, man wollte mich ermorden. Zum Glück ist das nicht gelungen, und die Leute selbst wurden entlarvt und neutralisiert, Tatsache bleibt aber: Der politische Terror hat sich in Spanien zu einem wirklich besorgniserregenden Problem ausgewachsen und droht, die weitere Demokratisierung zu stören.“

Der Mann, mit dem ich mich unterhalte, weiß um den Ernst der Entwicklung in Spanien vielleicht besser als jeder andere: Luis Maria Anson, Präsident der nationalen Nachrichtenagentur EFE und Vorsitzender der Föderation der Presseverbände Spaniens, einer der prominentesten spanischen Journalisten.

„Heutzutage ist bei uns niemand gegen die Terroristen gefeit“, sagt er. „Früher lauerte die Kugel auf Militärs, Politiker oder Vertreter der Öffentlichkeit, jetzt kann sie jeden beliebigen Spanier treffen.“

Wem steht der EFE-Präsident im Wege? Nun, den Faschisten aus dem illegalen terroristischen „Bataillon der spanischen Basken“. Als Gegenleistung für sein Leben verlangten sie von den Behörden, die vor kurzem vom Madrider Gerichtshof verurteilten Verbrecher freizulassen. Es handelte sich um Leute, die die Arbeiteranwälte und im Februar d. J. eine linke Studentin ermordet hatten.

Herr Anson selbst gehörte übrigens nie zur Linken, er ist Monarchist und vertritt gemäßigt rechte Ansichten. Für die faschistischen Ultras aber ist er ein Verräter, ebenso wie etwa der Chef der monarchistischen Regierung Suárez, der zur Zerschlagung der alten Diktatur und zum Aufbau des neuen Spanien nicht wenig beigesteuert hat.

In den etwas mehr als vier Jahren, seit König Juan Carlos den Thron bestiegen hat, ist im Lande vieles anders geworden. Die Häftlinge der faschistischen Gefängnisse wurden freigelassen, Parteien legalisiert, die Grundrechte der Bürger wiederhergestellt. Es wurde eine neue Verfassung angenommen, wonach das Land die Wahlen zum Parlament und zu den Gemeinderäten abhielt.

Der selbstlose Freiheitskampf, den die spanischen Demokraten sowohl unter der Diktatur als auch in der

Übergangszeit führten, die allmähliche, aber unaufhaltsame Einengung der sozialen Basis des Franquismus, das Realdenken der neuen Staatsführer, die die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit tiefer Strukturwandlungen erkannten: All das schuf die Voraussetzungen für eine friedliche Demokratisierung, ohne ernsthaftes Explosions- oder Erschütterungen.

Davon, wie erfolgreich dieser Prozeß vor sich geht, zeugt folgende Tatsache. Ende März sprachen sich die Parlamentsabgeordneten mit Stimmenmehrheit für ein Gesetz aus, dem zufolge den ehemaligen Teilnehmern und Invaliden des Bürgerkriegs aus den Reihen der Republikaner Renten zustehen.

Die Monarchie ist tolerant den Republikanern gegenüber, und sie nehmen offen am gesellschaftlichen Leben Spaniens teil. Nur die noch übriggebliebenen Nachfolger Francos (sie genießen nämlich die Freiheit auch) können sich nicht damit abfinden, daß ihr Land erneut die Heimat aller Spanier ist, gleich, aus welchem Lager. Entgegen den Bemühungen der Regierung und aller verantwortungsvollen politischen Organisationen versuchen sie immer wieder, Spanien in einen Bruderkrieg hineinzuzerren.

Objektive Verbündete der Rechtsextremisten sind die Ultralinken, die durch ihre provokatorischen Ausschreitungen den friedlichen politischen Kampf in bewaffnete Zusammenstöße umzuwandeln trachten. Laut EFE starben seit 1969 durch die Hand der Terroristen beider extremen Richtungen 328 Personen; davon 123 im Jahre 1979.

Einen besonders günstigen Boden für ihre Wühlereien finden die Terroristen in den Randgebieten des Landes, wo das politische Joch des Franco-Regimes durch die nationale Unterdrückung ergänzt und ver-

schlimmert wurde. Spanien ist multinational, auf seinem Territorium leben neben den Kastilianern auch Basken, Katalonier, Galicier, Andalusier und andere Nationalitäten. Unter Franco waren die bewaffneten Aktionen der Antifaschisten aus den Randgebieten eine Form des Freiheitskampfes des Volkes.

Mittlerweile hat sich die politische Konstellation verändert. Heute dienen die ultralinken aus den illegalen Terrororganisationen wie etwa der GRAPO oder dem sogenannten Militärflügel ETA im Grunde der gleichen Sache wie ihr Spiegelbild im Lager der Rechtsextremisten: das „Bataillon der spanischen Basken“, die „Apostolische Antikommunistische Allianz“ und die (übrigens im Parlament vertretene) „Neue Kraft“.

Die Zerstörung der faschistischen Diktatur gab die Möglichkeit, nach einer konstruktiven Lösung auch der Nationalitätenfrage zu suchen. Bereits 1977/78 erhielten Katalonien,



Madrider Arbeiter demonstrieren vor dem Arbeitsministerium gegen die Willkür der Unternehmer.

Aus: „El País“ (Spanien)

das Baskenland, Valencia, die Kanarischen Inseln, Galicien, Aragonien und einige andere Provinzen provisorische Autonomie. Das Prinzip der nationalen Autonomie ist in der neuen Verfassung verbriefte.

Im Herbst v. J. wurden in Katalonien und im Baskenland Volksentscheide durchgeführt, nach denen die ständige Autonomie eingeführt wurde. Deshalb konnten im März Wahlen zu den Provinzparlamenten stattfinden.

Gesagt sei, daß es Territorien mit einem hohen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau und mit alten Traditionen des Kampfes für einen würdigen Platz in der spanischen Gemeinschaft der Nationalitäten sind.

Die 6 000 000 Katalonier und die 2 500 000 Basken machen zusammen fast ein Viertel der Bevölkerung Spaniens aus. Vor der Franco-Diktatur hatten sie Autonomie und hörten nie auf, für die Wiedererlangung dieser Rechte zu kämpfen. Namhafte Vertreter der katalonischen und baskischen Bourgeoisie beteiligten sich aktiv an der Bewegung gegen Franco, weshalb sie ihr Ansehen in den Massen festigen konnten.

All das ist zu berücksichtigen, wenn man die Abstimmungsergebnisse im Baskenland und in Katalonien im März analysiert. In beiden Fällen haben sich bürgerliche politische Organisationen auf den ersten Platz vorgearbeitet.

Im Baskenland erhielt die Baskische Nationalpartei 25 von den 60 Sitze im Parlament der Provinz; sie hatte dort auch vor dem Bürgerkrieg vorgeherrscht. In Katalonien siegte die Koalition „Convergencia i Unió“ (43 von 135 Sitzen), die 1978 durch Fusion der „Katalonischen Demokratischen Konvergenz“ und der „Demokratischen Union Kataloniens“ (christlich-demokratische Richtung) entstanden war.

Was die Parteien angeht, die eine Filiale der gesamtspanischen (Union des Demokratischen Zentrums als Regierungspartei und Spanische Sozialistische Arbeiterpartei als die Hauptkraft der Opposition) bilden, so wurden sie in den Hintergrund gedrängt. Besonders gilt das für die Union unter Ministerpräsident Suárez. Im Baskenland bekam sie nur ein Drittel der Stimmen, die sie dort bei den Parlamentswahlen 1979 erhalten hatte. In Katalonien waren es nur 11% der Wähler, und die Union sah sich an vierter Stelle nach der „Convergencia“, den Sozialisten und den Kommunisten.

Ziemlich viele Wahlberechtigte — ca. 40% — blieben in beiden Provinzen der Abstimmung fern. Offenbar erklärt sich das u. a. mit der Müdigkeit der Wähler: 40 Jahre lang, während der Diktatur, fragte niemand sie nach ihrer Meinung über die Politik des Staates, und in den letzten vier Jahren wurden sie siebenmal zu den Urnen gebeten.

Zu den Unterschieden sei gesagt, daß die Wahlen im Baskenland eine bestimmte Schwäche der Linken zeigten, während die Linken in Katalonien alles in allem einen eindrucksvollen Erfolg erzielten.

Den ersten Platz belegte dort zwar eine ausgesprochen konservative Partei, aber die Hauptmasse der Wähler stimmte doch für die linken und linkszentristischen Parteien. Summiert man die Stimmen, die für die Sozialisten (23%), die Kommunisten (19%), die linken Republikaner (9%) und die Andalusischen Sozial-

isten (3%)* abgegeben wurden, so erhält man 54%, d. h. die absolute Mehrheit.

Solche Abstimmungsergebnisse wirkten sich auf die Zusammensetzung des Parlaments von Katalonien aus. Die Linken und das linke Zentrum werden dort 74, die Konservativen und das rechte Zentrum dagegen 61 Mandate haben.

Der Erfolg der linken Parteien in Katalonien ist um so bemerkenswerter, als während der Wahlkampagne nicht nur die Stärkung der nationalen Autonomie verlangt, sondern auch eine umfassende Propagandaoffensive der Rechten gestartet wurde. Die dortigen Unternehmer stellten eine halbe Milliarde Peseten bereit, um den Wählern mit dem Gespenst einer „Volksfront“ angst zu machen.

Dabei mußte es völlig klar sein: Seit Ende des Bürgerkrieges haben sich die politische Kräftegruppierung, die Programme, die Strategie und Taktik der Parteien dermaßen verändert, daß der Wortschatz von vor 40 Jahren jetzt überhaupt keinen Sinn hat — wenn man es natürlich nicht darauf anlegt, die neue Generation der Spanier absichtlich irreführen zu lassen.

In Andalusien (6 000 000 Einwohner bzw. 17% der Bevölkerung Spaniens) ging es beim Referendum um die Bestätigung der Autonomie. Das Referendum fand am 28. Februar statt, aber es brachte niemandem Genugtuung.

Der Kampf in Andalusien entbrannte um die Frage, welcher Artikel der spanischen Verfassung der Lösung der Nationalitätenfrage zugrunde gelegt werden solle. Art. 151 sieht eine beschleunigte Autonomisierung, umfassende Vollmachten der örtlichen Behörden und ihre relativ geringe Abhängigkeit von der Landesregierung vor. Dieser Artikel wurde auf das Baskenland und auf Katalonien angewandt. Art. 143 dagegen sieht eine langsamere und kompliziertere Autonomisierung, eine beschränkte Unabhängigkeit der autonomen Machtorgane und eine härtere Kontrolle Madrids über sie vor.

Das Dokument, das beim Referendum vorgelegt wurde, beinhaltete eine schnellere und vollständigere Autonomie. Die Kommunisten, Sozialisten und die anderen Linksparteien unterstützten es. Die Union des Demokratischen Zentrums wollte nicht so weit gehen und forderte die Wähler auf, sich der Stimme zu enthalten. Trotzdem gingen die meisten

* In Katalonien leben ziemlich viele Werktätige, die das wirtschaftlich rückständige benachbarte Andalusien verlassen haben.

Andalusier zu den Wahllokalen und stimmten für den Vorschlag der Linken. Darauf fand die Regierung eine juristische Klausel: Da eine der acht Provinzen Andalusiens den Entwurf nicht unterstützte, wurde er für ungültig erklärt.

Heißt das, daß die Andalusier die nationale Autonomie nicht bekommen? Nein, das bedeutet es nicht. Der Kampf ist nicht zu Ende, er tritt einfach in eine neue Phase.

Diese drei Beispiele — Baskenland, Katalonien, Andalusien — zeigen, welche Schwierigkeiten die spanischen Demokraten überwinden müssen, um ein neues, von den Fesseln des Franquismus freies Spanien aufzubauen. Sie zeugen aber auch von dem Fortschritt, den das Land erreicht hat. Vor fünf Jahren wäre es undenkbar gewesen, die Fragen, um die heute die Leidenschaften entbrennen, auch nur zu stellen.

Wenn wir von der heutigen Wirklichkeit Spaniens sprechen, müssen wir natürlich nicht nur die Errungenschaften, sondern auch die Schwierigkeiten erwähnen: wirtschaftliche Wirren, darunter das ständige Wachsen von Inflation und Arbeitslosigkeit, Hindernisse für eine vollständige und umfassende Lösung der Nationalitätenfrage und natürlich das Problem des Terrorismus, hinter dem die Gefahr steckt, daß sich die Situation verschlechtert und vielleicht sogar der reaktionäre Teil der Streitkräfte in Aktion tritt.

Kein Zufall, daß der Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei Felipe González in einem Interview für die EFE vor kurzem betonte: Erstmals seit Beginn der Demokratisierung in Spanien sei er ernsthaft über die Lage besorgt.

In der Union des Demokratischen Zentrums gibt es ebenfalls Differenzen über die Art und Weise, die Schwierigkeiten zu überwinden. Der sozialdemokratische Flügel der Union kritisierte die Parteiführung wegen des Rechtsrucks, der sich nach Ansicht vieler prominenter Funktionäre in den letzten Monaten und Wochen angedeutet hat. Suárez seinerseits erklärte dem Direktor der einflußreichen Madrider Zeitung „El País“, er sei „nicht gewillt, sich an die Macht zu klammern“, und bereit, zu gehen, falls die Mitglieder seiner Organisation es wünschen.

Demnach nicht nur Fortschritte, sondern auch Schwierigkeiten. Aber die Wechselfälle des politischen Kampfes in Spanien dürfen uns nicht vergessen lassen: Das Land entfernt sich immer mehr von seiner schweren franquistischen Vergangenheit.

MAN BALLT DIE EISERNE FAUST

Wladimir KOSIN

Es scheint noch gar nicht lange her zu sein, daß in Washington der Plan zur Sprache kam, eine neue Kriegsmarine-Einheit, die 5. Flotte, aufzustellen und im Indik zu stationieren. Per 1. April hatten die USA dort 31 Kriegsschiffeinheiten einschließlich zweier Flugzeugträger („Coral Sea“ und „Nimitz“), ferner Raketenkreuzer und Fregatten mit insgesamt 24 000 Mann an Bord. Die meisten dieser Schiffe kreuzen in unmittelbarer Nähe von Ländern des Mittleren und Nahen Ostens, unweit des Persischen Golfs.

Vor einem Monat gab das Pentagon offiziell bekannt, daß die zu Interventionszwecken aufgestellte 110 000 Mann starke Eingreiftruppe formiert sei und daß ihr Stab seine Tätigkeit aufgenommen habe. Danach teilte der hohe militärische Beamte Claytor im Kongreß mit, daß demnächst 7 oder 8 Transportschiffe mit ausreichenden Waffen und Kampftechnik für 10 000 Grüne Barette im Indik und Persischen Golf stationiert werden sollen. Die Tanker dieser Einheit könnten mehrere Jagdgeschwader, die dem Korps angehören, mit Treibstoff versorgen. Diese ganze Todeskarawane solle Ende Juni am Bestimmungsort eintreffen.

Mitte März kreuzte im Arabischen Meer schon eine Einheit der 7. US-Flotte auf, bestehend aus mehreren Landungsschiffen mit 1800 Marineinfanteristen. Der „Washington Post“ zufolge ist das Pentagon „auf Weisung Verteidigungsminister Browns darangegangen, ein detailliertes Schema für das Verminen des Persischen Golfs aufzustellen.“ Hohe Beamte des Verteidigungsministeriums halten es, wie aus der Presse hervorgeht, nicht für ausgeschlossen, daß „die USA im Persischen Golf taktische Kernwaffen zum Einsatz bringen werden“. Ein ausführliches Programm für eine weitere Verstärkung der ameri-

kanischen Streitmacht im Indikraum trug am 6. März Minister Brown vor. Ausgehend von einer der Hauptthesen der „Carter-Doktrin“, daß es notwendig sei, „Lebensinteressen der USA“ in dieser Weltgegend (die von den USA viele Tausend Kilometer entfernt liegt!) zu wahren, sagte der Pentagon-Chef, die USA hätten die Absicht, „ihr Potential zur wirksamen Verwendung der Streitkräfte zu vergrößern“ und dort „ständig“ eine US-Flotte zu halten.

Nisten sich die USA wirklich erst in letzter Zeit so intensiv in dem ausgedehnten Raum des Indiks ein? Ist ihr jetziges Vorgehen wirklich vor allem durch die amerikanisch-iranischen Beziehungen und die Vorgänge in Afghanistan veranlaßt?

Die Realitäten verneinen das. Die Geschichte des militärischen Vordringens der USA im Indikraum reicht Jahrzehnte zurück. Amerikanische Strategen fingen gleich nach dem zweiten Weltkrieg an, über konkreten Plänen für die Erschließung dieses weiten Raums zu brüten. Damals begannen sie auch gleich, diese Pläne zu verwirklichen. Im Jahre 1948 stellten die USA einen operativen Marineverband auf Bahrein auf, der noch jetzt im Raum des Persischen Golfs operiert. Anfang 1964 lief ein Geschwader der 7. Pazifikflotte im Indik ein. Seit 1970 machen sich die Besatzungen von Flugzeug-

trägern mit diesem Raum bekannt. Seitdem waren schon 23 amerikanische Flugzeugträger einheiten dort, davon 5 im Jahre 1979. Alle diese Machtdemonstrationen sind gewöhnlich von Drohungen gegen die Küstenstaaten begleitet.

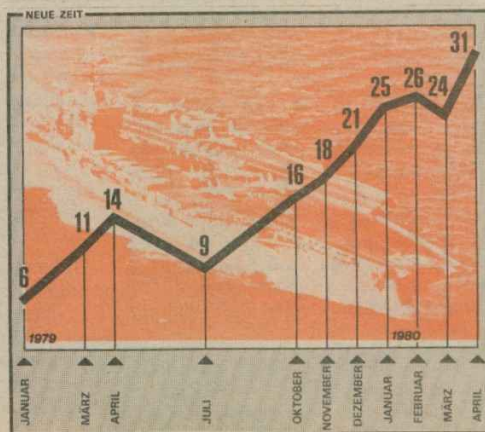
Der wichtigste Brückenkopf für die Strategie des Pentagon im Indik ist die in seiner Mitte liegende Insel Diego Garcia, die zu den Großbritannien gehörenden Chagos-Inseln zählt. (England kaufte sie seinerzeit für einen Pappentstiel Mauritius ab.)

Im Dezember 1966 schlossen London und Washington ein Abkommen, laut dem Diego Garcia dem Pentagon ganz zur Benutzung überlassen wurde. Seit Anfang der 70er Jahre richtet es sich fieberhaft auf der Insel ein und macht aus ihr einen modernen Luftwaffen- und Marinestützpunkt. Auf der Insel mit ihren rund 30 km² sind bereits 45 strategische Objekte gebaut worden: Piers für Kriegsschiffe beliebiger Wasserverdrängung, eine an die 4 km lange Piste, auf der B-52-Bomber landen können, Munitions- sowie Brennstoff- und Schmieröldepots mit einer Aufnahmefähigkeit bis zu 100 000 t für Flugzeugträger und U-Boote usw. Zur Zeit befinden sich auf dem Stützpunkt mehrere Geschwader von Langstreckenbomben und P-3-„Orion“-Aufklärungsflugzeuge. Am 1. Januar d. J. hatte der Stützpunkt 1100 Mann Personal.

Jetzt wird der Militärkomplex auf Diego Garcia forciert ausgebaut. Außer der Riesensumme, die der Bau der Militärobjekte verschiedener Bestimmung schon gekostet hat, beantragt das Pentagon für 1981 noch 175 Mio Dollar. Die wachsende Base wird der Hauptstützpunkt der 5. Indikflotte der USA sein, die jetzt aufgestellt wird, das Sprungbrett für die Eingreiftruppe, wenn sie nach dem Nahen Osten und dem Raum des Persischen Golfs hinübergeworfen werden soll.

Aber Diego Garcia ist zwar der wichtigste, doch keineswegs der einzige Militärstützpunkt der USA und erst recht nicht des Westens im Indikraum. Schon seit einigen Jahren benutzt das Pentagon die dem Sultan von Oman gehörende Insel Masira an der Küste Arabiens, fast an der Einfahrt in den Persischen Golf. Der arabischen Presse zufolge befindet sich jetzt dort das Oberkommando der US-Streitkräfte in Oman und im Raum des Persischen Golfs. Auf dieser ungefähr 1000 km² messenden Insel können einige Zehntausend Mann stationiert werden. Jetzt werden die Militäranlagen, die die Amerikaner von den Engländern übernommen haben, ausgebaut. Wie die Presse mitteilt, nimmt Masira bereits strategische B-52-Bomber der

DIE ZAHL DER US-KRIEGSSCHIFFE
IM INDISCHEN OZEAN
(nach Angaben der amerikanischen Presse)





Die Lage der militärischen Objekte auf Diego Garcia

Nach Angaben des Nachrichtenmagazins „Newsweek“ und anderer ausländischer Presseorgane

USA auf. Solche Maschinen fliegen seit Anfang dieses Jahres regelmäßig über dem Indik.

Auch die Regierung Soma-

lias leugnete anfangs die Bereitstellung ihres Territoriums, mußte aber Ende März gestehen, daß sie ihre Zustimmung dazu gegeben hatte, daß die US-Streitkräfte den Stützpunkt in Berbera am Golf von Aden benutzen. Schon werden dort Vorbereitungen für das Eintreffen von 500–1000 Mann US-Militär getroffen. Amerikanische Waffenmagazine sollen auch in Saudi-Arabien angelegt werden.

Nicht gerade wenig Militärbauten und andere Objekte hat Australien den US-Streitkräften zur Verfügung gestellt. Mitte März hat der australische Ministerpräsident Fraser öffentlich die Bereitschaft seiner Regierung bestätigt, den Marinestützpunkt Cockburn Sound an der Westküste Australiens den USA ganz zu überlassen. Übrigens hat sich Australien in die militaristischen Aktionen im Indik eingeschaltet. Ein Kommuniqué der 29. Tagung des militärisch-politischen ANZUS-Blocks von Ende Februar besagt, daß der australische Flugzeugträger „Melbourne“ mit einer Gruppe von Geleitschiffen dieses Jahr dorthin abgehen wird.

Das Anfang April erschienene englische Weißbuch für Verteidigungsfragen sieht eine intensivere militä-

rische Betätigung auch Großbritanniens (angeblich zur Wahrung seiner Interessen) sowie seiner NATO-Partner vor, namentlich im Raum östlich von Suez, d. h. im Raum des Persischen Golfs und des Indiks.

Die friedliebenden Kräfte können dieses herausfordernde Vorgehen des Pentagons und seiner Handlanger nicht gleichgültig mit ansehen, ebensowenig wie die Tatsache, daß die USA und ihre Alliierten ihre Kräfte im Indik zu einer eisernen Faust zusammenballen. Die Teilnehmer von internationalen Konferenzen der Öffentlichkeit in Delhi und auf Malta von Ende März haben entschieden gegen die gefährlichen militaristischen Absichten des Imperialismus im Indik protestiert und gefordert, daß die amerikanischen Kriegsschiffe sofort von dort zurückgenommen werden. Auch haben sie verlangt, daß die fremden Militärstützpunkte in diesem Raum aufgegeben werden. Dieser aktuellen Frage gilt auch die auf Beschluß des Weltfriedensrats abgehaltene Asienwoche, die mit dem 5. April begann. Der Indik muß eine Zone des Friedens und der Sicherheit werden. Das verlangen die Völker.

Ein tückischer und gefährlicher Feind

Über 110 von den mehr als 160 souveränen Staaten der heutigen Welt sind Entwicklungsländer. Sie haben zusammen über 2 Milliarden Einwohner, und ihre Naturschätze sowie die vielen agrarischen Rohstoffe und die wachsende Industrie lassen ihren Anteil an der Weltwirtschaft rasch zunehmen. Unablässig steigert sich auch die politische Aktivität der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. In der Weltpolitik betätigen sie sich als eine dynamische antiimperialistische und antineokolonialistische Kraft.

Wiederholt versuchte Mao Zedong, das wirtschaftliche und politische Potential der Entwicklungsländer in den Dienst seiner Hegemoniegepläne zu stellen. Auch seine Erben hoffen, das tun zu können. Auf einer wissenschaftlichen Konferenz zum Thema „Chinas Politik den Entwicklungsländern gegenüber“ sind Strategie und Taktik Pekings von sowjetischen und anderen Chinaforschern eingehend untersucht worden.

Die vom 25. bis zum 27. März in Moskau abgehaltene Konferenz war vom Fernostinstitut der AdW der UdSSR gemeinsam mit den Instituten für Orientforschung, für Afrika, Lateinamerika sowie von anderen Forschungsanstalten Moskaus, Leningrads, Kirows und Wladiwostoks veranstaltet worden. Es sprachen bekannte sowjetische Forscher und ihre Kollegen aus Bulgarien, Ungarn, der SRV, der DDR, Kuba,

der Mongolei, Polen und der ČSSR. Die Wissenschaftler wurden von P. N. Fedossejew, Vizepräsidenten der AdW, und von O. B. Rachmanin, dem ersten Stellvertreter eines Abteilungsleiters beim ZK der KPdSU, begrüßt.

In den Referaten wurde festgestellt, daß die Weltlage durch die Annäherung Chinas an die Kräfte des Imperialismus ernstlich erschwert worden ist. Parallel oder sogar gemeinsam gehen die unverhohlenen Rechten und die reaktionären Kräfte vor, die sich mit revolutionären Phrasen tarnen. Eine Form ihres Zusammenwirkens sind die Versuche, die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihren eigenen geopolitischen Interessen auszunutzen. Es liegt eine Art Arbeitsteilung sowie eine Teilung der Aktionsphären zwischen den imperialistischen Mächten und Peking vor. Dieses hat die Wühlakte gegen die Bewegung der Nichtpaktgebundenen und der Entwicklungsländer übernommen, die für eine neue Wirtschaftsordnung kämpfen. Es sucht die Teilnehmer dieser Bewegungen vom antiimperialistischen Kampf abzubringen und auf den Abweg des Antisowjetismus zu ziehen.

Mit dem Segen des Westens entwickelt Peking vielgestaltige, auch militärische Verbindungen mit den reaktionärsten Regimes in Asien, Afrika und Lateinamerika. Zugleich werden die chinesischen Streitkräfte und die Agenten Pekings dafür benutzt, die Stabilität derjenigen Regierungen zu erschüttern, die eine wie immer gearbete Einmischung und jedes Diktat von seiten einer Großmacht zurückweisen.

Die Teilnehmer der Konferenz haben dafür Stellung genommen, daß sich die Wissenschaftler der sozialistischen Länder energischer darum bemühen, die Pekinger Politik des Verrats an den Entwicklungsländern bloßzustellen.

Einer aus dem südafrikanischen Untergrund

Er heißt Alexander Moumbaris, ist 41, in sein schwarzes Haar mischen sich schon Silberfäden. Wir unterhalten uns bei ihm zu Haus, im Pariser Vorort Noisy-le-Sec. Marie-José, seine Frau, und Boris, sein siebenjähriger Junge, wohnen schon sieben Jahre hier, er aber findet sich in dem Ort noch schlecht zurecht.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre war das Ehepaar in London. Es war die Zeit der Demonstrationen gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam, gegen die schwarzen Obri- sten, die in Griechenland die Macht an sich gerissen hatten, gegen die Rassisten der RSA. Der Grieche Moumbaris schloß Freundschaft mit Südafrikanern, die wie er am Kampf gegen die Unterdrückung von Men- schen teilnahmen. Die Kameraden vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) baten ihn um Hilfe, und er willigte ein.

Depesche aus dem „Krankenhaus“

Marie-José und Aleco, wie er in der Familie genannt wird, wurden an einem Grenzposten der RSA in der Nähe von Botswana gefaßt. Später wurde ihm klar, daß sie lange auf ihn gelauert hatten. Ein Ver- räter hatte angezeigt, wer versuchen wird, eine Gruppe von Patrioten in den rassistischen Staat einzuschleu- sen und wo.

Er und seine Frau fielen der Staatssicherheit in die Hände. Die französische Staatsbürgerin Marie-José erwartete ein Kind, war aber trotzdem vier Monate bei der Ge- heimpolizei eingesperrt. Erst nach einer mächtigen Protestkampagne in Frankreich ließ man sie heimreisen. Aleco war in Einzelhaft. Die Ein- tönigkeit in der Zelle wurde nur durch Verhöre unterbrochen. Sie folterten ihn mit Hunger, Durst und Schlaflosigkeit. Sechseinhalb Tage stand er schlaflos in Fesseln an einer Wand.

In seinem Notizbuch fanden Agenten das Datum, wann die näch- ste Gruppe von Untergrundkämp- fern eintreffen sollte, und die Parole. Er willigte ein, die Stelle zu zeigen, denn er hatte in Voraussicht einer eventuellen Festnahme die Eintra- gungen nach einem eigenen System gemacht, nämlich die Daten vorver- legt. Deshalb erlebten die Agenten, die den Platz umstellt hatten, eine Enttäuschung.

Aus Paßvermerken und aus der Kartei der Polizei war bekannt, was er früher gemacht hatte: Er beför- derte Flugblätter und Schriften des ANC aus dem Ausland nach Süd- afrika, suchte am Meer Landungs- stellen für Patrioten aus, sorgte für

die Anbringung antirassistischer Spruchbänder im Zentrum von Dur- ban usw. Schon die Zugehörigkeit Alecos zum ANC und zu dessen militärischer Sektion, dem Umkhon- to we sizwe (Speer der Nation), ge- nügte, damit über ihn die Höchst- strafe verhängt werden konnte.

Aber nicht darunter litt er, son- dern unter der Unkenntnis, ob die Kameraden gewarnt waren, daß er aufgefliegen war. Wie sollte er sich aus der Einzelzelle mit ihnen in Ver-



Nach dem kühnen Ausbruch aus dem Gefängnis in Pretoria ist Alexander Moumbaris bei seiner Frau und seinem Sohn in Paris

Aus „Avantgarde“ (Frankreich)

bindung setzen? Die Geheimpolizei kam ihm abwechselnd mit Drohun- gen und mit großartigen Verspre- chungen, falls er einwillige, weiter illegal, aber unter ihrer Kontrolle zu arbeiten. Erst nach geraumer Zeit tat er, als ginge er auf das Angebot ein. Als man sich beim Geheimdienst den Kopf zerbrach, wie den Londo- ner Verbindungsleuten des ANC sein langes Schweigen erklärt wer- den sollte, schlug Moumbaris ihnen vor, als Ausrede Krankheit zu ge- brauchen. Sie sagten: „Gut. Schreib, daß du im Krankenhaus warst.“ Das Telegramm ging nach London ab, und er atmete auf: Krankenhaus war das Deckwort dafür, daß etwas schiefgegangen war.

Auf diese Weise siegte Aleco trotz der Einzelhaft über einen der ge- fährlichsten und brutalsten Geheim- dienste der kapitalistischen Welt.

Als vom ANC keine Antwort kam, verlor der Geheimdienst das Inter- esse an Moumbaris. Als Sachbewei- se übergab er dem Gericht, die aus der Londoner Wohnung herange- schafften Sachen Alecos. Der Ange- klagte legte Protest ein, und seine Anwälte setzten bei den englischen Behörden eine Untersuchung durch Scotland Yard konnte aber die Leute, die das Gesetz über die Unan- tastbarkeit einer Privatwohnung verletzt hatten, nicht ermitteln. Kein

Wunder, die geheimen Dienststellen von Pretoria waren gewöhnt, sich in Großbritannien wie zu Haus zu fühlen.

Aleco bekam 12 Jahre strengen Kerker. Die Untersuchungshaft wurde ihm nicht angerechnet. Sieben Jahre saß er im Zentralgefängnis von Pretoria. Er war streng isoliert, nicht nur von den Mithäftlingen, sondern sogar von den Aufsehern. Sprach ein Aufseher mit ihm, dann wurde er sofort ausgewechselt. Hier, in der Abteilung „höchste Sicherheit“, saßen weiße Staatsbürger der RSA, die Mitglieder des ANC waren.

„Wenn ich die Wahl gehabt hätte, wäre ich lieber im Kampf gefallen“, sagte Moumbaris. „Ich hatte aber keine. Allmählich kam mir zum Be- wußtsein, daß die Haft nicht das En- de, sondern nur eine Gefangenschaft ist. Mögen die Mauern auch noch so dick sein, Freiheit ist ein geistiger Zustand. Soweit man sich dem Feind nicht er- geben hat, ist man frei. Wir konnten und muß- ten ja weiterkämpfen, bloß waren unsere Waf- fen jetzt Geduld und Ausdauer.“

Manchmal war er doch nahe daran, zu ver- zweifeln. Er wußte aber ebenso wie seine Mit- häftlinge, daß ihre schwarzen Kameraden es noch viel schwerer hatten. Sie wurden miß- handelt und erniedrigt, bekamen eine Kleidung, die nicht vor Kälte schützte, und keine ärzt- liche Betreuung.

Während all dieser Jahre erhielt Alecos Frau kein einziges Mal die Einreiseerlaubnis nach der RSA. Seine einzige Freude waren Briefe und Nachrichten von den Erfolgen der Kämpfer für die Freiheit Ango- las, Mocambiques, Guinea-Bissaus und Simbabwe.

Puppen auf den Pritschen

Ich frage, wann er das erste Mal an Flucht dachte. Er sagt lächelnd: „Als ich im Zentralen eingeliefert wurde.“ Gemeinsam mit ihm wurden Tim Jenkin und Stephen Lee frei, deren Verschulden darin bestand, Flugblätter des ANC verbreitet zu haben. Sie brachten es fertig, 10 Türen zu öffnen und hinter sich zu schließen, davon 8 gepanzerte und eine mit elektronischem Schloß so- wie zwei Holztüren. Am schwierig- sten war die letzte aus Holz, sie ging nur von außen zu öffnen. Die Män- ner mußten mit Zimmermannswerk- zeug arbeiten, das sie sich verschafft hatten.

Nach den wiederholt nachgeprüf- ten Berechnungen hatten sie 14 Stunden Zeit. Auf den Pritschen wollten sie Puppen zurücklassen. In der Sträflingskleidung waren diese den Aufsehern nicht verdächtig. Den Ausbruch vollführten Aleco und die anderen nachmittags, gemerkt wurde

es aber erst am nächsten Morgen um sieben, als die Ablösung kam und das zerbrochene Schloß der Außentür sah. Auch da wußten die Wächter noch nicht, was vorgefallen war, denn die übrigen Schlösser waren ja intakt. Erst eine halbe Stunde nach dem Wecken wurden die Ausbrecher vermißt, und man gab Alarm. Die Meldung vom Ausbruch gefährlicher Verbrecher „in Kniehosen und Obertrikots“ wurde im Rundfunk durchgegeben und ein Kopflohn von 1000 Rand auf sie ausgesetzt. Das war nicht viel, die Behörden schienen sicher zu sein, daß sie die kühnen Männer selbst fangen würden.

Wie kamen sie nun wirklich aus dem Kerker hinaus? Er steht ja in einer sorgfältig bewachten Gegend der Hauptstadt eines des grausamsten Polizeistaaten der Welt. „Wir nahmen einen Weg, auf den sie nicht kommen konnten“, antwortet Aleco. „Draußen erwarteten uns Freunde. Das Gelingen zeugt davon, daß wir im Kampf mit den Rassisten viele Freunde haben.“

Am 4. Dezember hatte Aleco Geburtstag. „Ich wollte an meinem Geburtstag schon heraus sein, es ging aber nicht.“ Sie flohen eine Woche später, am 11. Dezember, und am 2. Januar hielten sie in Lusaka, der Hauptstadt von Sambia, ihre erste Pressekonferenz*.

Im Laufe vorigen Jahres habe die Umkhonto wie sizwe, wie mir Aleco erzählte, in der RSA mehrmals Polizeireviere überfallen. Der „Speer der Nation“ kämpft immer erfolgreicher, der Einfluß des ANC wächst.

Aleco sagt, daß man in Frankreich ebenso wie im übrigen Westeuropa wenig davon weiß, wie die Lage in Südafrika wirklich ist. Die Leute, die sich mit Schaum vor dem Mund für die Menschenrechte einsetzen, finden kein Wort zur Inhaftierung der vielen tausend Häftlinge auf der grauenhaften Robbeninsel, im Zentralgefängnis von Pretoria, im Frauengefängnis von Kroonstad und in den anderen Haftanstalten.

Durch Boykott, durch wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Südafrika muß das Apartheidregime gezwungen werden, den Patrioten James Mange nicht hinzurichten und die Folterungen in den Gefängnissen zu verbieten.

Das fordert der ANC, das fordern alle Demokraten der RSA, das fordern Alexander Moumbaris und seine beiden Kameraden, die mit ihm aus dem Kerker ausgebrochen sind. Für den Staat, der in einen einzigen Kerker umgewandelt worden ist, war diese Flucht eine Ohrfeige. Für die Patrioten aber war sie eine Heldentat, die die Südafrikaner besingen und von der sie Legenden erzählen werden. Das freie Südafrika wird in seine Annalen den Griechen Alexander Moumbaris eintragen, der eine Kämpfernatur und ein überzeugter Kommunist ist.

Paris

A. IGNATOW

* s. Heft 8/80, „RSA. Geglückte Flucht“ von S. Petuchow.

„NEUE ZEIT“

15.80

TRAGÖDIE UND FARCE

Randy Lundin fehlt an der rechten Hand ein Finger. Ein Unfall! Nein, eine Tragödie.

Lundin wohnt in der amerikanischen Stadt Saint-George, die 240 km von der Wüste von Nevada entfernt liegt. Dort nahm das Pentagon zwischen 1951 und 1963 96 Kernexplosionen vor. Lundin hat die Atompilze nicht gesehen, er wurde erst neun Jahre nach den Testen geboren, aber als Krüppel.

Im Jahre 1951 hatte die Stadt 4500 Einwohner. Die Atompilze von Nevada haben ihnen und ihren Kindern großes Leid zugefügt und viele sogar ins Grab gebracht. Ein Einwohner erzählt: „In dem Viertel, in dem ich wohne, bekamen 29 Personen Krebs. Acht sind schon gestorben.“ Leukämie, Krebs, verkrü-

pelte oder unheilbar kranke Arme und Beine. Kranke, schwachsinnige Kinder. Diese tragischen Folgen hatten die Atomteste in Nevada für Saint-George, das im Staate Utah liegt.

Washington wußte natürlich genau, wie stark die Luft im Raum der Tests mit radioaktiven Niederschlägen verseucht war, verhehlte das aber jahrelang vor der Öffentlichkeit des Landes und vor der Einwohnerschaft der Stadt. Erst nachdem in Saint-George die Sterbefälle stark zugenommen hatten, erfuhren die Einwohner von dem Unheil, das über sie gebracht worden war, und erst ganz vor kurzem wurde die Sache allgemein bekannt.

Ende März, als der französische „Paris-Match“ das hier reproduzierte Foto brachte, hielt Verteidigungsminister Brown in Washington, im Unterausschuß für Militärbauten beim Budgetausschuß des Repräsentantenhauses eine Rede. Schon die Zuhörerschaft läßt darauf schließen, worum es ihm ging. Brown sprach über interkontinentale ballistische Raketen, darüber, wie dringend der neue Raketenkomplex MX gebraucht werde; daß er etwas kostspielig sein,



nämlich 33,8 Md. Dollar kosten werde, daß aber ohne ihn die Sicherheit der USA nicht garantiert werden könne.

Doch nicht nur darüber sprach der Minister. Es stellt sich heraus, daß sich sein Amt auch Sorgen um den Umweltschutz macht. Im Pentagon lasse man sich die Rechte der US-Staatsbürger sehr angelegen sein und denke Tag und Nacht daran, wie man verhüten könnte, daß der neue Raketenkomplex den Viehweiden, der Wasserversorgung usw. schade. Sein Amt höre sehr auf die Öffentlichkeit: Im Raum von Nevada und Utah (auf den das Pentagon — dieses Mal wegen der MX-Raketen — wieder ein Auge geworfen hat) sei ein ganzes Dutzend Beratungen abgehalten worden, an denen über 6000 Bewohner der Gegend teilgenommen hätten.

Wir wissen noch nicht, ob das Pentagon auch die Einwohner von Saint-George mit seiner werten Aufmerksamkeit beehrt hat, die schon einmal den irren Weltherrschaftsansprüchen Washingtons zum Opfer fielen. So eine Farce hätte ja ganz im Stil des Pentagons gelegen.

A. PIN

DIAMANTIS: Hier gehöre ich her

Wladislaw DROBKOW

Adamantios Diamantis lernte ich im zyprischen Volkskunstmuseum kennen. Der schon ergraute, aber sehr bewegliche Mann mit dem gütigen Gesicht ging mit mir von Saal zu Saal, unter den Kühle spendenden Deckenwölbungen aus gelbem Sandstein, unter denen schon die Stimmen der Kreuzritter hallten. Das Gebäude war früher ein Kloster, dann der Palast des Erzbischofs. Dank Diamantis und noch einigen Verehrern der Künste sind hier jetzt wunderschöne Erzeugnisse der Volkskunst, Hausrat, Trachten, Werkzeug und anderes Arbeitsgerät zusammengetragen, von der Töpferscheibe bis zum hölzernen Webstuhl, an den sich eine alte Frau zu setzen und vor den Augen der Besucher einen Teppich mit Nationalornamenten zu weben pflegt.

Schräge Lichtstreifen fielen durch die hohen Fenster herein und legten sich auf die Steinplatten des Fußbodens. Der Webstuhl klapperte und knackte. Diamantis, der das Museum seit seiner Gründung leitet, sprach vom gelben und roten Ton Zyperns, denen zwei Richtungen der Töpferkunst ihr Entstehen verdanken; davon, wie die Hirten, meistens die ganz jungen, einfache Spitzen als Besatz für Handtücher klöppelten; wie die Spitzenklöpplerinnen von Lefkara die Geheimnisse ihrer Kunst von Generation zu Generation vererben, weshalb diese Arbeiten Lefkaritika heißen. Auch erfuhr ich,

wie mit den ersten eingeführten Koks auf Zypern das Seidenspinnen aufkam.

Die Art, wie Diamantis erzählte, ließ nicht nur fundamentale Kenntnis der Geschichte und Kultur Zyperns, sondern auch eine große Liebe für dieses Land erkennen. Auch aus seinen Malereien spricht diese Liebe.

Er ist allgemein als bedeutendster und eigenwüchsigster Künstler Zyperns anerkannt. In seiner Kunst vereinen sich harmonisch die Moderne und die Traditionen der Volkskunst. „Zypern, seine Bewohner und seine Natur waren und bleiben für mich die stärkste Quelle der Eingebung. In diesem Boden bin ich verwurzelt, ohne ihn könnte ich nichts schaffen.“

Er war nur kurze Zeit von der Insel abwesend. So war er zum Studium in England. Ein andermal besuchte er Korfu, wo seine Frau geboren ist. Mit Glanz absolvierte er 1923 das Königliche Kunstcollege in London, konnte sich ein Leben fern von Zypern aber nicht vorstellen und kehrte bald heim. Über 30 Jahre unterrichtete er in Nikosia, die meisten jetzigen Maler Zyperns sind bei ihm in die Schule gegangen. Auch er selbst hat in diesen Jahren viel gemalt. Seine Bilder strömen die Atmosphäre der hiesigen Dörfer aus, sie geben einen besseren Begriff von deren Bewohnern, von ihrer Lebensart und ihrem Lebensinhalt als alle Worte. Schritt für Schritt vertieft man sich in die hiesige Welt, in die

Welt des Adamantios Diamantis. Sein größtes Werk ist denn auch das Monumentalgemälde „Die Welt Zyperns“.

Im Jahre 1931 verlebte er mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen einige Wochen im Dorfe Ayios Theodoros. Es liegt im Troodosgebirge im Herzen Zyperns. Er erzählt: „Dort erlebte ich eine wahre Offenbarung, dort erwachte in mir der Wunsch, die Lebensart dieser Menschen in ihrer herben Schönheit zu erkennen und in Bildern festzuhalten.“ Sie ist seit 50 Jahren sein Hauptthema. Aus den wunderbaren Gemälden spricht die Seele des Volkes.

Ich sah einige in seinem kleinen Atelier, das sich in einem Häuschen im Zentrum von Nikosia befindet. Sie waren gerade von der jüngsten Diamantis-Ausstellung in London zurückgekommen, die meisten waren noch nicht einmal ausgepackt. Die flachen, rechteckigen Pakete verdeckten die Wände und zum Teil das Fenster. Es war wie das Wunder eines aus der Larve kriechenden bunten Schmetterlings, wenn die Hülle von einem Bild fiel und die Insellandschaft — rote Erde und silbergrüne Ölbäume — aufleuchtete.

„Für diese Ausstellung habe ich zwei Jahre gebraucht“, sagt er. „Es tat mir manchmal schon leid, daß ich darauf eingegangen war. Alles mußte ich selbst machen: den Katalog zusammenstellen, die Rahmen anfertigen, die Bilder einpacken, sie mit Freunden in einen Wagen laden und auf den Flugplatz bringen. Und doch freut es mich, daß noch mehr Menschen Zypern mit meinen Augen gesehen haben.“

Immer neue Bilder, farbenfreudige Landschaften werden ausgepackt. Die Himmelsbläue spiegelt der „Kleine Hafen von Kyrenia“ wider. Dann dunkelgrüne Täler, von braunen Bergen umrahmt. Und Menschen: seine Mutter, ein Mädchen mit Mohnblumen, eine Bettlerin mit Kind, Caféhausbesucher, Frauen mit Krügen, der Morgengottesdienst in einer Kirche...

„Die Welt Zyperns“ (Fragment)



Die Arbeiten von Mitte der 50er Jahre lassen eine aufkommende Unrast erkennen. Grau und Schwarz herrschen vor. Es war für Zypern eine schwere Zeit. Der Kampf gegen die britische Herrschaft wurde heftiger, schmerzhaft kam die von den Kolonialisten geschürte Zwietracht zwischen der griechischen und der türkischen Gemeinde zum Durchbruch. Die Bilder aus jener Zeit zeugen von Bitternis, Schmerz und Besorgnis um die Zukunft. Im tragischen Jahr 1963, als es zu den schweren Zusammenstößen zwischen den beiden Gemeinden kam und die Unabhängigkeit der Republik ernstlich gefährdet war, begann der Maler seinen berühmten Zyklus „Agonien“.

Da sieht man gehetzte, verkrampfte Menschen- und Tiergestalten, unheimlich aufgetürmte Felsen, hektische Farben. Man denkt an Picassos „Guernica“, nur daß der Zyklus von Diamantis trotz der outrierten Expressivität und der kühnen Veränderung der Proportionen doch ein ausgesprochen realistisches Werk ist. „Mir ging es darum, die Unruhe und Furcht, aber auch das Hoffen der Menschen wiederzugeben“, sagt der Maler.

Seine „Agonien“ prophezeiten gleichsam das Unheil, das 1974 über Zypern hereinbrach. Dem Künstler ging die neuerliche Tragödie sehr nahe: „Ich konnte lange nicht malen, ich sah meine Welt zusammenstürzen. Oft trat ich auf den Balkon und sah nach Norden, wo die Berge von Kyrenia stehen. Ich kenne sie gut, sie sind nur ein paar Kilometer von meinem Vaterhaus entfernt. Ich kann aber nicht hin, kann die Bergdörfer nicht wiedersehen. Die Menschen, die ich kannte, waren von dort vertrieben worden. Mir war, als sei das Leben zu Ende.“

Die wenigen Bilder der letzten Jahre haben den Kummer und das Leid der Zyprioten zum Thema. Die „Tragödie im Haus“, die Diamantis 1976 malte, vermittelt am besten das



„Die Mutter“

Denken und Fühlen des Künstlers. Eine in Kummer erstarrte Frau, strenge Greisengesichter, erschreckte Kinder.

„Ich fühlte mich wie ausgehöhlt und konnte nicht arbeiten“, erzählt er. „Ich entschloß mich, ganz von vorn anzufangen, und ging in das Dorf, in dem mir die Erkenntnis kam, was das Ausschlaggebende ist. Dort malte ich drei Aquarelle. Schade, daß ich nicht mehr mit meinen Utensilien in den Bergen umherwandern kann, ich bin ja schon achtzig. Also muß ich vom Fenster aus Landschaften malen. Ich werde aber arbeiten, solange ich lebe. Natürlich muß ich meinen Stil etwas ändern, die Welt ringsum verändert sich ja. Das entgeht mir nicht, aber um die Welt, in der ich gelebt habe, tut es mir oft leid.“

Das schönste Denkmal dieser entschwindenden Zeit ist das schon erwähnte Bildwerk „Die Welt Zyperns“, eins seiner besten. Es mißt 17,50×1,75 m und besteht aus elf Teilen aus den Jahren 1967–1972. Die Gestalten von Bauern, Geistlichen, Greisen, Kindern, alten und jungen Frauen. Nach einem Arbeitstag, im frühen Dämmer sitzen sie auf dem Dorfplatz an grobgezimmerten Tischen, die arbeitsmüden Hände auf den Knien, und sehen die Vorübergehenden an. Sie rasten mit der gelassenen Sicherheit von Menschen, die ihre Pflicht getan haben. „Mit der Idee zu diesem Bild habe ich mich lange getragen. Die Gestalten habe ich nach Skizzen gemalt“, sagt Diamantis. „Ich kenne sie alle wirklich. Der Alte dort ist ein bedächtiger Bauer. Und dieser da ist der Dorfbildhauer. Jener ist ein großartiger Musikant, er kennt alle alten Tanzweisen. Das Mädchen dort war mir schon lange vorher aufgefallen. Hier ist sie eine Braut, ganz in Weiß, wie eine Blume. Das Weiß störte die Farbharmonie des Bildes, aber das Mädchen gehörte eben zur ‚Welt Zyperns‘, ohne sie ging es nicht. Ich habe sehr wenig übermalen müssen, ich hatte alles vorher skizziert.“

Das Bild ist von der Universität Saloniki angekauft. Im Atelier ist es aber in zahlreichen Skizzen vorhanden, und die Stimmung ist auch in anderen Werken eingefangen. Alle Werke dieses Malers, von den ersten Landschaften bis zu den Arbeiten der letzten Jahre, haben ja seine Inselheimat und ihr Volk mit seinem Schicksal zum Thema. „Ich glaube fest an mein Volk. Ich glaube daran, daß es anstelle der entschwindenden Welt eine neue, ebenso eigenwüchsige aufbauen wird. In der kommenden Welt werden die Zyprioten die Eigenschaften, die ich an ihnen am meisten schätze, nicht verlieren: Fleiß, Ehrlichkeit, Güte und die Fähigkeit, standhaft Heim-suchungen zu ertragen.“

Nikosia



LEITMOTIV FREUNDSCHAFT

Die wichtigsten Ereignisse der Freundschaftswoche Algier—Moskau vom 29. März bis zum 5. April waren erfolgreiche Darbietungen sowjetischer Musiker und Bühnenkünstler, Zusammenkünfte mit der Moskauer Delegation, ein Freundschaftsabend im sowjetischen Kulturzentrum und eine Ausstellung, deren Besucher das jetzige Leben in der Hauptstadt der UdSSR auf Fotos kennenlernen konnten.

Dieses Treffen von Vertretern der beiden Hauptstädte (schon das dritte) war ein großes Ereignis für Algier und hat in weiten Kreisen starken Anklang gefunden.

Täglich hatte das Kulturzentrum des Volksrates von Algier, wo in diesen Tagen die Ausstellung „Moskau — die Metropole der Olympiade 1980“ zu sehen war, 2000 Besucher. Mehr als 300 Fotos sowie Modelle der olympischen Objekte gaben Aufschluß über die Vorbereitungen Moskaus zu den Sommerspielen, über das kulturelle Leben des Sowjetvolkes und über die Entwicklung des Sports in der UdSSR. Wie die hiesige Presse festgestellt hat, war sowohl die Schönheit der sowjetischen Landeshauptstadt als auch der „enorme Umfang der Arbeiten, die die bestmöglichen Voraussetzungen für die Olympischen Spiele schaffen sollen“, auf der Ausstellung veranschaulicht. Das Gästebuch weist zahlreiche arabische, französische und russische Eintragungen auf. Eine lautet: „Wir Studenten

und Lehrkräfte der Algerischen Nationaluniversität haben heute, am 2. April, die Ausstellung Olympisches Moskau besucht. Es war hochinteressant, Ihre Hauptstadt kennenzulernen, denn wir studieren russische Sprache sowie die Geschichte und Literatur der Sowjetunion. Wir alle möchten gern zur Olympiade nach Moskau. Auf Wiedersehen! Herzlichen Dank.“ Der Leitgedanke anderer Eintragungen lautet, daß der Sport dem Frieden dienen und die Völkerfreundschaft festigen muß.

Bezaubernd nannte die Zeitung „El Moudjahid“ eine Darbietung sowjetischer Künstler. Es traten auf: die Tänzer Nadeshda Pawlowa und Wjatschlaw Gordejew, beide Verdiente Künstler der RSFSR, der Sänger Jewgeni Belajew, Volkskünstler der UdSSR, und das Gesangs- und Musikensemble „Samozwety“ (Edelsteine). Das zum größten Teil junge Publikum war auch begeistert über die berühmte „Kalinka“, über moderne Lieder, das klassische Ballett und die alten russischen Weisen. Das Lied der Teilnehmer der algerischen Revolution „Min djibalina“ sangen zusammen mit dem Ensemble alle Anwesenden.

Wie Vitali Anurow, der Leiter der Künstlergruppe und der Hauptverwaltung Kultur beim Exekutivkomitee des Moskauer Stadtsovjets, mir sagte, hatten die Moskauer Künstler die Einladung zu der Freundschaftswoche gern angenommen. „Es freut uns“, fuhr er fort, „daß wir

Gelegenheit haben, die Kulturverbindungen zwischen der UdSSR und der DVR Algerien fester knüpfen zu helfen.“

In der Tat waren die Darbietungen der sowjetischen Künstler, wie die algerische Presse schreibt, ein beredtes Zeugnis für das gehaltvolle kulturelle Leben ihres Landes, für den Frieden und dafür, wie sich in diesem Land jeder zur Persönlichkeit entwickeln kann. Die sowjetischen Gäste wiederum konnten sich mit der Kultur und Geschichte Algeriens bekannt machen.

Die Delegation des Exekutivkomitees des Moskauer Sowjets kam mit den Leitern des Volksrates von Algier zusammen und lernte die Leistungen des algerischen Volkes auf verschiedenen Gebieten kennen.

„Unsere algerischen Freunde waren sehr liebenswürdig“, sagte der Chefdelegierte, Anatoli Kostenko, Vizevorsitzender des Exekutivkomitees, zu Journalisten. „Wir haben mit den Leitern des Volksrates von Algier vereinbart, einen Plan für die weitere Zusammenarbeit der beiden Städte aufzustellen, und sind überzeugt, daß er die Freundschaft der beiden Völker noch enger knüpfen wird.“

Das meint auch Khelifa Belaid, der Vorsitzende des Volksrates Algiers. Er sagte zu mir: „Die Geschichte der Freundschaft unserer Völker reicht in die Jahre des nationalen Kampfes unseres Volkes für die Unabhängigkeit zurück. Bei einer so festen Grundlage wird sie sich bestimmt fortentwickeln.“

Dieser Gedanke war das Leitmotiv aller Veranstaltungen der Freundschaftswoche. Die nächste findet im kommenden Jahr in Moskau statt.

A. KAPIKRAJAN
Eigenbericht

Algier, im April

30 JAHRE POLNISCHE „NZ“— AUSGABE

Vor 30 Jahren erschien das erste Heft unserer polnischen Ausgabe, die „Nowe Casy“. Der Jahrestag wurde in Warschau festlich begangen. Einer Gruppe von Redaktionsangestellten sind vom Staatsrat der VR Polen Orden verliehen worden. Jerzy Lukaszewicz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP, hat den Mitgliedern der Redaktion eine Gratulation zugesandt, in der es heißt, daß die Wochenschrift in den 30 Jahren „viel dazu beigetragen hat, unter den polnischen Lesern die Prinzipien und greifbaren Resultate der sowjetischen Außenpolitik, die Einstellung der sozialistischen Ländergemeinschaft zu den wichtigsten weltpolitischen Problemen wie auch zu den Kardinalfragen der Politik, Ideologie, Wirtschaft und Kultur bekannt zu machen“. Weiter heißt es in dem Schreiben, daß die Wochenschrift die Prinzipien des proletarischen Internationalismus propagiert und dazu beiträgt, die Zusammenarbeit auf politischem und ideologischem Gebiet auszudehnen sowie die Freundschaft zwischen den Völkern Polens und der UdSSR zu vertiefen und zu festigen, daß sie ihnen Möglichkeiten bietet, einander besser kennenzulernen.

Unsere Moskauer Redaktion hat den Freunden und Kollegen herzlich gratuliert. Anlässlich des Jubiläums haben in Warschau eine Versammlung der Öffentlichkeit sowie Zusammenkünfte von Journalisten mit Lesern der Wochenschrift in Radom und Kielce stattgefunden, bei denen eine Abordnung der Redaktion unter dem Chefredakteur der russischen „Neuen Zeit“, Michail Fjodorow, anwesend war.

Zahlreiche westliche Propagandaorgane behaupten jetzt, daß die Welt sich am Rande eines dritten Weltkrieges befinde. Wie steht es damit!

A. CHOLODOW
Leningrad



Es diskutiert
der politische
Kommentator
der „Neuen Zeit“
Lew
BESYMENSKI

In Zusammenhang mit ihrer Frage erinnere ich mich an ein lange zurückliegendes Gespräch mit der bekannten französischen Journalistin Geneviève Tabouis. „Man nannte mich Cassandra“, betitelte sie ihr Buch, das ehemals viel Staub aufwirbelte. Wirklich wurde sie in Journalistenkreisen nach der altgriechischen Wahrsagerin „die Cassandra des 20. Jahrhunderts“ genannt, und zwar wegen ihrer düsteren Prognosen. Ich hatte Gelegenheit Madame Tabouis zu fragen, was sie zu ihrem Renomee meint. „Wissen Sie, es ist viel bequemer, schlechte als gute Prognosen zu stellen“, sagte sie lächelnd. „Wenn Sie recht behalten und Ihre schlimmsten Prophezeiungen eintreffen, können Sie sich darauf berufen, daß Sie vor der Gefahr gewarnt haben. Haben Sie sich jedoch geirrt, und das Unglück trifft nicht ein, wird in der allgemeinen Zufriedenheit Ihre Prognose vergessen.“

Natürlich ist es bei politischen Voraussagen bequemer, eine pessimistische Position einzunehmen. Sagt man ein Unglück voraus, gilt man, wenn es eintrifft, als Prophet. Trifft es nicht ein, ist die Sünde auch nicht groß. Und trotzdem, so bequem diese Taktik auch scheinen mag, will ich es wagen, die Frage, ob wir am Vorabend eines Weltkrieges leben, negativ zu beantworten. Warum?

Die westliche Propaganda benutzt die Ereignisse in Afghanistan, um in schwärzesten Farben ein „Ende der Welt“ auszumalen. Auch Spitzenpolitiker sprechen von einer „grundlegenden Veränderung“ der internationalen Lage usw. Was hat sich denn eigentlich seit Jahresbeginn geändert? Die globalen Perspektiven für Frieden oder Krieg hängen in erster Linie nicht von vorübergehenden Faktoren, sondern von dem Verhältnis der wichtigsten militärisch-politischen Kräfte in der Weltpolitik ab. Aber hier hat sich eben nichts geändert. Das ungefähre Kräftegleichgewicht, das sich in den 70er Jahren

herausgebildet hat, wird weiter aufrechterhalten. Das Gleichgewicht der Kräfte, durch das die sozialistischen Staaten ein mächtiges Gegengewicht gegen das aggressive Potential des Westens geschaffen haben, gewährleistet nach wie vor jetzt den Frieden.

Eine andere Sache ist, daß der Imperialismus das entstandene Gleichgewicht stören will. Eben dazu führt der gefährliche NATO-Beschluß über die Stationierung neuer Arten von Atomraketen in Westeuropa: dazu führt auch der Kurs der USA auf Schaffung neuer Massenvernichtungsmittel. Aber kann jemand daran zweifeln, daß die UdSSR und die sozialistische Gemeinschaft fähig sind, auf diese Maßnahme gebührend zu antworten?

Ich meine, daß das entstandene Kräfteverhältnis nicht nur militärische sondern auch politische Komponenten hat. Europa hat mehr als ein anderer Kontinent die realen Früchte der Entspannung gespürt. Andererseits konnten in diesen Jahren kaum politische Kräfte erstarken, die bereit wären, den amerikanischen Provokateuren ohne weiteres zu folgen.

Weiter. Hat sich etwa die Beziehung zwischen den Kräften der Reaktion und denen des Fortschritts in anderen Weltregionen verändert und zwar dermaßen, daß der Imperialismus die Überzeugung gewinnen konnte, bei seinen militärischen Abenteuern Erfolg zu haben? Nein, im Gegenteil. Ende der 70er Jahre errangen die Kräfte der nationalen Befreiung zahlreiche Siege: in

Iran, Afghanistan, Nikaragua und in Simbabwe. Nicht zuletzt hindern die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegung die amerikanischen Adventuristen daran, mit Waffengewalt in den Kampf einzugreifen. Längst nicht zufällig sind Carters „Schwankungen“ hinsichtlich einer möglichen Intervention im Mittleren Osten. Früher, 1958 in Libanon und in den 60er Jahren in Vietnam, haben die USA ohne zu zögern zur militärischen Intervention gegriffen. Und jetzt?

Wäre alle Macht bei den Imperialisten, so stünde die Welt nicht nur am „Rande eines Krieges“, sondern wäre mitten drin. Es ist bekannt, daß in den Nachkriegsjahren das Pentagon 19mal bereit war, die Atombombe einzusetzen. Wenn Sie die in Heft 7, 8 und 9/1980 der „Neuen Zeit“ veröffentlichte Serie „Geheimnisstufe drei“ gelesen haben, dann wissen Sie, daß derartige Pläne schon 1945 ausgeheckt wurden. Aber bereits 35 Jahre gelingt es, die entsetzlichen Pläne für einen dritten Weltkrieg zu vereiteln.

Man kann antworten: Die Lehren der Geschichte beherzigen längst nicht alle Politiker. Bestimmt steht die jetzige amerikanische Administration mit der Geschichte auf Kriegsfuß. Die Gefahr von Abenteuern seitens des Imperialismus bleibt weiter bestehen, besonders wenn man bedenkt, daß die Peking Hegemonisten nach Kräften zu antisowjetischen Abenteuern aufhetzen. Man muß wachsam sein! Aber es liegt kein Grund zu Pessimismus vor.



Die Führer Israels haben Jerusalem zu dessen Hauptstadt ernannt, aber bei weitem nicht alle erkennen das an. Worum geht es da?

L. MANEWITSCH
Moskau

1947 entschied die UNO-Vollversammlung gleichzeitig mit dem Beschluß über die Teilung Palästinas in zwei Staaten — einen jüdischen und einen arabischen — über den Status Jerusalems als selbständige administrative Einheit mit internationalem Regime, und zwar wegen der kultur-historischen Bedeutung dieser Stadt, in der die Heiligtümer dreier Weltreligionen liegen.

Während des arabisch-israelischen Krieges 1948—1949 wurde Jerusalem in zwei Teile geteilt — in den östlichen (arabischen), der an Jordanien kam, und in den westlichen (jüdischen) Teil. Entgegen dem UNO-Beschluß deklarierte das israelische Parlament

West-Jerusalem zur Hauptstadt des Landes. Ein Teil der Behörden wurde dorthin verlegt. Weder die UdSSR noch die USA und die meisten anderen Staaten haben das anerkannt.

Im Ergebnis der Aggression von 1967 besetzte Israel Ost-Jerusalem und annektierte es. Die Okkupationsbehörden betreiben eine Politik der „Israelisierung“ der Stadt und vertreiben die Araber daraus. In den Vororten entstehen israelische Siedlungen, die die arabischen Viertel umzingeln. Die arabische Bevölkerung, die 1967 etwa 300 000 Menschen zählte, ist auf ein Drittel zusammengeschrunken.

Bittere Früchte

Die „Kulturrevolution“ in China hat noch bittere Früchte gezeitigt. Wie der französische „Monde“ berichtet, nimmt dort die Kriminalität, besonders unter der Jugend, erschreckend überhand. Die Xinhua-Agentur gibt an, daß sie fast 10mal so groß wie vor der „Kulturrevolution“ ist. Auch treten in den Großstädten viel mehr Banden auf. In den Südprowinzen Guangdong und Yunnan sowie in dem autonomen Bezirk Guangxi-Zhuang begehen sie außer Diebstählen und Raubüberfällen auch Rauschgiftschmuggel und -handel. Die Banden bestehen größtenteils aus jungen Leuten, die entweder nach Schulabgang keine Arbeit gefunden haben oder vom Lande, wohin sie während der „Kulturrevolution“ zwangsverschickt wurden, in die Städte zurückgeflohen sind.

Sein zweites Gesicht



Der japanische Abgeordnete Hamada ist höchst respektabel. Er leitet die aus jungen Abgeordneten bestehende Sairankai-Gruppe für eine „echtnationale“ Politik Japans. Ferner leitet er die Wahlvorbereitungen der Liberal-Demokratischen Partei zu den bevorstehenden Wahlen ins Oberhaus. Das ist das eine Gesicht dieses Herrn. Das zweite sieht so aus: Im Wahlkampf hat er mit der Höhe der ausgegebenen Bestechungssummen den zweiten Platz belegt.

329 seiner Agenten sind wegen Verletzung des Wahlgesetzes festgenommen worden. Unlängst kam ans Licht, daß er vor einigen Jahren zusammen mit dem Großkaufmann Osano in Las Vegas in einer Nacht anderthalb Millionen Dollars verspielte. Was ihm nicht reichte, legte Osano aus, der am Vortag vom Lockheed-Konzern Schmiergeld bezogen hatte.

Die Mafia greift an



Wenn man in Pennsylvania (USA) Appetit auf die beliebte italienische Pizza bekommt und eine Pizzeria aufsucht, zahlt man für das Essen der Mafia. In letzter Zeit haben deren Bosse nämlich diese Lokale dort fast ausnahmslos an sich gebracht. Das geht so vor sich: Erst wird den Besitzern eine „freiwillige Partnerschaft“ angeboten. Wenn sie nicht wollen, wird die Mafia rabiat. Sie hat 23 Pizzerias niedergebrannt. Dabei fanden vier Personen den Tod.

Rothschild wieder in Ägypten

Der bekannte Bankier Rothschild war in Kairo, um wegen Investitionen in der Wirtschaft vorzufühlen. Die Zeitung „Al-Shaab“ (Kairo) bringt zahlreiche araberfeindliche Äußerungen des Bankiers in Erinnerung und bezweifelt, daß er es mit Ägypten ehrlich meint. Die Rothschilds hätten diesem schon einmal einen Bären dienst erwie-

sen: Der Großvater des jetzigen Bankiers habe der britischen Regierung seinerzeit geholfen, den Ägypten gehörenden Teil der Suez-Kanal-Aktien aufzukaufen.

Kostbarer als Gold

Wie die italienische Wochenschrift „Panorama“ berichtet, sind die städtischen Müllabladplätze reich an Schätzen. Da finden sich sogar Goldketten, Tafelsilber und Edelsteine. Am kostbarsten aber seien die vielen weggeworfenen Plastikgegenstände — aus denen läßt sich nämlich Benzin gewinnen. In einem Vorort von Mailand gibt es schon eine einschlägige Fabrik, und die Besitzer reiben sich die Hände, denn mit den Benzinpreisen steigen ja auch ihre Gewinne.

Themis läßt sich Zeit

Im Mai 1975 schnitt der Konzern Edison General Electric einem Wohnhaus auf der 5. Avenue in New York den Strom ab, weil die Stromrechnung nicht bezahlt war. 157 Mietsparteien blieben ohne Licht, Fahrstuhl, Wasser usw. Im Dunkeln fiel eine Mieterin die Treppe hinunter und ist seitdem verkrüppelt. Sie klagte gegen die Edison und den Hausbesitzer auf Schadenersatz, bekam ihn auch zugesprochen, aber erst nach etwa fünf Jahren.

Eldorado für Mars- und Jupiternischen



Die Interplanetare Gesellschaft von Rio de Janeiro meint, Jupiternischen hätten sich für Stippvisiten auf der Erde gerade Brasilien ausgesucht. Wer hätte denn sonst

im August 1976 einen Hubschrauber der brasilianischen Kriegsmarine mit samt der vierköpfigen Besatzung entführen können?! Anziehend für sie sei es auch gewesen, daß dort im vergangenen November der erste Weltkongreß für unbekannte Flugobjekte (UFO) tagte. Da wurde z. B. berichtet, über der Chaussee nach Belo Horizonte sehe man andauernd UFOs, vermutlich welche vom Mars. Einige Damen wollen an manchen Abenden auf den Dächern ihrer Häuser in Kontakt mit Ankömmlingen aus dem Kosmos getreten sein, die, wie die Londoner „Financial Times“ spottet, bestimmt fließend Portugiesisch gesprochen haben müssen.

Die Sache mit dem Bart



Edward Murphy galt 10 Jahre lang in Kanada als vorbildlicher Polizist. Jetzt steht er vor Gericht. Er trägt nämlich einen Schnurrbart, was Polizisten erlaubt ist, der hängt aber über die Unterlippe, und das ist nun wieder nicht erlaubt. Weil er ihn nicht stutzen lassen will, hat man ihn wegen Gehorsamsverweigerung unter Anklage gestellt.

Eine beweihräucherte Konferenz

In Amsterdam hat eine Weltkonferenz für Zulassung von Marihuana getagt, die von amerikanischen Liebhabern dieses „Genußmittels“ angeregt worden war. Während der dreitägigen Debatten pafften sämtliche 200 Delegierten aus 19 Ländern mit Wonne Marihuana.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

DUALA—MOSKAU

DIE NEUE AEROFLOT-ROUTE

verbindet ab 1. April 1980 die UdSSR
mit der Vereinigten Republik Kamerun

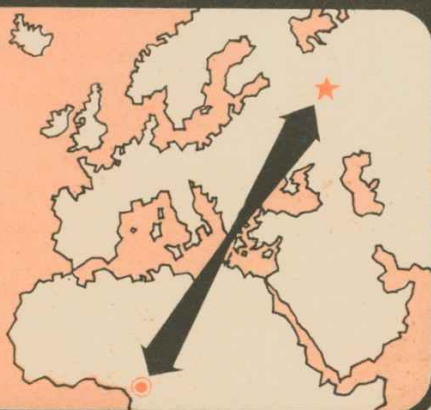
Die modernen TU 154 mit ihrem Komfort und der traditionellen russischen Gastfreundschaft an Bord machen den 10stündigen 8000-km-Flug angenehm und wenig anstrengend.

Mit Aeroflot-Maschinen nach Moskau, der Stadt der Olympiade '80!

Ausführliche Informationen bei jeder Aeroflot-Vertretung

MOSKAU ERWARTET SIE!

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines
OFFICIAL OLYMPIC CARRIER



Am 17. April begeht die Volksrepublik Kambodscha ihren Nationalfeiertag. Fünf Jahre vorher wurde das proamerikanische Regime Lon Nols gestürzt und hatte eine schwierige Phase im Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit ein Ende. Nun konnte das Land schnell auf dem Weg des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts vorankommen. Da ergriff aber die auf Peking orientierte Clique Pol Pots und Ieng Sarys die Macht. Ihr grauenhafter Gewaltapparat vernichtete mehr als



Das Unabhängigkeitsdenkmal im Phnom Penh

Die kleinen Kambodschaner gehen wieder zur Schule



Im Objektiv: KAMPUCHEA

ein Drittel der 8 Millionen Landesbewohner. Kambodscha geriet in Gefahr, eine Provinz Chinas zu werden, und der kambodschanischen Nation drohte die Ausrottung. Die patriotischen Kräfte erhoben sich aber gegen die Völkermordpolitik des Regimes. Der Aufstand des ganzen Volkes ging siegreich aus. Am 7. Januar 1979 wurde Phnom Penh und bald danach das ganze Land befreit.

Wieder begannen die Felder zu grünen, in Fabriken und Werkstätten wurde die Arbeit aufgenommen, und der Verkehr kam wieder in Gang. Die Volksmacht bemüht sich sehr darum, das Gesundheits- und Bildungswesen gut in Schuß zu bringen. Die Pol-Pot-Clique hatte seinerzeit das

Geld abgeschafft und das Land in die Naturalwirtschaft zurückgeworfen. Ende März brachte die Regierung Geld in Umlauf. Das wird die Normalisierung des Lebens im Land beschleunigen und die Produktion fördern.

Kambodscha hat noch viel schwierige Probleme. An der Grenze zu Thailand, wo Überbleibsel der Pol-Pot-Banden ihr Unwesen treiben, ist es noch immer unruhig. Das Volk glaubt aber an eine frohe Zukunft seiner Heimat. Auf seiner Seite sind die Völker der UdSSR, Vietnams und der anderen sozialistischen Länder, alle aufrechten Menschen der Erde.

Fotos: Tran Cu (SRV) und TASS



Vorbereitung zur Aussaat

Artilleristen der revolutionären Streitkräfte bei Übungen



Auf den Dorfmärkten, die seinerzeit von den Maoisten verboten wurden, herrscht jetzt reges Leben und Treiben



Die Kunst des Volkstanzes lebt wieder auf



Sanitäter impfen Einwohner von Phnom Penh

Ein Docker aus Kompong Som hat einen sowjetischen Belarus-Traktor fahren gelernt

